

H. ref.

58

L

Ueber die

nwärtigen Verhältnisse

des

christlich evangelischen

Kirchenwesens

Deutschland,

besonders

preussischen Staat,

König

Ober-Präsidenten

Sachsen,

F

n Bülow,

Magdeburg.

Magdeburg

der Creutz'schen Buchhandlung

1 8 1 8.

<36605902720010



<36605902720010

Bayer. Staa

Ref. 58

Ueber die
gegenwärtigen Verhältnisse
des
christlich evangelischen
Kirchenwesens
in
Deutschland,

besonders
in Beziehung auf den Preussischen Staat,

von dem
Königlich Preussischen Ober-Präsidenten
der Provinz Sachsen,
Friedrich von Bülow,
zu Magdeburg.

Magdeburg, in der Creutz'schen Buchhandlung.

1 8 1 8.



Das Recht und die Wahrheit allein, die ruhen auf ewigen Pfeilern,
und mit kraftloser Wuth umschwirrt sie der Flügel der Zeit,

Die Feier des dritten Jahrhunderts der durch Luther und seine Freunde bewirkten Kirchenreformation hat, ausser den Verfassern der zahlreich erschienenen Druckschriften, welche dieser Feier gewidmet sind, gewiss auch vielen Andern die Veranlassung dazu gegeben, mehr wie es sonst geschehen seyn würde, der Geschichte der Religion sich zu erinnern, und den Religionsverhältnissen ein ernstes Nachdenken zu widmen.

Auch mich beschäftigte Beides; und ursprünglich nur zu meiner eigenen Benutzung bestimmt, sammelte ich darüber Einiges schriftlich. Erst später kam mir der Gedanke, es könne vielleicht eine Darstellung der Hauptereignisse, durch welche die christlich evangelische Kirche in Deutschland zu dem Standpuncte gelangt ist, auf welchem sie sich gegenwärtig befindet, verbunden mit einer kurzen Erörterung der Verhältnisse dieser Kirche gegen den Staat, und

mit einer freimüthigen Aeusserung über den gegenwärtigen Zustand der Religiosität, so wie über die Vorschläge, die neuerlich zur Verbesserung desselben geschehen sind, Manchen willkommen seyn.

Geleitet von der Liebe für Wahrheit und Recht, und von dem Verlangen, zu der Beförderung des Guten, so viel ich vermag, beyzutragen, vervollständigte und ordnete ich daher dasjenige, was ich über jene Gegenstände niedergeschrieben hatte, und jetzt lege ich [meine Arbeit als Druckschrift dem Publico mit dem Wunsche vor, dass dasselbe die folgenden Bogen, welche auf einen besonderen wissenschaftlichen Werth durchaus keinen Anspruch machen, nur aus dem von mir angegebenen Gesichtspuncte betrachten, und billig beurtheilen möge.

Geschrieben zu Magdeburg, in den letzten Tagen des Decembers 1817.

Friedrich von Bülow.



Inhalts-Verzeichniss.

Erste Abtheilung.

Darstellung der Hauptereignisse, durch welche die christlich evangelische Kirche zu dem Standpuncte gelangt ist, auf welchem sie sich gegenwärtig befindet.

§. 1. **L**ehre Jesus Christus auf Erden. 2. Verhältnisse der ersten christlichen Kirche. 3. Erste Bestellung von Religionslehrern. 4. Entstehung der Bischöfe und Patriarchen. 5. Bischöfliche Hierarchie. 6. Päpstliche Hierarchie. 7. Anfang der Kirchen-Reformation durch Luther. 8. Fortsetzung. 9. Luther auf dem Reichstage zu Worms. 10. Derselbe auf der Warburg. 11. Fortschritte der Reformation. 12. Torgauer Bündniss und Reichstag zu Speyer v. J. 1526. 13. Reichstagsbeschluss von 1529 und Protestation dagegen. 14. Torgauer Artikel. 15. Reichstag zu Augsburg i. J. 1530. 16. Augsburger Confession. 17. Schmalkaldischer Bund. 18. Nürnberger Religionsfrieden v. J. 1532 und sogenannte heilige Liga. 19. Religionsgespräche zu Regensburg 1541. 20. Erster Krieg der Schmalkaldischen Bundesgenossen. 21. Reichstage zu Nürnberg 1543, zu Speyer 1544 und zu Worms 1545. 22. Luthers Tod. 23. desselben Schriften. 24. Desselben Lehren. 25. Convent zu Frankfurt am Main, und Religionsgespräch zu Regensburg 1546. 26. Zweiter Krieg der Schmalkaldischen Bundesgenossen; Auflösung des Bundes; Schlacht bey Mühlberg. 27. Das Interim. 28. Belagerung von Magdeburg 1551. 29. Passauer Vertrag. 30. Concordienformel.

31. Catholische Gegenreformation; Union der evangelischen Stände 1610. 32. Anfang des dreissigjährigen Krieges; Schlacht auf dem weissen Berge vor Prag 1620. 33. Schlacht bey Lutter am Barenberge; Restitutions-Edict. 34. Gustav Adolph König von Schweden landet mit seinem Heere in Pommern. 35. Fortgang des Krieges; Zerstörung von Magdeburg durch Tilly; Schlacht bey Leipzig 1631. 36. Schlacht bey Lützen 1632 und Tod Gustav Adolphi. 37. Schlacht bey Nördlingen 1634; Frieden zu Prag 1635. 38. Schlacht bey Wittstock 1636. 39. Westphälischer Frieden. 40. Hauptbestimmungen dieses Friedensschlusses in Ansehung der Religionsverhältnisse. 41. Folgen des Westphälischen Friedens; Rysswicker Frieden. 42. Badener Frieden 1714 und Bedrückungen der Protestanten. 43. Spätere Religionsbeschwerden, und allmähliges Aufhören derselben. 44. Ueber die Trennung der evangelisch lutherischen und der evangelisch reformirten Glaubensgenossen; Veranlassung dieser Trennung; Ulrich Zwingli. 45. Religionsgespräch zu Marburg; Johann Calvin. 46. Ausbreitung des reformirten Glaubensbekenntnisses. 47. Versuche, in den Preussischen Staaten beide evangelische Glaubensbekenntnisse zu vereinigen, bis zur Zeit Königs Friedrich des Grossen.

Zweite Abtheilung.

Verhältniss der evangelischen Kirche in Deutschland
gegen den Staat und die Landeshoheit.

§. 48. In dem Westphälischen Frieden findet sich hierüber wenig bestimmt. 49. Wie die Verhältnisse sich nach und nach gestalteten. 50. Ob es ein allgemeines protestantisches Kirchenrecht gebe? 51. Hoheitsrechte in Ansehung der Religion — *Jus circa sacra*. 52. Kirchengewalt — *Jus sacrorum*. 53. Fortsetzung. 54. Desgleichen. 55. Desgleichen. 56. Desgleichen. 57. Desgleichen. 58. Kirchenrecht in den Königlich Preussischen Staaten. 59. Hoheitsrechte nach demselben. 60. Kirchengewalt nach demselben. 61. Art der Ausübung der Hoheitsrechte und der Kirchengewalt. 62. Beschluss.

Dritte Abtheilung.

Gegenwärtiger Zustand der Religiosität der christlich evangelischen Kirche in den Königl. Preussischen Staaten, und Vorschläge, die zur Verbesserung dieses Zustandes gemacht sind.

§. 63. Klagen über den Verfall der Religiosität. Ob, und in wie weit dieselben gegründet sind? 64. In Rücksicht auf die innere Religion. 65. In Absicht auf die äusserliche Religion. 66. Allgemeine Betrachtungen über das Bedürfniss und die Art einer Verbesserung. Wo liegt das zu verbessernde Uebel? 67. Darin erstlich, dass der Lehrbegriff der evangelischen Kirche von einer nicht unbedeutenden Zahl von Geistlichen in ihren Lehren und Vorträgen verlassen, umgangen, untergraben, und dadurch manchen Gliedern der Kirchengesellschaft zweifelhaft und gleichgültig gemacht worden ist. 68. Fortsetzung. 69. Desgleichen. 70. Desgleichen. 71. Desgleichen. Die evangelischen Geistlichen stellen nicht die Kirche vor, und sind nicht als Repräsentanten derselben zu betrachten. 72. Vorschlag zur Abstellung des Uebels. 73. Das Uebel ist zweitens zu suchen in dem äusseren Betragen und Verhalten mancher Geistlichen, besonders auf dem Lande, welches nicht immer so eingerichtet ist, um die dem Religionslehrer durchaus erforderliche vertrauensvolle Achtung zu begründen. 74. Nächste Veranlassungen hierzu. 75. Vorschlag zur Abstellung des Uebels. 76. Das Uebel liegt drittens in der grossen Mangelhaftigkeit des Landschulwesens in manchen Theilen des Staats. 77. Vorschlag zur Abhülfe dieses Mangels. 78. Ein bedeutender Nachtheil ist viertens zu suchen in der mangelhaften Beobachtung der wegen der Feier der Sonn- und Festtage ergangenen Verordnungen. Wie diesem abzuhelpen sey. 79. Wahrscheinlicher Zweck der für die Preussischen Staaten heabsichtigten Synodalverfassung. Was überhaupt von Synoden zu halten sey. 80. Kurze Angabe des Inhalts des der Geistlichkeit zur Berathung als Druckschrift vorgelegten Entwurfs der Synodalordnung für den Kirchenverein beider evangelischen Confessionen im Preussischen Staate. 81. Manche Geistliche sind aber durch diesen Entwurf keinesweges befriediget, sondern wollen viel weiter um sich greifen. 82. Angabe ihrer Ansichten und Absichten im Allgemeinen. Auf welche Weise sie dieselben einge-

führet wissen wollen: 83. I. die Presbyterien; 84. II. die Kreis-Synoden; 85. III. die Provinzial-Synoden, und 86. IV. die Ober- oder Reichs-Synode. 87. Allgemeine Beurtheilung dieser beabsichtigten Kirchenverbesserung. 88. Besondere Betrachtungen über diesen Gegenstand. Das Kirchenregiment ganz in den Händen der Geistlichkeit. 89. Wahl der Mitglieder der Presbyterien und sämtlicher Geistlichen allein durch die Geistlichkeit. 90. Kirchendisziplin in den Händen der Geistlichkeit. 91. Excommunication oder Kirchenbann; Kirchenbusse und öffentliche Abbitte; Versagung des kirchlichen Begräbnisses. 92. Wie durchaus unzulässig dieses Alles ist. 93. Die Censur aller theologischen Schriften und die Aufsicht und Leitung sämtlicher Schulen lediglich in den Händen der Geistlichkeit. Was daraus erfolgen würde. 94. Die neuen Kirchenverbesserer wollen auf den Synoden der evangelischen Kirchengesellschaft eine neue Confession geben!!! 95. Vereinigung der lutherischen und reformirten Kirche. 96. Veränderter Ritus bey der Feier des heiligen Abendmahls. 97. Ob eine allgemeine Annahme dieses Ritus mit Wahrscheinlichkeit sich erwarten lasse? 98. Ob daraus, nach der Beschaffenheit der jetzt bestehenden Verhältnisse, eine völlige Verschmelzung und Vereinigung der beiden christlich evangelischen Confessionen hervorgehn könne und werde? 99. Fortsetzung. 100. Beschluss des Ganzen.

Erste Abtheilung.

Darstellung der Hauptereignisse, durch welche die christlich evangelische Kirche zu dem Standpuncte gelangt ist, auf welchem sie sich gegenwärtig befindet.

§. 1.

Das Christenthum, in seiner ursprünglichen Reinheit eine ganz moralische Religion, zeichnet sich dadurch von allen übrigen Volksgottesdiensten vorzüglich aus, dafs dasselbe nicht das Werk der Politik und Legislation, sondern durch innere Kraft in die Welt eingedrungen ist, und sich geltend gemacht hat. Ohne weltliche Zwecke und Rücksichten, lehrte Jesus Christus die Religion des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung; ohne Zwang äußerer Formen redete er, in den Tempeln wie in den Privathäusern, in den Städten wie in den Wüsten, zu seinen Zuhörern, und diese, durchdrungen von der Weisheit und Göttlichkeit der Lehre, folgten derselben, aus reiner innerer Ueberzeugung, frei von allem Zwange und von jeder zudringlichen Ueberredung. Sehr bestimmt erklärte sich Christus gegen die Annahmung jedes Vorzuges, oder jeder äußerlichen Gewalt unter seinen Jüngern,

und in Religionssachen; *) ja selbst das Lehramt in der von ihm ausgehenden Gottesverehrung übertrug er keinesweges gewissen Personen ausschliesslich. **)

§. 2.

Erst nach dem Hingange Christi traten die Bekenner seiner Lehren zu besondern Zusammenkünften zusammen, aus welchen sich allmählig eigene Gemeinen oder Kirchengesellschaften bildeten. Der Religionsbegriff dieser ersten Kirchen war sehr einfach. Ihr Symbol war, der Glaube an Christum und den, welcher ihn gesendet hat; ihre Moral das Evangelium und ihr symbolisches Buch die heilige Schrift. ***)

Es fanden sich zwar in den damaligen Kirchengesellschaften, ausser den Aposteln, Lehrer, (*Presbyteri*) und Diener, (*Diaconi*) allein die Natur der Vereine war rein demokratisch, und die Gemeinen selbst übten allein das, was man jetzt Kirchengewalt benennt. ****)

§. 3.

Gegen das Ende des ersten Jahrhunderts nach Christi Geburt fühlte man aber das Bedürfniss, in den einzelnen Kirchen einem von den Lehrern die Seel-

*) Evangelium Marci, Cap. 10. V. 42 - 44. „Ihr wisset, dass die weltlichen Fürsten herrschen, und die Mächtigen unter ihnen haben Gewalt. Aber also soll es unter Euch nicht seyn: sondern welcher will gross werden unter Euch, der soll Euer Diener seyn, und welcher unter Euch will der Vornehmste werden, der soll aller Knecht seyn.

**) G. W. Böhmer Grundriss des protestantischen Kirchenrechts. S. 44.

***) Das sogenannte apostolische Glaubensbekenntniss rührt nicht von den Aposteln her. Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten. §. 22.

****) Spittler Geschichte des canonischen Rechts. §. 1 bis 3.

sorgeraufsicht und die geistliche Leitung sämmtlicher Lehrer und der ganzen Gemeinde zu überlassen, und zwar unter der Benennung: Aufseher, (*Episcopus*) dadurch, und noch mehr durch die in der Folge üblich gewordenen Kirchenversammlungen, ward der Grund zur bischöflichen Hierarchie gelegt. Da es nemlich öftere Veranlassungen gab, dass mehrere Bischöfe in einerley Gegend, über Gegenstände, die sie gemeinschaftlich interessirten, in Briefwechsel und gemeinsame Berathschlagungen mit einander traten, wie selbst zur Zeit der Verfolgungen die Christen Ursache hatten, zusammen zu halten, und einander mit Rath und That beyzustehen; so ward es gewöhnlich, dass mehrere Bischöfe von Zeit zu Zeit zusammen kamen, und über gemeinschaftliche Angelegenheiten ihrer Gemeinen Berathschlagungen anstellten, oder sogenannte Kirchenversammlungen (*Synoden, Concilien*) bald von grösserem, bald von engerem Bezirke hielten.

§. 4.

Diese Verhältnisse in den ersten 3 Jahrhunderten unserer Zeitrechnung änderten sich wesentlich unter dem Kaiser Constantin dem Grossen, nachdem derselbe sich zur christlichen Religion bekannt hatte.

Er und seine Nachfolger in der Regierung schufen und zogen an sich die weltliche oheraufsehende Gewalt über das Kirchenwesen, oder die Aufsicht darüber, dass in der Kirche nichts vorhanden sey oder verfügt werde, was dem Wohl des Staats nachtheilig seyn könne; ferner die Schutz- und Schirmgerechtigkeit der Kirche, und die Gerichtsbarkeit in den, das Innere der Kirche nicht betreffenden Sachen und Religions-Streitigkeiten. Die Kirchenversammlungen wurden nun unter öffentlichem Schutze gehalten, wie insonderheit die im J. 314 zu Arles, und die im J. 325 zu Nicäa. Bey denselben erschienen nur Bischöfe, deren gefasste Be-

schlüsse die Gemeinen damals gerne gelten liessen. In der Folge wurden aber solche Schlüsse bald als verbindliche Vorschriften in den Gang gebracht. Man bezog sich auf das Beyspiel im 15. Capitel der Apostelgeschichte, wo schon eine Berathschlagung der Apostel und Aeltesten vorkömmt, in deren Stelle zu treten die Bischöfe sich anmassten. Man verschwieg aber, dass der daselbst gefasste Beschluss nicht nur von den Aposteln und Aeltesten, sondern auch von der ganzen Gemeinde gebilliget, und im Namen der Apostel, Aeltesten und Brüder ausgefertigt ward. *) Mit unbegründeter Anmassung legten die Bischöfe ihren Schlüssen, nicht nur für ihre untergeordneten Priester und Diener, sondern auch für alle übrigen Mitglieder der Gemeinen, kurz, für die ganze Kirche, die Kraft eines verbindlichen Gesetzes bey. Vereinigte Bischöfe betrachteten sich, höchst ungerechterweise, als Repräsentanten der ganzen Kirche. Andere, die weder Bischöfe noch Diener der Kirche waren, mussten sich gefallen lassen, was als Schluss einer Kirchenversammlung bekannt gemacht wurde. So bildete sich der grosse Unterschied der beiden Stände, des geistlichen und des weltlichen Standes, oder wie man sie nannte, der Pfaffen und der Laien, und zwar so, dass in Religions- und Kirchensachen der Laie nicht mehr mitzusprechen hatte, sondern nur die Ehre des Gehorsams behielt, wenn der geistliche Stand etwas zu bestimmen für gut fand.

Kam nun hinzu, dass der Laie von Kenntnissen der Sache immer mehr entfernt wurde, der Geistliche hingegen alles, was nur Gelehrsamkeit hiess, sich allein zueignete, und seinen Sätzen mit Vorspiegelung der Hoffnung oder des Verlustes der ewigen Seligkeit Nachdruck zu geben sich unterfing; so lässt sich leicht

*) Apostelgeschichte Cap. 15. V. 22. 23.

begreifen, wie der geistliche Stand über den weltlichen bald zu einem solchen Uebergewichte gelangen musste, dass das zur Vollkommenheit und Wohlfahrt eines jeden Standes so nöthige Gleichgewicht der verschiedenen Stände, zum Nachtheile des weltlichen Standes, die grösste Noth litt, und selbst die Religion dabey verdarb.

§. 5.

Eine Folge hiervon war, das Entstehen der verschiedenen Stufen des geistlichen Standes. So wie sich mehrere Bischöfe aus einerley Gegend versammelten, richtete sich ihre Vereinigung und ihr Rang, in so weit nach der politischen Eintheilung der Provinzen, dass Bischöfe, die zu einer Provinz gehörten, wenn sie es nöthig fanden, besondere Provinzialsynoden anstellten, und unter sich dann demjenigen Bischofe, der in der Hauptstadt des Landes seinen Sitz hatte, den Rang und Vorsitz einräumten. Auf die Weise entstanden die Metropolitane. Ueber die Würde des Metropolitans oder Erzbischofs erhob sich aber noch die Würde eines Primaten und Patriarchen. Die Bischöfe zu Rom wurden die Patriarchen für den Occident; die von Alexandrien und Antiochien für den Orient; auch erhielten die Bischöfe von Jerusalem und zu Constantinopel die Patriarchats-Würde. Ursprünglich sollten diese Patriarchen gleiches Ansehen, gleiche Würde, gleiche Macht haben; allein Stolz und Anmassung wirkten auch hier; es entstanden bald Streitigkeiten über Rang und Vorrecht, die dadurch beseitiget wurden, dass man dem Patriarchen zu Rom den ersten, und dem zu Constantinopel den zunächst folgenden Ehrenplatz zugestand, obgleich an eine päpstliche Würde, in dem Verstande, wie wir sie jetzt nehmen, damals noch nicht gedacht ward.

Ganz besondere Begriffe stellte man auf über die Einheit der Kirche. Man hätte es dabey bewenden lassen sollen, dass die Einheit der christlichen Religion darauf beruhe, dass ein jeder Christ den Inhalt der Bibel zur Richtschnur seines Glaubens und Lebens annähme, und im Glauben an Jesum Christum, mit der darauf gegründeten Hoffnung einer ewigen Seligkeit, sich in der Liebe Gottes und seines Nächsten thätig erweise. Aber weit hiervon entfernt, behauptete man, dass die, welche sich zu einer Religion bekänneten, auch ganz ohne alle Ausnahme, über alle Fragen, die sich von der Religion aufwerfen liessen, unabfällig gleiche Bestimmungen annehmen müssten. *) Und nun fing man an zu bestimmen, was über unzählig aufgeworfene Fragen die christliche Kirche für eine Entscheidung annehmen müsse. War aber einmal etwas auf einer Kirchenversammlung beschlossen, so sollte nur der an der Hoffnung zur Seligkeit eines Christen Antheil haben, der diese Entscheidung annähme. So wurden Schlüsse einer Kirchenversammlung den Aussprüchen der Bibel an die Seite gesetzt, und für Eingebungen des heiligen Geistes erklärt. Wer nicht damit einverstanden war oder sich nicht dazu bekennen wollte, wurde von der Kirche als ein Ketzer ausgeschlossen. Das der ächten Religion ganz fremde Unwesen der Kirchencensuren, Excommunicationen, Interdicte, und der Anrufung des weltlichen Arms zum Erzwingen der Religion, war an der Tagesordnung. Wenn mehrere Gemeinen, oder ihre Repräsentanten, verschiedene Entscheidungen annahmen, so ward die Frage aufgeworfen: welches die rechtgläubige Kirche sey?

*) So irrig deutete man die Ermahnung des Paulus Ephes. Cap. 4. V. 3 - 6. und den Ausspruch des Petrus Apostelgeschichte Cap. 4. V. 10 - 12.

Natürlicherweise führte dieses Trennungen unter den Christen herbey, deren eine Partey die andere verdammt, und — verfolgte, wenn sie konnte.

§. 6.

Die Bischöfe und Erzbischöfe blieben zwar noch wahre Unterthanen der Landesregenten; allein dass Rom, als der ursprüngliche Sitz des Kaiserthums, auch für seinen Bischof den Vorzug vor allen anderen Bischöfen behielt, gab doch dem Römischen Bischofe ein grosses Uebergewicht. Es geschahe häufig, dass derselbe von Bischöfen aus Frankreich, England und andern westlichen Ländern, um Belehrung, oder in streitigen Fällen um seinen Ausspruch gebeten ward. Dergleichen Belehrungen und Aussprüche fing man an zu sammeln, sie ähnlichen Sammlungen der Kirchenschlüsse beyzufügen, und den Vorschriften der Bibel an die Seite zu setzen. Eine ähnliche Sammlung hatte in Spanien der durch Gelehrsamkeit und Verdienste berühmte Bischof Isidor von Sevilla veranstaltet. Diesen berühmten Namen missbrauchte, um die Mitte des neunten Jahrhunderts, ein Betrüger, um eine von ihm geschmiedete Sammlung in Umlauf zu bringen, worin Briefe Römischer Bischöfe, schon vom Jahre 93 her, enthalten seyn sollten. *)

*) Die Ehre, den Betrug aufgedeckt zu haben, blieb einer Gesellschaft protestantischer Theologen vorbehalten, die unter der Benennung: Magdeburgischer Centurien, in der Mitte des 16ten Jahrhunderts ein Werk von der Kirchengeschichte ausarbeiteten, und zuerst die unächte Geburt des angeblich Isidorischen Werks der Welt vor Augen legten. Dawider schrieb zwar der Jesuit Franz Turrian; aber es erschien darauf 1635. ein eigenes Buch von David Blondel, welches ohne Widerlegung blieb, und selbst catholischen Schriftstellern das Eingeständniss der Unächtheit jener Sammlung abnöthigte. Spittler Geschichte des canonischen Rechts bis auf die Zeiten des falschen Isidors. Schmidt Geschichte der Deutschen Th. 1. S. 614. u. f.

Der Inhalt ging hauptsächlich dahin: dass der Römische Bischof des Apostels P e t r u s Nachfolger sey; dass auf ihm deswegen die Gewalt der Schlüssel und die Grundeste der Kirche ruhe, wie solche P e t r u s von Christo erhalten habe; dass alle Bischöfe und Diener der Kirche, nach dem Ausspruche des Propheten Zacharias (Cap. 2. V. 8.) als Gottes Augapfel in Ehren zu halten wären; dass alle geistliche Personen und Güter von aller weltlichen Macht und von allen Abgaben befreiet seyn müssten; dass die Gerichtsbarkeit nicht nur über geistliche Personen, sondern in Gegenständen, wo die Religion Einfluss habe, als in Ehesachen, Eidesangelegenheiten, Zehnt-Streitigkeiten u. d. m., auch über weltliche Personen, sowohl Regenten als Unterthanen, nur den Bischöfen und geistlichen Gerichten gebühre; dass aber alle Bischöfe und Erzbischöfe nur als untergeordnete Kirchenvorsteher, dem Römischen Bischofe unterworfen wären, und von demselben ihre ganze Gewalt bekommen müssten; dass von allen Bischöfen und Erzbischöfen die Appellation nach Rom ginge; dass grössere und wichtigere Sachen selbst unmittelbar zu Rom vorgenommen werden könnten; dass der Papst allein berechtigt sey, Bischöfe und Erzbischöfe abzusetzen, und andere an ihre Stelle zu ernennen; ja selbst Fürsten und Könige mit dem Banne zu belegen, und der Regierung für unfähig zu erklären. Alle diese Grundsätze wurden den ältesten Römischen Bischöfen in den Mund gelegt, als ob sie bereits zu deren Zeit allgemein anerkannt gewesen wären.

Auch Schlüsse der Kirchenversammlungen wurden in solcher Gestalt geliefert, dass mit Weglassungen oder Zusätzen und Einschiebungen ein mit den heillosen Grundsätzen übereinstimmender Sinn herauskam. Zu den Nicäischen Kirchenschlüssen waren sogar 50 falsche Schlüsse hinzugedichtet.

Diese Pseudoisidorische Sammlung verbreitete sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Zu Rom lebte um die Zeit aber ein Mann, dem es vorbehalten war, die Grundsätze derselben, welchen es noch an der Ausführung fehlte, recht vollkommen, und noch weit über ihre Absicht hinaus, in den Gang zu bringen. Sowohl den päpstlichen Stuhl, als alle Bischöfe und Erzbischöfe, ja den gesamten geistlichen Stand, aus aller Abhängigkeit vom Kaiser und jeder weltlichen Macht loszumachen; den weltlichen Stand hingegen, vom Bauern bis zum Monarchen hinauf, in völlige Unterwürfigkeit unter die geistliche Gewalt zu setzen; das war das Hauptziel aller Entwürfe, die Hildebrand machte, da er zuerst nur noch als Rathgeber anderer Päpste hinter dem Vorhange arbeitete, bis er zuletzt selbst den päpstlichen Stuhl bestieg, und nunmehr als Gregor der VII. erst überall recht die letzte Hand anlegte. Die Papstwahl ward bloß in geistliche Hände gebracht; das wirksamste Mittel, um den ganzen geistlichen Stand über alle Verbindung mit dem weltlichen Stande völlig hinauszusetzen — das Verbot der Priesterehe — erfolgte; Fürsten und Könige, ja selbst der deutsche Kaiser Heinrich der IV. mußten den Kirchenbann über sich ergehen lassen. So vereinigte sich der höchste Gipfel aller menschlichen Gewalt in der über alles erhabenen Macht des Römischen Bischofs, oder, wie nun ihm allein dieser Name eigen wurde, des Papstes.*) Unter den folgenden Päpsten traten vorzüglich Innocenz der III. und

*) Früher war die Benennung: Papst, gemeiner Name aller Bischöfe. Gregor nahm sich denselben ganz eigenthümlich; und ein Schriftsteller damaliger Zeit behauptete schon: das Wort Papst in der Mehrzahl sey eben so gotteslästerlich, als den Namen Gottes in der mehreren Zahl zu gebrauchen. Spittler Geschichte der christlichen Kirche. S. 220.

Bonifacius der VIII. in die Fussstapfen Gregors des VII., und trieben in einigen Stücken die Sache noch weiter wie dieser. Mit einem eisernen Scepter beherrschten sie die Welt, die vor ihren Bannflüchen zitterte. Ein unaufgeklärtes Zeitalter, Aberglauben, das allgemein verbreitete Klosterwesen, verunstaltete Kirchenzucht, die Einführung der dem Dominicanerorden besonders anvertrauten Inquisition, und die Kreuz- und Römerzüge begünstigten nur zu sehr diese gränzenlose päpstliche Hierarchie.

§. 7.

So war die christliche Kirche, bis zum Anfange des sechszehnten Jahrhunderts, von ihrer ursprünglichen Einfachheit, einem rein demokratischen oder collegialischen Verhältnisse, übergegangen zum Verhältnisse der strengsten und blindesten Unterwürfigkeit. Es konnte nicht fehlen, dass, mit der Zeit, der unerträgliche Druck der Hierarchie mancherley Gährungen bewirken musste. Schon im 9ten Jahrhundert erhob sich, gegen die Verehrung der Heiligen, die Stimme eines Claudius, Bischofs von Turin. Mit ihm ganz einstimmig trat Agobard in Lyon gegen dieselben Missbräuche auf. Ihnen folgten Bernhard Abt von Clairvaux, Peter von Vaux, mit seinen Anhängern, den Waldensern; Wichliff in England; mehrere Geistliche in Böhmen, besonders der auf den Ausspruch der Kirchenversammlung zu Costnitz i. J. 1416 verbrannte Johann Huss, und Hieronymus von Prag. Selbst auf den Synoden zu Pisa im J. 1409 und zu Costnitz i. J. 1414 waren, wiewohl vergeblich, Versuche gemacht, eine Reform in der Kirche zu bewirken. Da trat, im Anfange des sechszehnten Jahrhunderts, ein Augustinermönch, welcher damals Professor bey der Universität Wittenberg war, der Doctor Martin Luther,

gegen jenen Druck öffentlich auf. *) Ein seltener Mann, voll Liebe zur Arbeit und Ordnung, mit einem getrosten hohen Muth, einem eisernen Willen, und einer aufgeweckten, feurigen, ja nicht selten heftigen Gemüthsart. Sein gottinniges, fröhliches Herz war erfüllt mit heisser Liebe zur Wahrheit, und mit ächter Religiosität, und ausgedehnte gründliche Kenntnisse zierten seinen Geist.

Die Absicht von Luther ging anfänglich keinesweges dahin, die Kirche im Allgemeinen reformiren oder bessern zu wollen. Er griff zuerst nur den schändlichen Handel an, den ein unverschämter Mönch, Johann Tetzel, angeblich zum Besten des Krieges gegen die Türken, und zum Bau der Peterskirche zu Rom, mit dem Ablass, oder mit der Vergebung der Sünden für Geld, in Deutschland, und besonders auch in der Gegend von Wittenberg trieb. Dagegen predigte und lehrte Luther nicht allein, sondern er liess auch 95 Lehrsätze drucken, und am 31. October 1517 an der Schlosskirche zu Wittenberg öffentlich kund thun. **) Mit einer kaum zu begreifenden Schnelligkeit verbreiteten sich diese Lehrsätze durch Deutschland, und machten ein solches Aufsehen, dass Luther zur Verantwortung vom Papste nach Rom gefordert ward. Churfürst Friedrich zu Sachsen

*) Sein Vater, Hans Luther, ein Bergmann, und seine Mutter, Margarethe, eine geborne Lindemann, lebten in dem Dorfe Möra, unweit Eisenach. Martin Luther, ward am 10. November 1483 in der Nacht nach elf Uhr, zu Eisleben, in der Grafschaft Mansfeld, geboren, wohin seine Aeltern zu ihren Freunden und zum Jahrmarkt gereiset waren.

**) Als Tetzel in der Folge krank ward, tröstete ihn Luther auf das allerfreundlichste, und schrieb ihm: Er solle guten Muth haben, und sich vor ihm — Luther — oder seinem Namen nicht fürchten.

wandte diese gefahrdrohende Reise von Luther ab, und veranlasste, dass derselbe im Jahre 1518 zur Zeit des damaligen Reichstages zu Augsburg, unter Kaiserlichem Geleite, daselbst mit des Papstes Bothschafter, dem Cardinal Cajetan, zusammen traf. Entschlossen und beharrlich, verweigerte Luther den ihm vom Cardinal zugemutheten Widerruf seiner Lehren, und mit gleicher Festigkeit betrug er sich in der Folge gegen Carl von Miltitz in Dresden, und den tückischen Doctor Johann von Eck in Leipzig, die Beide gesendet waren, um, unter dem Vorwande der Beseitigung der Uneinigkeiten durch gelehrtes Gespräch, den Luther nach Rom zu liefern.

Beide Versuche misslangen, und Eck eilte nun zum Papst Leo dem X., der am 15. Jun. 1520 eine Bannbulle erliess, in welcher Luther und seine Freunde und Anhänger excommuniciret — aus der Kirche verstossen — wurden. Allein auch dieses Mittel blieb ohne Nutzen für den Papst. Ulrich von Hutten und Luther selbst schrieben kräftig gegen die Bulle, welche überhaupt wenig Achtung fand, und wider die auch der Letztere an die allgemeine Kirchenversammlung appellirte.

Als bald darauf der Papst es dahin brachte, dass Luthers Schriften zu Löwen, Cölln und Mainz öffentlich verbrannt wurden, so reizte dieses Luther zu einem kühnen, entscheidenden Entschlusse.

Zum 10. December 1520, Vormittags 9 Uhr, lud er, durch eine öffentliche Schrift, sämmtliche Studierende in Wittenberg dazu ein, vor dem dortigen Elsterthore, der Verbrennung des Papstes Bannbriefe und Rechte beyzuwohnen. An dem benannten Orte war Holz zusammengelegt, und als die neunte Stunde des Tages kam, zündete man das Feuer an, und vor einer zahlreichen Versammlung warf Luther das geistliche Recht, nebst der gegen ihn ergangenen

Bulle Leo X. in das Feuer, mit den Worten: „Weil
 „du den Heiligen des Herrn betrübet hast, so betrübe
 „und verzehre dich das ewige Feuer.“ *)

§. 8.

Der alles entscheidende Schritt war geschehen; das
 grosse Werk der Kirchenreformation unwiderruflich
 begonnen, und keine Rückkehr mehr möglich.

Luther fühlte das vollkommen; denn gleich am
 folgenden Tage (11. December 1520) ermahnte er alle
 seine Zuhörer mit grossem Ernste: „dass sie sich vor
 „des Papstes Gesetzen sollten hüten; die Verbrennung
 „der geistlichen Rechte wäre nur ein Kinderspiel; wer
 „nicht von ganzem Herzen dem päpstlichen Regimente
 „widerspreche, könne nicht selig werden.“

Darauf machte er die Ursachen seines Verfahrens
 durch den Druck bekannt. „Wenn man etwas Heil-
 „sames und Grosses thun will, muss man sich einen
 „Muth fassen. — schrieb Luther an seine Freunde. —
 „Nun ist das Werk frei und kühn begonnen; der Herr
 „ist erwacht, und sitzt, die Völker zu richten. Der
 „Wurf ist geschehen; Roms Gunst oder Ungunst
 „mag dahin fahren; denn ich will forthin nichts mehr
 „mit ihnen zu thun haben, auch mich nimmer mit
 „ihnen aussöhnen. Die Demuth und der betrogene
 „Gehorsam haben hiermit ein Ende. Mit dem Papst-
 „thum stehet es nicht mehr, wie gestern und wie
 „ehergestern. Es ist etwas Ungeheures vor der Thür.“

Sorgsamer und fleissiger, wie jemals, las nun Lu-
 ther die heilige Schrift, und trug seine aus derselben
 geschöpfte Ueberzeugung, auf der Canzel, dem aca-
 demischen Lehrstuhle und in Schriften vor. Die An-
 zahl seiner Anhänger und Freunde vermehrte sich
 dadurch mit jedem Tage.

*) Mosheim *hist. eccl.* pag. 659. *seqq.*

§. 9.
 Kaiser Carl V. forderte Luther zur Verantwortung, auf den 1521 nach Worms zusammen berufenen Reichstag, und der furchtlose Freund der Freiheit und Wahrheit achtete nicht die Besorgnisse und Wehklagen seiner Freunde um ihn. „Wenn so viel Teufel zu Worms wären, als Ziegeln auf den Dächern, noch wollte ich hineinkommen;“ so sprach er, und reisete, begleitet von einem Kaiserlichen Herolde, und unter des Kaisers und vieler Fürsten Geleite, dem Reichstage zu. Während seines vierzehntägigen Aufenthalts zu Worms, stand Luther zu zweienmalen vor dem Kaiser und den versammelten Reichsfürsten, und ward kurz befragt über seine Lehren und Bücher. Am Ende sollte er runde bestimmte Antwort darauf geben: ob er seine Bücher widerrufen wolle? Da erwiderte er mit frohem Gemüthe, und lauter fester Stimme:

„Dem Papste und den Concilien glaube ich nicht; überführt bin ich nicht; widerrufen kann ich nicht. Hier stehe ich; ich kann nicht anders. Gott helfe mir! Amen.“

Ungeachtet der Anträge, die dem Kaiser deshalb gemacht wurden, brach derselbe das gegebene Geleit zwar nicht auf der Stelle, und Luther verliess Worms ungehindert; allein kaum befand er sich einige Tage auf der Rückreise, so erging die Kaiserliche Achtserklärung gegen ihn, durch welche Jedermann bey schwerer Strafe verboten ward: „den unter Menschengestalt und in einer Mönchskutte versteckten Teufel, Martin Luther, zu hausen, zu speisen, zu träncken, noch ihm heimlich oder öffentlich Hülfe, Anhang oder Beystand zu beweisen; worin ferner geboten ward: denselbigen, wo man ihn finde, zu fahen und einzuliefern; auch allen seinen Freunden ein Gleiches zu thun, und sie ihrer Habe zu berauben.“

Der Churfürst von Sachsen sorgte aber dafür, dass diese Acht Luther nicht nachtheilig wurde. Auf die Veranlassung des Churfürsten ward er hinter dem Schlosse Altenstein, in der Gegend von Waltershausen, durch zwey vertraute Ritter, zum Anschein überfallen, und unter dem Namen: Juncker Görg, auf das Schloss Wartburg, bey Eisenach, gebracht. Luthers Achtserklärung und Excommunication, so wie das sogenannte Wormser Edict, verfehlten jedoch ihren Zweck gänzlich. Die einzige bedeutende Folge davon war, dass die der Lehre von Luther zugethanen Gemeinen, dadurch gezwungen, den Anfang machten, besondere Versammlungen des Gottesdienstes wegen zu halten, und eigene Kirchen, welche sich evangelische und lutherische nannten, auszumachen. *) Nicht Landesherren, nicht Obrigkeiten waren es, welche zu den damaligen Veränderungen in der Kirche den Anlass oder Ton gaben, oder sie befehlsweise vorschrieben. Die Unterthanen waren es im Gegentheil, die jetzt, nach veränderten Einsichten und Gesinnungen, von dem Joche, das sie bisher gedrückt hatte, in Freiheit zu kommen, und den Gottesdienst nach ihrer nunmehrigen Ueberzeugung eingerichtet zu haben wünschten. Wo nun Obrigkeiten und Landesherren diesen Wünschen Gehör gaben, da kam die Sache schnell zu Stande. Langsamer und mit Hindernissen da, wo die Obrigkeit den Unterthanen nicht nachgeben wollte.

§. 10.

In seiner Verborgenheit auf der Wartburg studirte Luther Griechisch und Hebräisch, predigte ei-

*) Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts §. 32. Dr. Bernhardt Andenken an das dritte Jubelfest der evangelischen Kirche i. J. 1817. S. 44 und 45.

nigen Vertrauten, übersetzte das neue Testament ins Deutsche, brachte die Psalmen zusammen, und schrieb verschiedene Bücher. Kaum aber hatte er erfahren, das Unwesen, welches Dr. Karlstadt und die neu-entstandenen sogenannten Bilderstürmer im Religionswesen zum höchsten Nachtheil der guten Sache trieben, so eilte er, nicht achtend die Gefahr, am 7ten März 1522 nach Wittenberg, und predigte nicht allein dort acht Tage nach einander, sondern auch in der ganzen Gegend des Aufstandes, mit dem besten Erfolge für die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung.

§. 11.

Auf dem Reichstage zu Nürnberg i. J. 1523, wollten die Gesandten des Papstes Hadrian VI. die Stände bewegen, die Lehre Luthers zu dämpfen und auszurotten; allein die Fürsten vereinigten sich, Ein- hundert Beschwerde-Artikel gegen den Papst zu unterschreiben, und eine allgemeine Kirchenversammlung zu verlangen. Das verstärkte Luthers Muth. Er gab, neben verschiedenen Büchern, seine deutsche Uebersetzung des neuen Testaments heraus, fing an, auch das alte Testament zu übersetzen, und verfertigte viele deutsche Kirchenlieder.

Die Messe ward von da an zu Wittenberg in deutscher Sprache gehalten, und die noch gegenwärtig gebräuchliche Ordination (Einweihung) der Pfarrer verordnet; auch legte Luther die bis dahin getragene Mönchskleidung ab, kam am 9. October 1524 in einem Priesterrocke, wozu ihm der Churfürst von Sachsen das Tuch geschenkt hatte, zur Kirche, und verheirathete sich am 27. Junius des folgenden Jahrs, mit Catharine von Bora, einer vormaligen Nonne.

§. 12.

Das anhaltende Dringen des Kaisers auf Vollziehung des Wormser Edicts (§. 9.) und das harte Aus-

schreiben zu dem im November 1525 angesetzten, aber fast ganz unbesucht gebliebenen, Reichstage zu Augsburg, der nun zu Speyer gehalten werden sollte, vermehrten die Besorgnisse der evangelischen deutschen Fürsten, und sie verbanden sich am 4. May 1526 zu Torgau, gegen gewaltsame Angriffe der Catholiken. *) So machte man sich im voraus zu allem gefasst, was etwa auf dem am 25. Junius d. J. zu Speyer angesetzten Reichstage gegen die Evangelischen vorgenommen werden mögte. Allein ungeachtet der Drohungen des Kaisers, kam es doch durch Bemühungen und Vermittelungen, nach vielem Streiten, zu dem Beschlusse:

„dass man die Entscheidung der Religionsstreitigkeiten bis zu einem freien allgemeinen oder National-Concilium verschieben wolle; unterdessen solle sich jeder, in Hinsicht auf das Wormser Edict, so verhalten, wie er es vor Gott und dem Kaiser zu verantworten sich getraue.“

Dadurch erhielten die Evangelischen schon einigermaßen Gewissensfreiheit, und die Reformation hatte daher in vielen Ländern und Städten einen ungestörteren Fortgang.

§. 13.

Da der i. J. 1528 zu Regensburg angesetzt gewesene Reichstag nicht zu Stande gekommen war; so ward am 15. März 1529 ein anderer zu Speyer eröffnet. Der Kaiser hatte sich schon gegen den Reichsabschied zu Speyer v. J. 1526 (§. 12.) sehr hart erklärt, und die Catholiken behaupteten: dass dieser

*) Das Bündniss ward wiederholet und erweitert zu Magdeburg am 12. Jun. 1526, und durch eine Acte vom 14. Jun. d. J. trat auch die Stadt Magdeburg demselben bei. Rathmann Geschichte der Stadt Magdeburg Band 3. S. 447.

Beschluss bisher zur Entschuldigung aller neuen Lehren und Secten gemissbraucht worden sey. Daher ward zu Speyer am 4. April 1529 durch die catholische Stimmenmehrheit beschlossen:

„dass da, wo man sich bisher nach dem Wormser
 „Edict gerichtet hätte, es auch bis zum künftigen
 „Concilium so bleiben solle; wo man aber die neuen
 „Lehren angenommen habe, und sie ohne Gefahr und
 „Unruhe nicht abschaffen könne, da sollte man, bis
 „zum Concilium, sich nur aller weiteren Neuerun-
 „gen enthalten; die catholische Messe nicht abschaf-
 „fen, Niemanden sie zu hören verbieten, und Nie-
 „manden davon abhalten; die Prediger sollten das
 „Evangelium in dem von der Kirche angenommenen
 „Sinne lehren, und streitige Lehren gar nicht be-
 „rühren. Uebrigens sollte keiner den andern, der
 „Religion wegen, beunruhigen, oder Schaden thun;
 „auch keiner des andern Unterthanen, der Religion
 „wegen, in Schutz nehmen.“

Diesen Beschluss konnten die Evangelischen nicht verhindern, sie protestirten aber dagegen in der Reichsversammlung am 19. April, übergaben am folgenden Tage die Protestation schriftlich, *) und appellirten von dem Reichstagsbeschlusse an den Kaiser, an ein National-Concilium, und an jeden sachkundigen unparteiischen Richter.

Es gab diese Protestation die Veranlassung dazu, dass von nun an die Lutherischen, und in der Folge auch andere, welche dem Papstthum entsagten, Protestanten genannt wurden.

*) Diese Protestation geschahe vom Churfürsten Johann von Sachsen, von den Herzögen Ernst und Franz von Lüneburg, vom Markgrafen Georg von Brandenburg in Franken, vom Landgrafen Philipp von Hessen, vom Fürsten Wolfgang von Anhalt, und von 14 Reichsstädten, unter denen Nürnberg, Strassburg und Ulm die bedeutendsten waren.

§. 14.

Die Protestanten sendeten nun eine Gesandtschaft an den Kaiser, mit ihrer Protestation und Appellation; liessen sich dieses Schrittes wegen entschuldigen, und bitten: dass es bis zum Concilium bey dem Speyerschen Abschiede von 1526 bleiben möge.

Es hatten zwar die Gesandten am 12. September Audienz bey dem Kaiser, erhielten aber erst am 13. October 1529 eine ganz unbefriedigende Antwort, und es ward ihnen am Ende sogar Arrest angekündigt.

Dieses Verfahren bewog die Protestanten zu allerley Berathschlagungen wegen ihrer Sicherheit, und wegen eines zu schliessenden neuen Vertheidigungsbündnisses. Da aber Luther und mehrere seiner Freunde für ein Bündniss gegen den Kaiser und die Catholiken nicht recht stimmen wollten; so kam es dazu jetzt nicht, und die Zusammenkünfte zu Zerbst, Schlaiz, Schwabach und Schmalkalden, waren in dieser Hinsicht fruchtlos. Doch vereinigte man sich näher über die protestantischen Lehrpuncte, und Luther verfasste eine Schrift in 17 Artikeln, und übergab sie demnächst zu Torgau, daher dieselbe die Torgauer Artikel genannt wird.

§. 15.

Beharrlich wünschte Kaiser Carl V., wo möglich den Religionsstreitigkeiten ein Ende zu machen. Hauptsächlich mit zu diesem Zwecke schrieb er am 21. Januar 1530 einen Reichstag zu Augsburg auf den 8. April aus; verlängerte aber nachher den Termin bis zum 1. May, und versprach in dem sehr gelinden Ausschreiben:

„dass eines Jeden Gutdünken und Meinung über
„Religionssachen in Liebe und Gütigkeit gehöret und
„erwogen, und was bisher nicht recht erklärt oder
„vorgenommen wäre, aufgehoben werden solle.“

Die am 24. Februar 1530 zu Bologna erfolgte Krönung Carl's zum Römischen Kaiser durch den Papst, *) war die Veranlassung dazu, dass der Kaiser sich mehrere Monathe bey dem Papste aufhielt, und erst sehr spät in Augsburg eintraf. Der Papst rieth, Gewalt zu gebrauchen, und wollte ungern ein Concilium; der Kaiser aber wünschte dasselbe, und wollte erst gelinde Mittel gegen die Protestanten gebrauchen.

Der Churfürst Johann von Sachsen fand sich zuerst vor allen Fürsten zu dem Reichstage ein. Er führte ein ansehnliches Gefolge mit sich, in welchem sich auch Philipp Melancthon und Doctor Jonas, **) Luthers vertrauteste Freunde, befanden, welche der Churfürst in Augsburg frei und öffentlich predigen liess. ***) Nach langem Erwarten kam der Kaiser endlich am 15. Junius 1530 zu Augsburg an. Noch am Abend desselben Tages begehrte er von den evangelischen Ständen ernstlich: dass sie das Predigen sollten unterlassen, und des folgenden Morgens mit ihm eine Procession halten.

Aber die Fürsten schlugen ihm Beides ab. Der Markgraf Georg von Brandenburg führte das Wort in Aller Namen, und sprach:

*) Es war diese Krönung die letzte ihrer Art.

**) Von des Dr. Justus Jonas Lebensverhältnissen und Verdiensten um die Reformation, ist nachzulesen, das, mit einem schönen Bildnisse des Jonas gezierte, vortreffliche Programm des verdienstvollen Consistorialraths, Seniors und Decans der theologischen Facultät zu Halle, und Ritters, Doctor Knapp: *Narratio de Justo Jona. Halis Sax. 1817. 4.*

***) Luther blieb in Coburg auf dem Schlosse Ehrenburg zurück, denn es war nicht zu trauen, ihn nach Augsburg mitzunehmen; auch wären die Widersacher durch seine Gegenwart wohl noch härter erbittert worden. Dr. Bernhardt Andenken an das 3te Jubelfest der evangelischen Kirche 1817. S. 85.

„Lieber will ich vor dem Kaiser niederknien, und
 „mir den Hals abhauen lassen, als Gott und sein
 „Evangelium verlängnen;

worauf ihm der Kaiser auf flamändisch antwortete:

„Levr Forst, nit Kop ab! nit Kop ab! so is et nit
 „gemient.“

Der Kaiser hielt demnach die Procession allein
 mit den Catholiken. Indessen berathschlagten die
 evangelischen Fürsten, und gaben darnach zur Ant-
 wort: Weil der Kaiser in seiner Stadt Meister seyn
 solle, so wollten sie das Predigen abstellen.

§. 16.

Am 20. Junius 1530 ward der Reichstag förmlich
 eröffnet, und auf demselben die Religionsverhandlun-
 gen zuerst vorgenommen.

Nach vielfältiger Handlung gestattete der Kaiser
 den Protestanten, ihr von Melancthon aufgesetztes,
 sehr merkwürdiges, und unter der Benennung: Augs-
 burgsche Confession, allgemein bekanntes Glau-
 bensbekenntniss, ihm zu überreichen, auch gab er,
 nach einigen Schwierigkeiten, das öffentliche Vorlesen
 des deutschen Exemplars desselben, am 25. Junius,
 Nachmittags 5 Uhr, vor den in seiner Capellstube
 versammelten Reichsständen, zu. *) Nach dem Ver-
 lesen nahm der Kaiser das lateinische Exemplar selbst
 zu sich. **)

*) Der Kaiser verlangte, dass die Confession lateinisch vor-
 gelesen würde; aber der Churfürst von Sachsen hinderte das,
 und sprach: „Auf deutschem Grund und Boden soll man sie
 „billig in deutscher Sprache lesen und hören.“

**) Die Confession war unterschrieben von dem Churfürsten Jo-
 hann von Sachsen, von seinem Sohne Johann Friedrich, vom
 Markgrafen Georg von Brandenburg, von den Herzögen Ernst
 und Franz von Lüneburg, von dem Landgrafen Philipp von
 Hessen, und von den Städten Nürnberg und Rentlingen.

Dieses Glaubensbekenntniss erregte grosse Aufmerksamkeit, fand vielen Beyfall, und ward bald in ganz Europa verbreitet. Es ward noch in demselben Jahre fünfmal deutsch und zweimal lateinisch gedruckt, und wirkte ausserordentlich. *) Der Kaiser liess von neunzehn heftigen Gegnern der Reformation eine schlecht gerathene Widerlegung der Confession schreiben, und am 3. August öffentlich vorlesen. Er verlangte von den Protestanten, dass sie dieselbe annehmen, und sich wieder mit der catholischen Kirche vereinigen sollten, wo nicht, so müsste er diejenigen strafen die widerwärtige Lehre pflanzten. Vorzüglich auf Veranlassung des Cardinals und Erzbischofs Albert von Magdeburg, welchen Luther schriftlich dringend bat, Friedensvermittler zu seyn, versuchte man noch Einmal eine gütliche Vereinigung. Vierzehn Personen, von jeder Partei sieben, traten zu dem Zwecke zusammen. Man einigte sich auch bald über verschiedene Gegenstände, und liess darauf den Versuch durch einen engeren Ausschuss von sechs Personen fortsetzen. Da aber die Protestanten in verschiedenen wichtigen Lehren nicht nachgeben konnten, so suchte der Kaiser sie durch Drohungen zum Nachgeben zu bringen, und wollte ihnen bis zum 15. April des folgenden Jahres dazu Bedenkzeit geben. Sie beharrten aber unerschütterlich bey ihrem Bekenntnisse, und ritterlich erwiderte der Churfürst von Sachsen auf die kaiserlichen Drohungen: „Geradezu macht gute Renner.“ Nachdem, nach verschiedenen Schwierigkeiten dieserhalb, die von Melancthon verfasste Vertheidigung der Confession, am 22. September, dem Kaiser durch den Doctor Brück überantwortet war, und die Evangelischen durch denselben erklären liessen:

*) Pütter Litteratur des Staatsrechts Th. 3. S. 62 u. f.

„Dieweil wir aus Gottes Wort nicht widerleget sind,
 „wollen wir von der klaren, heiligen Schrift nicht
 „abstehen, es mag uns auch ergehen, wie Gott will.
 „Dem allein befehlen wir unsere Sache, und begeh-
 „ren nur, eine gemeine, freie, christliche Kirchen-
 „versammlung in deutschen Landen;
 so kam es am 19. November 1530 zu einem sehr har-
 ten Reichsabschiede, wornach die Protestanten erwar-
 ten mussten, dass man sie mit Gewalt zur Römischen
 Kirche wieder zurückzuführen versuchen würde. *)

§. 17.

So war denn zwar auf der einen Seite die kirch-
 liche Verbindung zu der Gottesverehrung nach dem
 Inhalte der Augsburgerischen Confession, förmlich ge-
 schaffen; allein auf der anderen Seite auch die Noth-
 wendigkeit dringender geworden, dass die Evangeli-
 schen mit Ernst auf die genaueste Verbindung unter
 sich, zu ihrer Sicherheit, zu denken hatten.

Zu dem Zwecke kamen die evangelischen Stände
 noch in demselben Jahre abermals zu Schmalkalden
 zusammen, und schlossen am 31. December 1530 den
 berühmten Schmalkaldischen Bund, welcher am
 27. Februar des folgenden Jahres erweitert, und in
 der Folge, am 29. September 1536, noch auf zehn
 Jahre verlängert ward. **)

*) Salig Historia der Augsburgerischen Confession. Joh. Joach.
 Müller Historia von der Evangelischen Stände Protestation
 und Augsburg. Confession.

**) Es wurden damals noch verschiedene mächtige Bundesgenos-
 sen aufgenommen, nemlich Herzog Ulrich von Würtemberg,
 die Herzöge von Pommern, zwey Fürsten von Anhalt, ein
 Graf von Nassau, und zehn Städte, worunter sich Augsburg,
 Frankfurt, Braunschweig, Goslar und Hamburg befanden.
 Der König von Frankreich bewarb sich um die Aufnahme in

§. 18.

Die Besorgnisse, welche dieser Bund den Catholischen gab; die damaligen Rüstungen der Türken gegen Ungarn und Deutschland; und die unablässigen Bemühungen des Cardinals, Churfürsten und Erzbischofes Albert, und des Churfürsten Ludwig von der Pfalz, brachten es dahin, dass die Evangelischen auf dem Reichstage zu Nürnberg 1532 den sogenannten Nürnbergschen Religionsfrieden erlangten, durch welchen ein Stillstand der Streitigkeiten und eine einstweilige Toleranz zugesichert ward. *) Da der Kaiser bey seinem 1536 neuausgebrochenen Kriege gegen Frankreich in Deutschland gern Ruhe und Frieden erhalten wollte, so suchte er die Protestanten fortdauernd zu beruhigen. Er brachte es bey dem Papste dahin, dass auf den 23. May 1537 ein Concilium zu Mantua ausgeschrieben ward, welches aber in der Folge von einer Zeit zur andern verschoben, dann nach Vicenza verlegt, und endlich gar nicht zu Stande gekommen ist. Die Protestanten liessen zwar durch Luther, mit Zuziehung von Spalatin, Agricola und Amsdorf, die sogenannten Schmalkaldischen Artikel, als ein auf dem Concilium zu gebrauchendes Bekenntniss ihrer Lehre, aufsetzen; allein endlich beschlossen sie, das Concilium nicht zu beschicken, weil es unter dem Vorsitze und der Leitung des Papstes, der sie und ihre Lehre als Ketzerei schon verdammet habe, und noch dazu ausserhalb Deutschland, gehalten werden solle.

den Bund, welche aber, so wenig wie die des Königs von England, zu Stande kam. Der Churfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen wurden zu Häuptern des Bundes erwählt.

*) Joh. David Köhler *de prima pace religiosa Norimbergae 1532 sancita. Ald. 1732.*

Das erklärten sie auch am 4ten März 1537 dem päpstlichen Legaten, und dem Kaiserlichen Vicecanzler Held, welcher als Gesandter des Kaisers nach Schmalkalden kam, und sie zum Concilium einlud. Held hielt nun ein catholisches Gegenbündniss für nöthig, und brachte auch endlich, mit vieler Mühe, zu Nürnberg, am 10. Junius 1538, die sogenannte heilige Liga auf eilf Jahre zu Stande. *)

Bey den Protestanten erregte dieses grosse Besorgnisse. Sie hielten im März und April 1538 deswegen eine Versammlung zu Braunschweig, verabredeten die Maassregeln auf den Fall eines Krieges, und nahmen den König Christian III. von Dänemark, und den Markgrafen Johann von Cüstrin, einen Bruder des Churfürsten von Brandenburg, in den Schmalkaldischen Bund auf. Ein Krieg schien unter diesen Verhältnissen unvermeidlich zu seyn, doch kam es noch, durch die Bemühungen des Churfürsten Joachim II. von Brandenburg, und des Churfürsten Ludwig von der Pfalz, zu Frankfurt am 19. April 1539 zu einer Verlängerung des Nürnberger Friedens auf 15 Monate. Schon längst war Churfürst Joachim II. von Brandenburg der evangelischen Lehre zugeneigt gewesen. Um so lieber erfüllte daher derselbe die inständigen Bitten seiner Unterthanen dieserhalb, und fing in demselben Jahre an, die Reformation öffentlich in der Mark einzuführen. **)

*) Der Liga traten bey: der Cardinal Albert, als Erzbischof von Magdeburg, der Erzbischof von Salzburg, Herzog Georg von Sachsen, die Herzöge Ludwig und Wilhelm von Bayern, und Erich und Heinrich von Braunschweig.

**) Der Churfürst empfing das Abendmahl unter beiderlei Gestalt zum erstenmale am 31. October 1539 in der Domkirche zu Cölln an der Spree, von dem Bischöfe von Brandenburg, Mathias von Jagow, und ein grosser Theil des Hof- und Landadels communicirte mit ihm.

§. 19.

Obgleich die auf dem Reichsconvente zu Hagenau im Junius 1540 angesetzte Conferenz der Theologen von beiden Theilen gar nicht zu Stande kam, und eine andere nach Worms ausgeschriebene im Anfange d. J. 1541 bald wieder aufgehoben ward: so kam es endlich doch, auf dem in demselben Jahre zu Regensburg gehaltenen Reichstage, zu einem solchen Religionsgespräche. Drey angesehene catholische Theologen, Eck, Gropper und Julius Pflug,*) und eben so viel Protestanten, nemlich Melancton, Bucerus und Pistorius, stellten dasselbe an unter dem Vorsitze des Pfalzgrafen Friedrich und des Kaiserlichen Canzlers Granvella. Wenn gleich auch hierdurch abermals nichts ausgerichtet ward, so bestätigte der Kaiser dennoch den Nürnberger Frieden, hob durch eine besondere, blos in seinem Namen geschehene Erklärung alles auf, was in dem Reichsabschiede vom 28. Jul. 1541 die Protestanten drückend für sie hielten, und versicherte ihnen alle ihre bisher schon im Besitz gehabten Rechte. Da dieses auf dem Reichstage zu Speyer 1542 gewissermassen noch mehr bestätigt ward, so blieben die Protestanten von dieser Seite jetzt noch in Ruhe, ohne Zweifel aus dem Grunde, weil der Kaiser, bey den Kriegesverhältnissen, worin er sich noch immer gegen Frankreich und die Türken befand, und bey seinem vorhabenden Zuge nach Algier, nicht noch neue Feinde sich machen wollte.

§. 20.

Von einer anderen Seite geriethen aber die Schmalkaldischen Bundesgenossen damals, und zwar als angreifender Theil, in Krieg. Mit dem eifrig ca-

*) Domherr, und nachmals (1541) Bischof zu Naumburg.

tholischen Herzoge Heinrich von Braunschweig hatten der Churfürst von Sachsen und der Landgraf von Hessen, schon seit einigen Jahren, viele Streitigkeiten gehabt. Als nun Herzog Heinrich in den Jahren 1541 und 1542 die Städte Braunschweig und Goslar, der Religion wegen, auf mancherley Art drückte, und diese, als Mitglieder des Schmalkaldischen Bundes, von demselben Hülfe verlangten; so liessen die Bundesgenossen ein Heer in das Braunschweigische rücken, eroberten, ohne vielen Widerstand, das ganze Land, und führten daselbst, zur grossen Freude der Unterthanen, bald nachher die Reformation ein. Herzog Heinrich flüchtete nach Bayern, und wandte sich an den Kaiser, welcher auf dem Reichstage zu Speyer 1544 verlangte, dass ihm das Herzogthum Braunschweig zur Sequestration eingeräumt werde. Die Forderung ward i. J. 1545 wiederholet, und die Protestanten wollten sich damals auch dazu verstehen. Allein der Herzog versuchte, sein Land mit Gewalt wieder zu erobern, und ward dabey am 21. October 1545, mit seinen Söhnen, vom Landgrafen Philipp von Hessen gefangen genommen. *)

Die Schmalkaldischen Bundesgenossen hielten zwar in dieser Zeit mehrere Convente, waren aber schon nicht mehr recht einig unter sich, indem Manchen unter ihnen das Verfahren mit dem Herzoge Heinrich von Braunschweig zu übereilt und gewalthätig, und Manches in dem Benehmen des Churfürsten und des Landgrafen gegen sie zu anmassend und gebieterisch erschien.

§. 21.

Den Reichstag zu Nürnberg i. J. 1543 beschickten die Bundesgenossen, zum grossen Verdrusse des Rö-

*) Seckendorff *Comment. de Lutheranismo Lib. 3. §. 95 - 124.*

mischen Königs Ferdinand, der ihn hielt, nur durch Gesandte. Alles war hier uneinig und wider einander, daher ward nichts ausgemacht. Auf dem Reichstage zu Speyer i. J. 1544 erschien aber der Kaiser selbst und manche protestantische Fürsten. Die suchte man, um ihre Mithülfe gegen die Türken und Frankreich zu erlangen, mit freundlichen Worten und auf Schrauben gestellten Versprechungen hinzuhalten. So bald auch nur, schneller als es vermuthet werden konnte, der Frieden mit Frankreich zu Crespy am 24. September 1544 geschlossen war, so ward es sichtbar, dass man nun gegen die Protestanten Gewalt gebrauchen wolle.

Auf dem Reichstage zu Worms i. J. 1545, welchen die Fürsten des Schmalkaldischen Bundes abermals nur durch Gesandte beschickten, wollte man sich schon nicht mehr recht auf Vergleichsunterhandlungen wegen der Religion einlassen, sondern verwies die Protestanten an das vom Papste nach Trident ausgeschriebene Concilium, und der Kaiser verlangte von ihnen, dass sie es mit beschicken sollten. Dessen weigerten sie sich aber standhaft, und verlangten, wie bisher, ein freies christliches Concilium, worauf der Papst nicht zugleich Partei und Richter sey. *)

Endlich brachten es der Kaiser und sein Bruder Ferdinand auch zu einem Waffenstillstande mit den Türken, erst auf ein Jahr, und dann auf fünf Jahre. Um aber die Protestanten noch hinzuhalten, und sich erst recht in kriegerische Verfassung gegen sie zu setzen, ward noch, mit Bewilligung des Papstes, auf dem nach Regensburg ausgeschriebenen Reichstage, ein Colloquium zwischen catholischen und protestantischen Theologen angesetzt, welches aber erst 1546 anfang.

*) Das Concilium zu Trident ward am 13. December 1545 eröffnet, aber bald wieder verschoben.

§. 22.

Während dessen, dass alles dieses vorging, arbeitete Luther mit unermüdeter Thätigkeit fort, an der Beförderung des Werks der Reformation, obgleich seine Gesundheit in den letzten Jahren sehr gelitten hatte. Auf die Bitte der Grafen von Mansfeld, über einige Streitigkeiten wegen der Bergwerke sie miteinander zu vergleichen, reiste Luther, schon kränklich und schwach, mit seinen drey Söhnen, am 23. Januar 1546 von Wittenberg über Halle, von wo der Doctor Justus Jonas sein Begleiter ward, nach Eisleben, woselbst er am 29. desselben Monats von den Grafen mit 113 Pferden von der Gränze eingeholet, sehr angegriffen eintraf. *) Er handelte dort mit den Grafen, predigte viermal und weihte zwey Priester. Allein er ward immer schwächer, und starb in seiner lieben Stadt, wie er Eisleben stets nannte, also an seinem Geburtsorte, im Hause des Stadtschreibers Drachstädt, am 18. Februar 1546, zwischen zwey und drey Uhr Morgens, im 63sten Jahre seines Alters, wahrscheinlich an einer Lungenentzündung.

Sein Körper ward, in Begleitung der Grafen von Mansfeld und vieler angesehenen Personen, sehr feierlich und unter einem grossen Zulaufe und Wehklagen des Volks, am 20. Februar, über Halle und Bitterfeld, auf Verlangen des Churfürsten von Sachsen, nach Wittenberg gebracht, und daselbst am 22. Februar in der Schlosskirche, vor der Canzel,

*) Wegen des grossen Wassers musste er sich mit seiner Reisegesellschaft, nicht ohne Gefahr, in einem Kahn über die Saale schiffen lassen. Bey der Gelegenheit sprach er scherzend zu Jonas: „Lieber Doctor Jonas, wäre das dem Teufel nicht ein fein Wohlgefallen, wenn ich Dr. Martinus, mit dreyen Söhnen und Euch, in dem Wasser ersöffe?“

mit vielen Feierlichkeiten begraben. Bey dem Begräbnisse hielt Johann Buggenhagen eine deutsche Predigt, und darnach Melancthon eine lateinische Rede. *) Den Lesern dieser Schrift wird es wahrscheinlich nicht unwillkommen seyn, am Ende derselben eine Stammtafel der Lutherschen Familie abgedruckt zu finden.

§. 23.

Die Zahl der Druckschriften, welche Luther herausgegeben hat, ist sehr gross, und es lässt sich kaum begreifen, wie er, neben seinem ausserordentlich ausgebreiteten Briefwechsel, neben seinen vielen mündlichen Vorträgen auf den Canzeln und academischen Lehrstühlen, und neben seinen häufigen Reisen, zur Ausarbeitung derselben die Zeit gewinnen konnte. Zur Ausbreitung der evangelischen Religion hat wohl keine dieser Schriften mehr beygetragen, wie der von Luther im Jahre 1529 herausgegebene kleine und grosse Catechismus. Zusammengetragen sind Luthers Schriften zuerst i. J. 1558 zu Wittenberg in eilf deutschen, und in sieben lateinischen Bänden, gedruckt worden. Aehnliche Ausgaben erfolgten dem-

*) Nach Luthers Tode ging es seiner Wittve und ihren Kindern oft traurig. Wegen des Krieges und der Pest mussten sie zweymal aus Wittenberg fliehen, und hatten auch Geldmangel, obgleich der Churfürst von Sachsen, Johann Friedrich, und der König Christian der Dritte von Dännemark ihnen manche Unterstützung gewährten. Die Wittve überlebte Luthern nur um sechs Jahre. Sie starb zu Torgau am 20. December 1552, an den Folgen eines Sprunges aus dem Wagen, den sie auf der Reise von Wittenberg dahin machte, als die Pferde des Fuhrwerks scheu wurden und durchgingen.

nächst zu Jena, Eisleben, Altenburg, Halle, und an anderen Orten. *)

§. 24.

Der oberste Grundsatz, den Luther bey seinem Reformationswerke annahm, war der:

In Glaubenssachen keine Art von menschlicher Autorität über sich zu erkennen; weder einen Papst noch ein Concilium; sondern lediglich der auf die heilige Schrift gegründeten, eigenen, inneren, freien Ueberzeugung zu folgen.

Die folgenden, in Gemässheit dieses allgemeinen Grundsatzes, in den Schriften Luthers vorkommenden Lehren haben für die evangelischen Glaubensgenossen eine vorzügliche Wichtigkeit.

Ueber die Aenderung und Besserung der Kirche lehrte der grosse Mann:

1. Man muss das Evangelium recht klar und rein predigen, also lange, bis die Leute genugsam verständiget, ohne Locken und Reizen, sondern aus eigenem Gewissen getrieben, von sich selbst kommen, und nach dem Besseren ringen und dringen.

*) L u t h e r las alle seine Collegia unentgeltlich, und nahm auch für keine seiner Schriften ein Honorar, obgleich ihm die Buchhändler — freigebig genug für jene Zeit — jährlich 400 Thaler für den Verlag dessen boten, was er in dieser Zeit schreiben würde. Seine Besoldung betrug ungefähr 540 Gulden, dazu kamen noch einige Geschenke seines Landesherrn, und kleine Jahrgelder, die er, Melancthon und Buggehausen von den damaligen dänischen Königen bezogen. — Nach einer ungefähren Berechnung sollen seine abgemachten Reisen, so weit sie bekannt geworden und zu berechnen sind, im Ganzen 2764 Meilen betragen, Lingke Reisegeschichte Luthers.

2. Bey den innerlichen Dingen, bey dem richtigen Verständniss, muss man anfangen, alsdann folget die Aenderung und Besserung des Aeusserlichen von selbst.
3. Die Kirche ist eine solche Versammlung oder Gemeinde, die da hanget an Dingen, so nicht erscheinen, noch mit Sinnen können begriffen werden; und alles Aeusserliche geschieht nur um des Innerlichen willen, dass der Mensch von dem, was er siehet und höret, sich erhebe zu dem, was noch kein Auge gesehen, und kein Ohr gehöret hat; dass er in dem Sichtbaren ergreife das Unsichtbare, und das Unsichtbare wiederum im Leben sichtbar mache, das ist, gute Werke thue, mit Freuden und vom Herzen. Also erneuert die Kirche ihre Gestalt aus sich selber, und es kömmt das Heil allein von Innen heraus.
4. Kirchenversammlungen, und ihre Sprüche, führen zu Zwang, der nicht seyn muss in diesen Dingen. Der Zwang in äusseren Dingen führt bald zu Zwang der Gewissen und der Seelen.
5. Niemals sind in der Kirche alle Gebräuche und Gewohnheiten gleich und einerlei gewesen, noch könnten sie es seyn. Denn dieses lassen die unterschiedenen Umstände, Zeiten, Menschen und Länder nicht zu. Wenn wir anfangen, alles allenthalben gleich zu machen, so werden es Glaubensartikel und Stricke des Gewissens werden, wie im Papstthum geschehen ist. Nur im Glauben muss Einheit herrschen, nemlich dass er der Schrift gemäss sey. Im Aeussern soll Jedem die Nachahmung frei bleiben, und Niemand solches gezwungen thun.
6. Die christliche Kirche bestehet nicht allein in der Gemeinschaft äusserlicher Zeichen, sondern besteht vornehmlich im innern Einverständnisse, in Ge-

meinschaft der ewigen Güter im Herzen, als des Glaubens, der Liebe, der Geduld und der Hoffnung.

Von der Verfassung der Kirche schrieb Luther:

7. Ein Kirchenregiment ist ein solch Regiment, da man allein das Wort hat, und damit also regieret, dass man keine Gewalt braucht, noch einige Macht oder Hoheit vor Anderen sucht. Die nun in Kirchenämtern sind, und das Predigtamt haben, die haben das Wort allein dazu, dass sie Anderen damit dienen, und nicht dazu, dass sie dadurch sich zu Herren machen sollen.
8. Wahr ist es, die Welt hält es für eine Uniform, dass alle, so in Kirchenämtern sind, sollen gleich seyn, und Einer so viel Befehl, Macht und Gewalt haben, als der Andere. Aber hier haben wir einen ausgedruckten Befehl unsers lieben Herrn J e s u s, der will, dass es in seinem Reich, welches ein geistliches Reich ist, anders zugehen soll, denn im weltlichen Reich; auf dass Jedermann lerne, wie im Reiche Christi nicht menschliche Gewalt oder grosses Ansehen, sondern allein das Wort Gottes, das da bestehet im Glauben und Liebe, gelten und regieren soll. Um der verschiedenen Aemter und Gaben willen, soll Niemand sich weltliche Gewalt zumessen, noch weltlicher Weise regieren wollen. Alle mit einander sind gebunden an das Evangelium, dass sie bey demselben bleiben sollen, und heissen darum: evangelische Prediger. Solches ist die rechte Ordnung, die in der Kirche gehen und bleiben soll. Wo man davon weicht, da folget am nächsten, dass man wird gedenken, wie man Andere drücken, und sich noch höher könne hinaufsetzen. So ist's denn um das Wort, und die reine Lehre geschehen, und der Weg gen Rom bereitet.

9. Das lehret uns die Erfahrung aller Zeit, 'dazu die heilige Schrift: je weniger Gesetze, je mehr gute Werke. Und ist noch nie eine Gemeinde, oder je nicht lange regieret, wo viele Gesetze gewesen sind. Zum andern ist die Frucht vieler Gesetze in der Kirche auch die, dass viel Secten und Zertheilung der Gemeinen daraus werden. Also sehen wir auch, dass durch geistliche Gesetze in der Christenheit nur weniger Recht und wahre Frömmigkeit erstanden ist, und die Welt voll Heuchler gemacht hat. Wo der Glaube und die Liebe ist, da ist der rechte Gottesdienst, obschon keine neue Weise mit Singen, Orgeln, Klingen, Kleiden, Zierden, Geberden da ist. O, lieben Brüder, viel Kirchenordnungen haben, ist nicht Kirchenordnung haben. Es thut's allein der Glaube und die Liebe; und was nicht aus dem Glauben kommt — der frei ist und bleiben muss — das ist Sünde. Derohalben trachtet doch am ersten darnach, dass ihr in den Gemüthern den Glauben und die Liebe erwecket und belebet, so wird der Kirche die äussere Zucht und Ordnung von selbst zufallen.

In der Vorrede zu dem Catechismus schreibt Luther, über die Unterweisung in der christlichen Lehre, die folgenden, wohl zu beherzigenden Worte:

10. Die Pfarrer und Schulmeister vermahne ich, dass sie sich hüten, und meiden mancherlei oder allerlei Text und Form der Lehre, sondern dass sie einerlei Form vor sich nehmen, darauf sie bleiben, und dieselbige immer treiben, ein Jahr wie das andere. Das junge Volk muss man mit einerlei gewissem Text und Form lehren, sonst werden sie leicht irre, wenn man heute so, und über

ein Jahr so lehret, als wollte man es bessern, und wird damit alle Mühe und Arbeit verloren. Darum erwähle dir, welche Form du willst, und bleibe dabey ewiglich. Wenn du aber bey den Gelehrten und Verständigen predigest, da magst du deine Kunst beweisen, und diese Stücke so buntkraus machen, und so meisterlich drehen, als du kannst. *)

Köstlich ist der Sinn dieser Kraftworte, und kein evangelischer Christ kann gleichgültig gegen die Festhaltung und stete Anwendung desselben seyn, ohne Verläugnung seines Glaubensbekenntnisses, und ohne muthwillige Entsagung der aus demselben hervorgehenden Segnungen.

§. 25.

Sobald L u t h e r sein merkwürdiges, Thaten-, Verdienst- und Folgen-reiches Leben beschlossen hatte, (18. Februar 1546. §. 22.) so schienen auch Ruhe und Frieden für die Protestanten gänzlich mit ihm gestorben zu seyn.

Ungeachtet der wiederholten und stärksten Friedensversicherungen von Seiten des Kaisers, liess dieser stark Soldaten werben. Die Schmalkaldischen Bundesgenossen hielten im Januar 1546 einen Convent zu Frankfurt am Main, und berathschlageten über die Verlängerung des im folgenden Jahre zu Ende gehenden Bundes; über die dem Erzbischof Hermann zu Cölln zu leistende Hülfe, da man denselben, wegen der in seinem Erzstifte beförderten Reformation, mit der, bald nachher erfolgten, Absetzung drohete; über die dem Bunde drohende Gefahr; und über das zu

3²

*) Dr. Bernhardt Andenken u. s. w. S. 81 - 84 und 111.

Regensburg angesetzte Religionsgespräch. Mann kam aber mit der Verlängerung des Bundes nicht zum Schlusse. Unterdessen trat auch der neue Churfürst Friedrich von der Pfalz mit seinen Unterthanen zur Augsburgischen Confession, aber nicht zum Schmalkaldischen Bunde.

Das Colloquium — Religionsgespräch — zu Regensburg (§. 21.) nahm am 17. Januar 1546 seinen Anfang. Allein die dazu ausgesuchten catholischen Theologen legten es dabey so offenbar auf die Hinderung aller Vereinigung mit den Protestanten an, und machten an diese so harte Forderungen, dass endlich am 20. März d. J. der Churfürst von Sachsen seine Theologen abrief, worauf die übrigen Theologen auch aus einander gingen, und das Colloquium, noch vor der Ankunft des Kaisers, am 10. April d. J., sich ganz fruchtlos endigte. Nachdem der Kaiser zwey Monate die Ankunft der Fürsten erwartet hatte, und endlich am 5. Junius den Reichstag eröffnete, so erschienen keine Fürsten des Schmalkaldischen Bundes, sondern nur einige wenige, im Bunde nicht befindliche, lutherische Fürsten, unter denen der, schon lange mit seinem Vetter, dem Churfürsten Johann Friedrich von Sachsen, unzufriedene, und auf ihn eifersüchtige, Herzog Moritz von Sachsen sich befand.

§. 26.

Der Kaiser benutzte die Stimmung des Herzogs Moritz dazu, dass er mit demselben am 19. Junius 1546 ein geheimes Bündniss gegen den Churfürsten abschloss. Schon früher hatte der Kaiser den Cardinal und Bischof von Trient nach Rom gesendet, um das Bündniss zur Unterdrückung der Protestanten mit dem Papste abzuschliessen, welcher dasselbe am 22. Jun. dem Cardinals-Collegium vorlegte, und am 26. Jun. unterzeichnete. Nun fing der Kaiser an, laut

zu drohen, dass er die Widerspenstigen mit Gewalt zum Gehorsam bringen, obgleich nicht der Religion wegen Krieg anfangen werde.

Während Kaiserlicher Seits in Oberdeutschland überall Werbungen vorgenommen wurden, stellte der Herzog von Würtemberg mit den Oberdeutschen Städten Gegenwerbungen an, und bekam grossen Zulauf.

Mit dem zusammengebrachten zahlreichen Kriegsheere griff der protestantische General Sebastian Schertel den Kaiser in Tyrol an, und nahm zuerst Füssen und die Ehrenberger Clause am 10. Julius. Im August d. J. stiessen der Landgraf Philipp von Hessen und der Churfürst Johann Friedrich von Sachsen, mit ihren zahlreichen Heerhaufen, zu den Oberdeutschen Bundesvölkern.

Das anfängliche Kriegesglück der Bundesgenossen änderte sich jedoch bald.

Der Herzog Moritz von Sachsen fiel, als Bundesgenoss des Kaisers, im November d. J. in die Länder seines Vetters, des Churfürsten, ein, eroberte sie fast ohne Widerstand, bis auf die Städte Wittenberg, Gotha und Eisenach, und nöthigte dadurch den Churfürsten, zur Hülfe zu eilen. Das hatte die grosse Folge, dass das ganze Schmalkaldische Bundesheer sich am 23. November trennte oder auflösete.

Der Herzog von Würtemberg und alle im Schmalkaldischen Bunde sich befindenden Oberdeutschen Städte mussten sich dem Kaiser nach und nach unterwerfen, fussfällig um Gnade bitten, dem Bunde entsagen, zum Theil grosse Geldsummen entrichten, und einen Theil ihres groben Geschützes ausliefern. Auch der Churfürst von der Pfalz überliess sich der Gnade des Kaisers. Es eroberte nun zwar der Churfürst von Sachsen, der am 12. December d. J. seine Länder erreicht hatte, diese mit leichter Mühe, allein auch das war von kurzer Dauer. Der Kaiser war mit sei-

nem Heere dem Churfürsten nach Sachsen nachgezogen. Am 24. April 1547 kam es zwischen beiden Heeren zu einem Treffen bey Mühlberg auf der Lo-chauer Heide, in welchem der Churfürst Johann Friedrich von Sachsen, nach einer persönlichen tapfern Gegenwehr, gefangen genommen ward. Hart behandelt, und sogar von dem Kaiser mit dem Tode bedrohet, musste der Churfürst seine Churwürde und den Churkreis an den Herzog Moritz abtreten, und fünf Jahre lang als Gefangener von dem Kaiser sich überall zur Schau herumführen lassen.

Der Landgraf Philipp von Hessen ergab sich, nicht lange nachher, am 19. Junius d. J., zu Halle, dem Kaiser ebenfalls, und blieb auch fünf Jahre lang dessen Gefangener.

Nun eilte auch im nördlichen Deutschland alles, was bisher zum Schmalkaldischen Bunde gehöret hatte, sich dem Sieger auf jede Bedingung zu unterwerfen. *) Nur allein die Stadt Magdeburg blieb, zum Erstaunen und zur Bewunderung der Zeitgenossen, auch unter diesen Umständen noch unerschrocken und standhaft. Mit einem hohen Heldenmuthe erklärte sie laut, der angenommenen Religionslehre unerschütterlich treu bleiben zu wollen; schlug die an sie ergangenen Aufforderungen zur Uebergabe vom 29. April, 22. May, 8. und 17. Jun., 6. Julius, rund ab; machte sich zur kräftigsten Gegenwehr bereit, und liess sich

*) Der Kaiser verlangte und erhielt von den Schmalkaldischen Bundesgenossen, an Strafgeldern, die damals ungeheure Summe von 1,600,000 Goldgülden, ausser dem, was der König Ferdinand, einige catholische Fürsten, und die Soldaten noch von ihnen erpressten. Dazu nahm ihnen der Kaiser an die 500 Stück Kanonen, welche als Siegeszeichen nach Spanien, Neapel, Mailand und in die Niederlande geschickt wurden.

auch dadurch nicht schrecken, dass der Kaiser am 27. Julius die Reichsacht gegen sie aussprach. *)

Magdeburg erwarb sich, durch diese Standhaftigkeit, ein unschätzbares Verdienst um die Sache der Reformation und die Erhaltung der evangelischen Religion.

§. 27.

Während dessen nahm der Reichstag zu Augsburg am 1. September 1547 seinen Anfang. Der Kaiser gedachte den Deutschen, und besonders den Protestanten, nach seinem Gefallen Gesetze vorzuschreiben, und hatte deswegen die benachbarte Gegend stark mit seinen Spanischen und Italienischen Truppen besetzen lassen. **) Er verlangte, dass alles in Deutschland, auch die Protestanten, sich den Aussprüchen des Conciliums zu Trident in Glaubenssachen unbedingt unterwerfen solle. Da aber der Papst, um das Concilium mehr in seiner Gewalt zu haben, dasselbe nach Bologna verlegen wollte, und es, bey dem Widerspruche des Kaisers und des Reichstages dagegen, endlich ganz aus einander gehen liess; so ergriff der Kaiser ein anderes Mittel, um zur Herrschaft über die Gewissen und den Glauben in Deutschland zu gelangen. Durch den neuen Bischof zu Naumburg, Julius Pflug, der schon i. J. 1541 auf dem Reichstage das Religionsgespräch mitgeführt hatte, (§. 19.) durch den Mainzischen Weihbischof, Michael Helding, und durch den Churbrandenburgischen Hofprediger, Johann Agricola, liess

*) Rathmann Geschichte der Stadt Magdeburg. Band 3. S. 534 u. f.

**) Auf diesem Reichstage verliess der Kaiser am 24. Febr. 1548 mit grosser Feierlichkeit dem Herzog Moritz die dem gefangenen Churfürsten Johann Friedrich von Sachsen genommene Churwürde.

nehmlich der Kaiser das, am 15. May 1548 publicirte, sogenannte Interim aufsetzen. Darnach sollten, wie es hiess, auch die Catholiken, besonders aber die Protestanten in Deutschland, ihren Lehrbegriff und ihre gottesdienstlichen Gebräuche einstweilen (*interim*) einrichten, bis das Concilium über die streitigen Lehrsätze und Gebräuche etwas Gewisses festgesetzt haben werde.

Da aber darin den Protestanten von allen ihren mit dem Catholicismus nicht übereinstimmenden Lehrsätzen und Glaubensartikeln nur der Kelch im Abendmahl und die Priesterehe interimistisch zugestanden ward, so waren sie damit durchaus nicht zufrieden. Eben so wenig waren dieses die Catholiken, weil, nach ihrer Meinung, den Protestanten schon zu viel nachgegeben sey. Catholiken und Protestanten eiferten und schrieben daher bald in die Wette gegen das Interim, ohne sich an das Kaiserliche Verbot zu kehren.

Manche von den protestantischen Reichsständen, und unter ihnen auch der neue Churfürst Moritz von Sachsen, wagten es zwar nicht, das Interim geradezu zu verwerfen. Sie zauderten aber, es einzuführen, versprachen, in Mitteldingen (*Adiaphoris*) oder in gleichgültigen Ceremonien und Kirchengebräuchen sich darnach zu richten u. s. w. Nur einige protestantische Stände und Städte, besonders in Oberdeutschland, nahmen das Interim entweder aus Furcht oder aus Gefälligkeit gegen den Kaiser, auf kurze Zeit an; *) viele widersetzten sich demselben aber geradezu. Unter diesen befand sich auch die Stadt Magdeburg. Sie protestirte wiederholt gegen das

*) Doch liessen sich in Oberdeutschland über 400 protestantische Prediger wegen des Interims absetzen.

Interim, verweigerte ohne Umschweife die Einführung desselben, und erklärte mehrmals öffentlich:

„dass sie von dem reinen, der Bibel gemässen, protestantischen Lehrbegriff und von der Augsburger Confession nicht abweichen würde.“

Sie liess in ihren Ringmauern wider das Interim frey, und nach damaliger Sitte, mit Hitze und Ungestüm, ohne alle Schonung und Mässigung, predigen, schreiben, drucken, und den Protestanten über dessen Inhalt und Zweck die Augen öffnen. *)

Durch dieses alles trug Magdeburg wesentlich dazu bey, dass das Interim immer mehr Widerspruch fand. Der Kaiser musste es einsehen lernen, wie schlecht es jetzt gedeihe, durch Machtbefehle, Glaubensvorschriften und Gewissenszwang, in Religions-sachen herrschen zu wollen. Er war zu seinem grossem Verdruss gezwungen, die Einführung des Interims ganz aufzugeben.

§. 28.

Dafür sollte aber auch Magdeburg des Kaisers ganzen Zorn fühlen. Er erliess, zur Vollziehung der gegen die Stadt im vorherigen Jahre ausgesprochenen Acht, (§. 26.) am 30. Jun. 1548 die ernstlichsten Befehle an die Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, an die Herzöge von Braunschweig und an das ganze Reich. Diese Befehle wurden unterm 18. May 1549 geschärft wiederholet, und die Stadt nochmals in die Reichs- und Oberacht erklärt. **) Magdeburg

*) Man nannte daher damals Magdeburg: unsers Herrn Gottes Canzley. Rathmann Geschichte von Magdeburg. Band 3. S. 545.

**) Der Fürst Wolfgang von Anhalt, und der Markgraf Johann von Brandenburg zu Cüstrin, erklärten 1550 muthig und kraftvoll, dass sie auf keine Weise zur Vollstreckung der

musste sich nun von allen Seiten gegen feindliche Angriffe vertheidigen. Nach verschiedenen unbedeutenden Kriegesvorfällen kam es jedoch erst i. J. 1550 zur eigentlichen Belagerung der Stadt, und der Churfürst Moritz von Sachsen ward, seinen Wünschen und geheimen Absichten gemäss, zum obersten Feldherrn und zum Vollstrecker der Acht vom Kaiser und Reich ernannt. In der vom Ende des Septembers 1550 bis zum Anfange des Novembers 1551, mithin 1 Jahr und 7 Wochen dauernden, Belagerung bewiesen die Magdeburger eine Ausdauer, einen Heldenmuth, eine Tapferkeit, welche die ehrendste Bemerkung verdient. Churfürst Moritz musste sich davon überzeugen, dass mit Gewalt gegen die Stadt nichts auszurichten sey. Auf seinen Antrag kam es daher, nach einigen früheren fruchtlos gebliebenen Versuchen ähnlicher Art, zu einem Vergleiche, der von den Abgeordneten des Magistrats, der Bürgerschaft und der Besatzung, am 4ten, und im Lager am 5. November 1551, unterschrieben ward.

Durch diesen Vergleich wurden der Stadt alle ihre Rechte und Freiheiten bestätigt, es ward ihr die freie Religionsübung gestattet, und die Annahme des Interims nicht weiter von ihr verlangt. Alle ihre Bürger, die Besatzung und die Geistlichkeit wurden vom Kaiser begnadiget und von aller Strafe freigesprochen, auch ward die Lossprechung von der Acht zugesaget. *) So glücklich endigte sich für Magdeburg und für die protestantische Religion und deutsche

Acht helfen würden. Der Letztere versprach der Stadt Magdeburg sogar Unterstützung mit Geld. Rathmann a. a. O. Band. 3. S. 558.

*) Die eigentliche Lossprechung von der Acht erfolgte erst im Jahre 1562 zu Prag von dem Kaiser Ferdinand I. Rathmann a. a. O. Band 3. S. 598.

Freiheit eine Belagerung, die, nach dem menschlichen Ansehen, einen ganz andern Ausgang besorgen liess.

§. 29.

Die Protestanten, welche seit der Trennung des Schmalkaldischen Bundes (§. 26.) von dem Kaiser und von den Catholiken auf mancherlei Art gedrückt und verfolgt worden waren, denen z. B. der Kaiser im August und September 1551 zu Augsburg, Memmingen, und in andern Schwäbischen Städten, ihre Prediger und Schullehrer mit Gewalt nahm und mit grosser Härte behandelte, gewannen durch die lange und tapfere Gegenwehr Magdeburgs auch den grossen Vortheil, dass Churfürst Moritz in den Stand gesetzt ward, seine, zur Sicherung des Protestantismus und der politischen Freiheit Deutschlands, mit der feinsten und sorgfältigsten Klugheit längst angelegten, Pläne zur Ausführung zu bringen. Moritz hatte ein ansehnliches Heer unter seinen Befehl bekommen, und konnte dasselbe, ohne Verdacht und Aufsehen, in seinem Solde behalten und verstärken. Im Herbste 1551 verlangte er, vereint mit dem Churfürsten von Brandenburg und unterstützt durch die Fürbitten mehrerer Könige und Fürsten, sehr dringend von dem Kaiser die Loslassung seines Schwiegervaters, des nun schon im fünften Jahre, wider gegebenes Wort, gefangen gehaltenen Landgrafen Philipp von Hessen, (§. 26.) für dessen Freiheit er sich mit dem Churfürsten von Brandenburg verbürget hatte. *)

*) Churfürst Moritz hatte, nebst dem Prinzen Wilhelm von Hessen und dem Herzoge Johann Albert von Meklenburg, schon am 5. October 1551 ein geheimes Bündniss gegen den Kaiser mit dem Könige Heinrich II. von Frankreich geschlossen, welches der letztere am 15. Januar 1552 unterzeichnete.

Der Kaiser hielt die Sache hin, und endlich rückte Churfürst M o r i t z, im Anfange d. J. 1553, mit seinem Heere vor, vereinigte sich mit dem Erbprinzen von Hessen, und bey Rotenburg an der Tauber mit dem Markgrafen Albert von Culmbach; griff den damals zu Inspruck sich aufhaltenden Kaiser eben so unerwartet als heftig an, und dieser sahe sich genöthiget, nicht allein den gefangenen vormaligen Churfürsten Johann Friedrich (§. 26.) sogleich in Freiheit zu setzen, *) sondern auch Friedensunterhandlungen einzuleiten, die endlich zu Passau zu dem am 16. Julius abgeschlossenen, und am 31. Jul. und 2. August 1552 ratificirten, wichtigen und merkwürdigen Vergleiche oder Verträge führten, durch welchen nicht allein auch Landgraf Philipp von Hessen aus seiner fünfjährigen Gefangenschaft befreiet, sondern auch den Protestanten völlige Religionsfreiheit im deutschen Reiche und das Recht zugestanden ward, die bis dahin eingezogenen geistlichen Güter zu behalten. **)

Dieser Passauer Vertrag ward demnächst auf dem Reichstage zu Augsburg im September 1555 nochmals bestätigt, und in einen förmlichen Religionsfrieden verwandelt, ***) obgleich der Cardinal und Bischof von Strassburg, Otto Truchsess von Waldburg, Namens des Papstes dawider protestirte.

Diesen eigentlichen Religionsfrieden erlebte jedoch der Churfürst Moritz nicht mehr; denn als er dem Markgraf Albert von Culmbach, welchen den

*) Dieser unglückliche, um die Reformation hoch verdiente, Fürst starb am 3. März 1554 zu Weimar.

**) Neue Sammlung der Reichsabschiede Th. 3. S. 3. Schmauss *Corp. juris publ.* S. 147 der Edition von 1774.

***) Neue Sammlung &c. Th. 2. S. 16. Schmauss *loc. cit.* S. 157.

Passauischen Vertrag nicht annahm, sondern mit seinem beysammen behaltenen Heerhaufen in mehreren deutschen Ländern brandschatzte, nachgezogen war, um dem Unwesen ein Ende zu machen; so kam es am 9. Julius 1553 bey S i e v e r s h a u s e n, unweit P e i n a im Hildesheimschen, zu einer sehr blutigen Schlacht, in welcher Churfürst Moritz zwar völlig siegte, jedoch noch nach Beendigung derselben, und wahrscheinlich aus Verrätherei, eine Schusswunde in den Unterleib bekam, durch die er, 2 Tage später, im 32sten Lebensjahre sterben musste.

§. 30.

Für die Protestanten war es damals ein grosses Unglück, dass unter ihnen die schon zu L u t h e r s Zeiten begonnenen theologischen Streitigkeiten jetzt noch viel weiter getrieben wurden, und nach dem Tode des guten, gelehrten, und im grössten Ansehn stehenden M e l a n c h t o n, den der Erzzänker M a t h i a s F l a c c i u s zu verketzern suchte, *) zu dem ärgsten Sectirergeiste führten, und in grosse Gährungen ausbrachen. **) Man glaubte, diesen nur dadurch abhelfen zu können, wenn man sich über ein neues symbolisches Buch vereinigte, zu dem sich alle Kirchen- und Schuldienner der evangelischen Kirche bekennen sollten. Ein solches Cöncordienbuch, wie

*) Melanchton starb den 19. April 1560.

**) Die Hyperorthodoxen damaliger Zeit benannten in ihren höchst ungeschliffenen und anstössigen Vorträgen und Schriften die Andersdenkenden theils: Interimisten, theils Adia-phoristen, theils Majoristen — Anhänger des Professors Georg Major zu Wittenberg — theils: Synergisten, theils Osiandristen — Anhänger des Osiander in Preussen; — und gesellten dann zu ihnen gewöhnlich auch die Zwinglianer und Calvinisten oder die sogenannten Sacramentirer.

man es nannte, wozu ein Tübingscher Theologe, Jacob Andreä, den Hauptentwurf gemacht hatte, brachte man, nach mehrjährigen mühsamen Unterhandlungen, i. J. 1580 im Kloster Bergen (bey Magdeburg zu Stande. *) Man setzte darin über alle Sätze, die unter den Theologen von beiden Parteien bisher bestritten waren, solche Bestimmungen fest, dass dadurch zwischen Lutherischen und Reformirten beynahe eben eine solche Scheidewand gezogen ward, als das Concilium zu Trient zwischen Catholischen und Protestanten aufgestellt hatte. In den mehrsten deutschen evangelischen Ländern wurde dieses Concordienbuch zwar eingeführet, aber doch nicht in allen. Viel weniger fand es in Dännemark und England den gehofften Beyfall. Inzwischen entstand eben darüber zwischen den lutherischen und reformirten Ständen in Deutschland ein der gemeinen Sache der Protestanten äusserst nachtheiliges Missverständniss.

Alle diese Umstände wussten besonders die Jesuiten **) vortrefflich zu benutzen. Sie behaupteten

*) Sie erschien in demselben Jahre gedruckt zu Dresden mit anderen symbolischen Schriften der lutherischen Kirche, und war unterschrieben von den drey Churfürsten von Sachsen, Brandenburg und von der Pfalz, von 21 Fürsten, von 22 Grafen, von 4 Freyherren, von 35 Reichs- und anderen angesehenen Städten, und von mehr als 8000 Theologen, Predigern und Schullehrern.

**) Der Urheber dieses Ordens war bekanntlich ein Spanier, Ignaz von Lojola, der als erster General des Ordens im Jahre 1556 starb. Anfangs erhielten die Jesuiten 1540 vom Papste nur die Genehmigung zu 60 Ordensmitgliedern, doch erfolgte am 14. März 1543 die unbeschränkte Bestätigung des Ordens, und nun wuchs die Zahl der Jesuiten, noch vor dem Ende des 16ten Jahrhunderts, bis auf 10000, und vermehrte sich in der Folge über 20000, die sich in alle Welttheile verbreiteten.

ohne Scheu, dass der Religionsfrieden an sich nicht nur nicht zu Recht beständig, und höchstens nur ein bedingungsweise eingegangenes, aber nun längst entkräftetes, Temporalwerk sey, sondern dass er jetzt auch überall nicht mehr in Anwendung gebracht werden könne. Auf die Reformirten nicht, weil die Lutherischen selbst sie nicht für ihre Glaubensgenossen anerkannten; auf die Lutherischen auch nicht, weil sie sich nicht mehr an die allein im Religionsfrieden zum Grunde gelegte Augsburgische Confession (§. 16.) hielten, sondern ein neues symbolisches Buch, die Concordienformel, angenommen hatten, wovon der Religionsfriede nichts wisse.

§. 31.

Durch solche Gründe unterstützt, und durch den lebhaftesten Hass gegen alles, was Ketzer hiess, angefeuert, fingen jetzt catholische Fürsten an, eine sogenannte Gegenreformation in ihren Ländern vorzunehmen, die insonderheit von catholischen Erz- und Bischöfen, sodann in den Kaiserlichen Erblanden und nach und nach auch von Landesherren, welche die evangelische Religion wieder mit der catholischen verwechselt hatten, oder in evangelischen Ländern, die an catholische Herren fielen, mit dem grössten Eifer unternommen ward.

Noch vermehrten sich die Misshelligkeiten beider Religionstheile, als ein neuer Calender, der unter dem Ansehen des Papstes Gregor XIII. seit dem 15. October 1581 in den catholischen Staaten eingeführet war, auf dem Reichstage i. J. 1582 für ganz Deutschland in Antrag kam, aber damals nur von den catholischen, und nicht von den evangelischen, Ständen angenommen ward.

Daneben war es eine anhaltende Beschwerde der evangelischen Reichsstände, dass der Reichshofrath

mit dem Kammergerichte gleiche Gerichtsbarkeit behauptete, und selbst Aussprüche, die sonst nur vor Fürstenrecht gehörten, sich anmasste. *)

Ueber alle diese Misshelligkeiten kam es den 3. Februar 1610 zu einer Union, worin die mehrsten evangelischen Stände den Churfürsten Friedrich IV. von der Pfalz zu ihrem Haupte, und den Fürsten Christian von Anhalt zum Kriegesbefehlshaber ernannten. Zu Würzburg schlossen dagegen auch sämtliche catholische Stände eine Liga unter sich, zu deren Haupte sie den Herzog Max von Baiern erklärten.

Nun wurden zwar noch im May 1610 zu Prag; im September desselben Jahres zu Cölln; im März 1611 zu Jüterbock, gütliche Unterhandlungen gepflogen, allein ohne alle Wirkung. Die Uniirten hielten auch noch i. J. 1611 zu Rotenburg an der Tauber, und die Churfürsten zu Nürnberg, Zusammenkünfte, die jedoch eben so unwirksam abliefen.

§. 32.

Ein unvorhergesehenes Ereigniss, veranlasst durch die Beschwerde der Böhmen, wegen Uebertretung der ihnen ertheilten Religionsversicherungen, **) liess das glimmende Feuer zur hellen Flamme ausbrechen, und machte den Anfang des unseligen Krieges, den schon der Name: der dreissigjährige Krieg, als einzig in seiner Art in unserer Geschichte auszeichnet. ***)

*) Pütter historische Entwicklung der heutigen Staatsverfassung des deutschen Reichs. Theil 2. S. 22 u. f.

**) Der sogenannte Majestätsbrief vom 12. Julius 1609.

***) Ueber die Geschichte dieses Krieges ist vorzüglich nachzulesen: *Bougeant* Historie des 30jährigen Krieges und des darauf erfolgten Westphälischen Friedens. Uebersetzt aus dem

Wegen eines von den evangelischen Unterthanen des Abts zu Braunau unternommenen, und von dem Abte verwehrten Kirchenbaues, waren die protestantischen Stände von Böhmen zu Prag versammelt. Sie sahen die Härte, mit welcher der Kaiser sich in einem Schreiben gegen sie ausgelassen hatte, als das Werk einiger catholischen Minister an, deshalb gingen sie am 23. May 1618 auf das Schloss zu Prag in die Böhmisches Canzelley, stellten die Kaiserlichen Rätthe zur Rede, und stürzten zwey von ihnen, Martiniz und Slavata, nebst dem Secretair Fabriz, welche die Verhasstesten waren, zum Fenster hinaus, wobey diese doch noch mit dem Leben, und ohne sonderlichen Schaden am Leibe, davon kamen. Hierauf zogen die Böhmisches Stände die ganze Landesregierung mittelst bestellter dreissig Directoren an sich, verjagten die Jesuiten, warben ein Heer unter der Anführung des Grafen von Thurn an, und reizten Mähren, Schlesien, die Lausitz, Oesterreich, zu gleichen Veranstaltungen. Die Böhmen machten Anfangs, unterstützt durch die Hülfe, welche einige evangelische Reichsstände, unter der Anführung des Grafen Ernst von Mansfeld, ihnen zusendeten, bedeutende Fortschritte im Felde. Als aber der Herzog Max von Baiern, nebst seinem General, dem bekannten Wütherich Johann Tschercclas von Tilly, in Böhmen einbrach, und am ^{29. Oct.}_{8. Nov.} 1620 auf dem weissen Berge vor Prag den entscheidendsten Sieg erfocht; so ward ganz Böhmen bald mit der strengsten Execution zum Gehorsam gebracht, und darin alles wieder auf catholischen Fuss gesetzt.

Franz., und mit Anmerkungen und Vorrede von Rambach.
Halle, 8. *Histoire de Gustave Adolf par M. Mauvillon.*
Amsterd. 1764. 4.

§. 33.

Der Graf von Mansfeld erschien zwar wieder mit einem nicht unbedeutenden Heere in der Pfalz, auch stritten der Markgraf von Durlach und der Herzog Christian von Braunschweig noch mit besonderen Heeren für die Sache des, im Januar 1621 mit seinen Bundesgenossen in die Acht erklärten Churfürsten Friedrich V. von der Pfalz, den man wegen seines kurzen Besitzes der Böhmisches Krone spottweise den Winterkönig nannte; allein bis zum Sommer 1623 zerstreute Tilly diese Heere, und ward nun damit beauftraget, die catholische Gegenreformation (§. 31.) mit Zwangsmitteln zu unterstützen. *) Nur der Niedersächsische Kreis wagte es noch, unter dem Könige Christian IV. von Dänemark, als erwählten Kreisobersten, i. J. 1625 ein Kriegesheer ins Feld zu stellen, bey dem sich auch der Herzog Christian von Braunschweig**) und der Graf von Mansfeld ***) wieder einfanden. Nach einem wechselnden Kriegesglücke kam es aber am 27. August 1626 bey Lutter am Barenberge, im Braunschweigschen, zu einem Haupttreffen, worin König Christian die vollkommenste Niederlage erlitt, und als hierauf auch Wallenstein zu Tilly stiess; so ward der König von Dänemark bis nach Jütland getrieben, und der ganze Niedersächsische Kreis, mit Inbegriff von Holstein und Meklenburg, ja auch Brandenburg und Pommern, mit Kaiserlichen und ligistischen Truppen besetzt.

*) Auf dem Chur- und Fürstentage zu Regensburg erfolgte am 13. Februar 1623 die Uebertragung der Pfälzischen Chur an Baiern.

**) Er starb, vermuthlich durch Gift, am 6. May 1626.

***) Gestorben den 20. November 1626.

Eine Folge hiervon war, dass am 6. März 1629 das schon lange in Bereitschaft gehaltene Restitutions-Edict bekannt gemacht wurde, vermöge dessen alles, was von Stiftern oder Klöstern und Kirchen in den Besitz der Evangelischen gekommen war, auf catholischen Fuss wieder hergestellt werden sollte.

§. 34.

Unter diesen Umständen schien die politische und Religionsfreiheit der protestantischen Fürsten Deutschlands so gut wie verloren zu seyn, als unerwartet ein Retter derselben auftrat. Der König Gustav Adolph von Schweden, der mit seinen Beschwerden über den Kaiser gänzlich enthöret worden war, versuchte es, sich selbst Recht zu verschaffen, indem er zugleich die Freiheit des deutschen Reichs, und seiner Glaubensgenossen zu retten hoffte. Er landete im Junius 1630 mit 13800 Mann in Pommern, und fasste bald daselbst festeren Fuss, vermittelt eines mit dem letzten Herzoge Bogislav XIV. abgeschlossenen Tractats, so wie er denn auch am 13. Jan. 1631 einen Subsidientractat mit Frankreich schloss, und Hoffnung erhielt, dass Hessen-Cassel und mehrere andere protestantische Reichsstände sich mit ihm verbünden würden. Doch diese Hoffnung schlug bey den beiden Churfürsten von Sachsen und Brandenburg, die mit anderen evangelischen Reichsfürsten, wegen des vom Kaiser versprochenen Compositionstages, am 8. Februar — 3. April 1631, zu Leipzig in Berathschlagungen standen, in so weit fehl, dass die hier versammelten Fürsten nur allenfalls, wenn das Restitutions-Edict durchgesetzt werden sollte, dagegen unter sich einen Defensiv-Bund schlossen, jedoch alle Verbindung mit Schweden vor der Hand von sich ablehnten.

§. 35.

Gustav Adolph konnte es zwar nicht verhindern, dass Tilly die Stadt Magdeburg, die er seit dem 31. März belagerte, am 10. May 1631 eroberte, und mit unerhörter Grausamkeit völlig zu Grunde richtete;*) als aber der tapfere König, nachdem er den Churfürsten von Brandenburg genöthiget hatte, ihm Cüstrin und Spandau einzuräumen, bis über die Elbe vorrückte; Tilly hingegen erst den Leipziger Bund zu zernichten suchte, und durch seinen Einfall in Sachsen selbst die beiden evangelischen Churfürsten nöthigte, sich jetzt in Schwedische Hände zu werfen; so erfolgte bey Leipzig am 7. September 1631 ein zum Vorthelle der Schweden sich dermassen entscheidendes Treffen, dass Tilly mit den geringen Ueberbleibseln seines Heers nach der Weser

*) Drey Tage lang liess der Unmensch Tilly die Stadt plündern, und darin alle die Scheusslichkeiten mit Morden, Zerstümmeln, Misshandlungen an Jung und Alt, ohne Unterschied des Geschlechts, ausüben, die nur die unbegrenzteste Grausamkeit und zügelloseste Ausschweifung hervorbringen kann. Von der damaligen auf 35000 Seelen gerechneten Bevölkerung der Stadt kamen dabey 30000 Menschen ums Leben, und selbst der Lauf der Elbe stockte auf kurze Zeit durch die Zahl der in den Strom geworfenen Leichen. Das Feuer wüthete daneben fürchterlich, und in 12 Stunden lag Magdeburg mit seinen 6 Pfarrkirchen, mit verschiedenen Collegiat- und Klosterkirchen und Klöstern, mit dem schönen Rathhause, mit fast allen schönen Privat- und öffentlichen Gebäuden, in der Asche. Nur 139 meist kleine Häuser am Fischerufer, einige Gebäude am Dom, der Dom selbst, und das Kloster Unserer lieben Frauen, blieben verschont. Das nannten die Tillyschen Barbaren spottweise: die Magdeburgische Hochzeit. Rathmann Geschichte von Magdeburg. Band 4. S. 271 u. f.

flüchten, und den Siegern den Weg ins Reich und in die Kaiserlichen Erbstaaten offen lassen musste. *)

§. 36.

Nachdem Gustav Adolph, den Sieg benutzend, bis München und Landshut, der Churfürst von Sachsen aber in Böhmen vorgedrungen war, gelang es dem vom Kaiser wieder hervorgesuchten General Wallenstein, den Schauplatz des Krieges wieder nach Sachsen zu bringen. Bey Lützen, nicht gar weit von der Gegend, wo, am 2. May 1813, König Friedrich Wilhelm und Kaiser Alexander, für die Befreiung von Europa, die ihnen an Zahl überlegenen Heere Napoleons tapfer bekämpften, hier kam es am 6. November 1632 zu der berühmten blutigen Schlacht, welche Gustav Adolph mitten im Laufe seiner Siege, im 38sten Lebensjahre, den Tod brachte. Er hatte auch hier, wie im vorigen Jahre bey Leipzig, die Loosung gegeben: Gott mit uns. Vor der Schlacht liess er, wie gewöhnlich, Betstunde halten, liess das von Luthrer auf der Warburg gedichtete Lied blasen: Eine feste Burg ist unser Gott, und singen: Es wolle Gott uns gnädig seyn. Dann griff er mit dem Rufe: „Nun wollen wir dran! das walt der liebe Gott! Jesu, hilf mir heut streiten zu deines heiligen Namens Ehre!“ an der Spitze des Regiments Steinbock, den Feind an. Er fiel aber gleich zu Anfang der Schlacht. Erst ward ihm der linke Arm zerschossen, darauf empfing er mehrere tödtliche Wunden, fiel vom Pferde, ward von diesem geschleift, und seinen Körper fand man erst nach der

*) Tilly starb im folgenden Jahre, an einer damals am Lechflusse erhaltenen Wunde.

Schlacht ganz entstellt und zertreten. *) Das tapfere Schwedische und verbündete Heer errang aber dennoch, nach harten Kämpfen von 11 Uhr Morgens bis zum finstern Abend, unter der Anführung des Herzogs Bernhard von Weimar, den vollkommensten Sieg über Wallenstein, ungeachtet diesem der nach Halle detaschirte Pappenheim von daher mitten in der Schlacht mit seiner Reiterey zur Hülfe zu-eilte. **)

§. 37.

Den bey Lützen erfochtenen Sieg wusste Herzog Bernhard gut zu benutzen, und unter ihm und dem Schwedischen Canzler Axel Oxenstiern gingen die Sachen einen glücklichen Gang, bis eine Niederlage, die sich der Herzog bey Nördlingen am 27. Aug. 1634 zuzog, so üble Folgen hatte, dass die Schweden bis nach Pommern sich zurückziehen mussten, und Chursachsen inzwischen am 30. May 1635 zu Prag einen für die Protestanten sehr trostlosen Frieden schloss. Noch in demselben Jahre mussten die mehrsten Reichsstände nach einander sich dazu

*) Die Stelle, an der man nach der Schlacht den Leichnam des Königs fand, ist, an der rechten Seite der Chaussee, die von Lützen nach Leipzig führt, bis jetzt nur durch einen grossen, auf einer nicht bedeutenden Erderhöhung befindlichen, und mit einigen Bäumen umpflanzten Feldstein bezeichnet. Der Verdacht gegen den Herzog Franz Albert von Sachsen-Lauenburg, dass er den König, nachdem diesem ein Arm zerschossen war, im Getümmel meuchelmörderisch erschossen habe, ist noch immer nicht genügend widerlegt, zumal da der Herzog bald nach des Königs Tode wieder in Kaiserliche Dienste trat.

***) Pappenheim ward tödtlich verwundet, und starb bald nach der Schlacht an seinen Wunden zu Leipzig.

bequemen, dem Prager Frieden beyzutreten. Dem Herzoge von Württemberg liess man den Frieden nicht einmal angedeihen; die Württembergischen Klöster wurden vielmehr, mit Abschaffung der darin angelegten Schulen, den Catholischen wieder eingeräumt. Der Markgraf von Baden-Durlach meldete sich nicht, sondern hielt sich lediglich an Frankreich, und der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel liess sich über die Annahme des Friedens zwar in Unterhandlungen ein, die aber langsam von statten gingen.

§. 38.

In der misslichen Lage, worin dieser Frieden die Freiheit des deutschen Reichs und der evangelischen Religion gesetzt hatte, war es für Beide ein Glück, dass Frankreich nicht allein eine Armee an den Rhein schickte, sondern auch am 27. Oct. 1635 einen Subsidientractat mit dem Herzoge Bernhard von Weimar schloss. Nun bekamen auch die Schwedischen Waffen im Felde wieder das Uebergewicht, und unter andern glücklichen Kriegesthaten erfochten die Generale Banner und Wrangel am 24. September 1636 über die vereinigte Kaiserliche und Sächsische Armee bey Wittstock einen folgenreichen Hauptsieg. Herzog Bernhard eroberte ganz Elsass, nachdem er am 21. Februar 1638 den General von Werth bey Rheinfelden gänzlich geschlagen hatte; starb jedoch im Laufe seiner Siege am 3. Julius 1639.

§. 39.

In diesen Umständen wurden zwar von der Kaiserlichen Seite her Versuche gemacht, den Weg zu Friedenshandlungen zu bahnen, es ging aber damit sehr schwankend, und es bedurfte des fortdauernden Glücks der Schwedischen Waffen dazu, dass endlich die Friedenscongresse zu Münster und Osnabrück

mit Auswechslung der Vollmachten der Gesandten am 10. April 1645 eröffnet wurden.

Drey ganze Jahre lang dauerten die Unterhandlungen, von denen jeder Vorschrift durch weitere Kriegesprogressen der Schweden so zu sagen erzwungen werden musste. Erst am $\frac{14}{24}$ October 1648 kam es zur Unterzeichnung des merkwürdigen und wichtigen sogenannten Westphälischen Friedens, der in zwey verschiedenen, in lateinischer Sprache abgefassten Friedenstractaten, *) zu Osnabrück zwischen dem Kaiser, dem deutschen Reiche und Schweden, und zu Münster zwischen dem Kaiser, dem deutschen Reiche und Frankreich, abgeschlossen ward. **)

§. 40.

Ausser den, hierher nicht gehörenden, rein politischen Bestimmungen, ward, um den Beschwerden der Reichsstände, besonders der beiderlei Religionsverwandten, als der Hauptursache des Krieges, abzuhelfen, in dem Westphälischen Frieden der Religionsfriede, nebst dem Passauer Vertrage, auf das vollkommenste bestätigt, und zwar mit Inbegriff der Reformirten, dergestalt, dass solche unter den Augsbургischen Confessions-Verwandten mitverstanden seyn sollten, so wie übrigens die Gerechtsame derselben und der Lutherischen unter einander dabey besonders bestimmt wurden.

*) Erst 20 Jahre später, bey der zunehmenden Uebermacht und dem wachsenden Uebermuthe Frankreichs, drangen die Franzosen den Gebrauch ihrer Sprache in allen wichtigen Staatsunterhandlungen den Nationen Europens, und besonders den Deutschen auf.

**) Neue Sammlung der Reichsabschiede Theil 3. S. 574 u. f. Schmauss *Corp. jur. publ.* Pag. 741 u. f. Pütter Literatur des Staatsrechts Theil 3. S. 69.

Sodann ward eine, so viel möglich allgemeine, Norm v. J. 1624, und zwar in den mehrsten Fällen selbst vom 1. Jan. d. J., festgesetzt, so dass alle geistliche, sowohl mittelbare als unmittelbare, Güter, Stiftungen und Rechte in den Stand vom 1. Jan. 1624, desgleichen alle Religionsübung evangelischer Unterthanen unter catholischen Landesherren, oder auch umgekehrt, in den Stand, wie es in irgend einem Theile des Jahres 1624 gewesen, hergestellt und ewig dabey gelassen, auch die geistliche Gerichtsbarkeit catholischer Landesherren über evangelische Unterthanen, und umgekehrt, nicht minder das Kaiserliche Recht der ersten Bitte in mittelbaren Stiftern und Klöstern, und andere Gerechtsame von Zinsen, Zehnten u. s. w., zwischen den beiden Religionstheilen nach eben der Zeit beurtheilet werden sollen. Endlich ward unter beiden Religionstheilen überhaupt eine vollkommene Gleichheit beiderseitiger Rechte festgesetzt, und in solcher Absicht insonderheit vorgeschrieben, bey Reichsdeputationen, Commissionen und Reichsgerichten eine gleiche Anzahl beiderseitiger Personen zu ordnen, und unter den Reichsständen, wenn beiderlei Religionstheile verschiedener Meinung wären, nicht die Mehrheit der Stimmen, sondern nur gütlichen Vergleich gelten zu lassen.

§. 41.

Solchergestalt ward ein Krieg beendet, in welchem dreissig Jahre lang Ströme von Blut geflossen, und die fruchtbarsten Gegenden Deutschlands auf die schrecklichste Art verwüstet waren.

Seit dem Westphälischen Frieden ist nun zwar der deutsche Boden nicht wieder geschändet worden, durch Blutvergiessen wegen der Religion Christi; lange hat es aber noch gedauert, bis die von den früheren Religionsstreitigkeiten herrührenden Gährungen

sich besänftigten, und der Geist der Duldung allgemeiner ward.

Der Papst *) und die Catholischen im Ganzen waren mit den Friedensschlüssen sehr unzufrieden, und die Jesuiten besonders darauf bedacht, die darin den Evangelischen zugestandenen Rechte bald durch widerige Auslegungen, bald durch bewirkte und nur zu gut benutzte Religionsveränderungen, möglichst zu untergraben. **)

Zwar befanden sich viele evangelische Reichsstände sehr wohl dabey, dass sie durch die Aufnahme der Französischen Flüchtlinge, welche die im October 1685 geschehene Wiederrufung des Edicts von Nantes aus ihrem Vaterlande getrieben hatte, einen, wegen der Künste und Gewerbe derselben vorzüglich nützlichen, Zuwachs in ihren Ländern erhielten; verhindern konnten sie es jedoch nicht, dass dem am 30. October 1697 abgeschlossenen Rysswickschen Frieden eine Clausel eingeschaltet ward, die, in Ansehung der Pfalz, der Bestimmung des Westphälischen Friedens, wegen des Entscheidungsjahres, völlig entgegen war. Der frühere Calenderzwist (§. 31.) endigte sich übrigens damit, dass die evangelischen Reichsstände am 30. September 1699 zu Regensburg den Beschluss

*) Durch eine besondere Bulle vom 3. Jan. 1651 erklärte der Papst Innocentius X. den Westphälischen Frieden für nichtig. Ickstadt *Diss. de justa et efficari S. P. protestat. adversus pacem religios. et Westphal.*

**) Das chronologische Verzeichniss der seit dem Anfange des 17ten Jahrhunderts in den deutschen fürstlichen und gräflichen Häusern vorgekommenen Religionsveränderungen, durch den Uebergang von der evangelischen zur catholischen Religion, findet sich in Pütter's Entwicklung der Staatsverfassung des deutschen Reichs, Theil 2. S. 336 u. f., und enthält bis 1762 zwey und vierzig solcher Fälle.

fassten, sich eines eigenen; in der Hauptsache mit dem Gregorianischen übereinstimmenden, verbesserten Calenders zu bedienen.

§. 42.

Da auch bey dem Abschlusse des Badenschen Friedens, vom 7. September 1714, die Hoffnungen der Protestanten, wegen der Aufhebung der Clausel im R y s s w i c k e r Frieden, fehlgeschlagen waren, so wurden ihren Glaubensgenossen in der Pfalz und andern benachbarten Gegenden immer mehrere Beschwerden zugefüget, auch verbreiteten die Jesuiten durch ihre Schriften wieder solche feindselige Gesinnungen, dass deshalb i. J. 1715 ein eigenes Kaiserliches Edict in das Reich erging. Noch gespannter wurden die Verhältnisse, als i. J. 1719 der Churfürst von der Pfalz den Reformirten die Hauptkirche zu Heidelberg nehmen und den Heidelberger Catechismus verbieten liess. Es kam darüber zu Repressalien, indem Chur-Brandenburg die catholische Domkirche zu Minden, und Chur-Braunschweig die catholische Kirche zu Z e l l e schliessen liessen. Auf das darauf unterm 12. April 1720 erlassene heftige Commissionsdecret erfolgte von Seiten der evangelischen Reichsstände am 16. November desselben Jahres ein so nachdrückliches Vorstellungsschreiben, dass noch üblere Folgen zu besorgen gewesen wären, wenn nicht der König Georg I. von England eine Convention vermittelt hätte, vermöge deren vorerst alle seit dem Badenschen, dann die seit dem Rysswickschen, und endlich die seit dem Westphälischen Frieden vorgefallene Religionsbeschwerden nach und nach in den dem Entscheidungsjahre 1624 gemässen Zustand hergestellt werden sollten, wiewohl auch diese Convention ihre gehoffte Wirkung nicht völlig hatte.

§. 43.

In der Folge kamen zwar noch von Zeit zu Zeit Gegenstände, die das Religionswesen betrafen, zur Erörterung und Bestreitung, z. B. die Frage von der Gerichtsbarkeit der Reichsgerichte in evangelischen geistlichen Sachen; die Hohenlohischen Beschwerden über die Verletzung des Zustandes des Entscheidungsjahres durch den zur catholischen Religion übergegangenen Fürsten von Hohenlohe; *) die i. J. 1754 von der Kaiserin Maria Theresia beabsichtigte Transplantation ihrer evangelischen Unterthanen in Kärnten, Steiermark und Oberösterreich nach Ungarn und Siebenbürgen; die Vertreibung vieler tausend evangelischen Einwohner aus dem Salzburgischen im Jahre 1732 u. s. w.; dieses alles hatte jedoch, in Vergleichung mit früheren Zeiten, keine bedeutende und allgemeine Folgen für die Ruhe von Deutschland und für die Sicherheit der evangelischen Religion. In neueren Jahren haben die Aufhebung des Jesuitenordens, **) die geläuterten Begriffe der Catholiken über den Werth der Isidorischen Decretalen (§. 6.) und über das Verhältniss der deutschen Bischöfe zum Römischen Stuhle, eine allgemeinere geistige Aufklärung und dadurch herbeygeführte Toleranz, so wie die sehr vermehrte politische Macht verschiedener evangelischen Reichsstände, die Religionsbeschwerden immer mehr und mehr verscheucht. Vom Vatican

*) Diese Beschwerden wurden dadurch heseitiget, dass die evangelischen Stände von dem, ihnen in solchen Fällen durch den Westphälischen Frieden zugestandenen, Rechte der Selbsthülfe Gebrauch machten, und am 15. October 1750 einen Anspachischen Hauptmann mit 104 Grenadiern ins Hohenlohische einrücken liessen.

**) Die Aufhebungsbulle des Papsts C l e m e n s XIV. ist vom 21. Julius 1773.

aus werden zwar noch immer Bischöfe und Erzbischöfe *in partibus infidelium* ernannt, das darf uns aber weiter nicht schrecken. Das unschätzbare Glück, welches die Vorsehung durch Verleihung des Gedeihens des schweren Kampfes für Glaubens-, Gewissens- und Denkfreiheit uns schenkte, wird uns bleiben, so lange wir dasselbe nicht selbst muthwillig aufgeben, oder durch Schlaffheit und Gleichgültigkeit uns desselben unwürdig machen. Mögten nur mit jedem Jahre die Vorurtheile im Religionswesen mehr und mehr verschwinden, und mögte es allgemein anerkannt werden, dass Liebe und Duldung der Sinn der ächten Religion sey; dass dieser Sinn, ja selbst schon die bloße Rechtschaffenheit, es fordere, einem Jeden, ohne Rücksicht auf Religionsverschiedenheit, das Seinige zu lassen; und dass Mitglieder eines Staats, wenn auch in Religionssachen ihr Glaube nicht übereinstimmt, dennoch als Brüder bey einander leben können.

§. 44.

Um Verwirrung möglichst zu vermeiden, ist in der in den vorstehenden Blättern enthaltenen geschichtlichen Darstellung der Unterscheidung der evangelisch-lutherischen und der evangelisch-reformirten Glaubensgenossen nur da, wo es durchaus nothwendig war, beyläufig gedacht worden, und der Vollständigkeit wegen ist es daher erforderlich, über diesen Unterschied und die Veranlassung desselben noch Einiges hier hinzuzufügen.

Ulrich Zwingel oder Zwingli, geboren im Gerichte Wildenhaus, in Sct. Gallen, am 11ten Januar 1487,*) ein gelehrter, frommer und recht-

*) Zwingli wurde tödtlich verwundet, und starb in der Schlacht von Ebersweil bey Zürich, am 11. Oct. 1531, in die er den Streitenden vermöge seines Pfarreramts gefolget war.

schaffener Pfarrer zu Glaris, hernach zu Einsiedeln, und endlich zu Zürich, hatte, schon einige Jahre vorher, ehe Luther i. J. 1517 die bekannten (§. 7.) 95 Sätze zu Wittenberg anschlagen liess, von der Nothwendigkeit einer Lehr- und Lebensverbesserung viel und oft geprediget. Er wurde von der Nothwendigkeit dieser Reformation noch mehr überzeugt, als der Barfüsser-Orden die Macht erhielt, den Ablass in der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu verkündigen, und der Franciskaner-Mönch Samson anfang, den heillosen Ablassverkauf so unverschämt zu treiben, dass er damit 120000 Ducaten zusammen brachte. Gegen diesen Unfug erklärte sich Zwingli laut und kräftig. Er fing, wie Luther, die Verbesserung der Kirche an bey der Erleuchtung des Verstandes und der Reinigung der Lehre, und berief sich durchgängig auf die klaren Worte der Bibel, die er in seinen Predigten nach der Ordnung auslegte, und wobey er zugleich alles verwarf, was nicht, nach seiner Ueberzeugung, in der Lehre des Evangeliums gewissen Grund hatte. Nach und nach bekamen Stadt- und Landleute das neue Testament in die Hände; man schaffte, ohne grosses Geräusch, die Messe ab, führte den deutschen Kirchengesang ein, und entfernte die Bilder, ja sogar die Orgeln und Lichter, aus den gottesdienstlichen Versammlungen. Auch ward verordnet, den Catechismus nach jeder Predigt den Versammelten vorzusprechen, damit die Gemeine denselben immer besser lerne. Zu Bern, und hernach auch zu Zürich, wurden öffentliche Gespräche über Glaubenssachen gehalten, wobey nicht bloß die Geistlichen, sondern auch viele Weltliche zugegen waren, und freimüthig ihre Ueberzeugung äusserten. Auch die Obrigkeit, besonders der Rath zu Zürich, meinte die Sache herzlich und ernstlich,

und so hatte das begonnene Werk einen schnellen und gedeihlichen Fortgang.

§. 45.

Zwingli war in einigen Stücken seiner Lehre weiter gegangen, wie Luther, und das veruneinigte Beide und ihre Anhänger. Diese Trennung zu beseitigen, war ein sehr angelegener Wunsch des Landgrafen Philipp von Hessen. Es veranlasste derselbe daher i. J. 1529 eine Zusammenkunft von Luther und Zwingli zu Marburg, wohin den Ersteren Melancton und Jonas, den Letzteren aber der Prediger Oekolampadius von Basel, begleiteten. In einem zweitägigen Gespräche, welchem der Landgraf beywohnte, vereinigte man sich über die meisten Gegenstände der Verschiedenheit der Ueberzeugung, nur wegen eines Gegenstandes konnte man schlechterdings nicht übereinkommen, nemlich über die Meinung, wie die von Christus bey der Einsetzung des Abendmahls gebrauchten Worte: Das ist mein Leib, das ist mein Blut, zu verstehen seyn. Zwingli und seine Anhänger behaupteten, der Verstand der Worte sey nur so zu nehmen, dass das Brod im Abendmahl den Leib, und der Wein das Blut Christi bedeuten und vorstellen solle. Luther blieb hingegen schlechterdings bey dem buchstäblichen Sinne der Worte stehen.

Dadurch ward der wohlwollende Zweck der Zusammenkunft, zum grossen Kummer des sanften, friedlichen Melancton, verfehlt. Auch Luther war darüber bekümmert, und schrieb deshalb:

„Die Leutlein scheinen mir an sich nicht böse, sondern aus Irrthum und von ungefähr in ihre Meinung gefallen zu seyn, und fällt die Vernunft leichtlich auf das, das sie begreift. Fürwahr, ich habe so grosse Gefahr erlitten über meine Lehre;

„ich wollte ja nicht gern umsonst so saure Arbeit
 „gethan haben, und noch thun, darum wollte ich
 „wahrlich weder aus Hass noch Hochmuth ihnen
 „widerstehen, sondern ihre Lehre längst haben an-
 „genommen, das weiss Gott mein Herr, wo sie ge-
 „wissen Grund derselbigen könnten anzeigen. Auf
 „das aber, darauf sie stehen, kann ich mein Ge-
 „wissen nicht setzen.“

„Ich wünsche — so äusserte er sich i. J. 1531 —
 „diese Zwietracht zu beruhigen und zu stillen,
 „sollte ich auch mein Leben dreimal daran setzen.
 „Der Herr J e s u s erleuchte uns, und mache uns
 „vollkommen einig.“

Endlich schrieb er hierüber i. J. 1535:

„Ich, der ich nun grau, alt, ganz abgelebt, und
 „Alles satt bin, wünsche nichts mehr, als dass sol-
 „che Eintracht, wo möglich, vor meinem Entschla-
 „fen, zu Stande komme. Wollen die Fürsten mit
 „dazu helfen, wohl gut.“

Des herrlichen Melanchtons letzter Wunsch
 auf seinem Sterbebette war:

die Einigkeit der Kirche.

Es blieben aber diese frommen Wünsche leider
 unerfüllt, und es trennten sich vielmehr die Meinun-
 gen noch entschiedener, als Wilhelm Farel, Beza
 und J o h a n n C a l v i n, Pfarrer zu Genf, um das
 Jahr 1536, mit grossem Anhang, die Lehre vom so-
 genannten unbedingten Gnadenwohl, oder die
 Meinung zu verbreiten anfangen, dass Gott von Ewig-
 keit her einen Theil der Menschen zur Seligkeit, an-
 dere zur Verdammniss, und zwar ohne Bedingung, ohne
 Rücksicht auf ihr sittliches Verhalten, bestimmt habe. *)

*) Calvin gründete seine Lehre auf die Epistel des Apostels
 Paulus an die Römer 8, 30. 9, 8 - 24, und es ward die
 Lehre auf der Synode zu Dordrecht zu einem Glaubensar-
 tikel der reformirten Confession gemacht.

§. 46.

Diese Verschiedenheit der Meinungen bewirkte nicht allein grosse Gährungen, sondern veranlasste auch, dass schon auf dem Reichstage zu Augsburg i. J. 1530, wo die Einreichung der sogenannten Augsburschen Confession statt fand, (§. 16.) vier Reichsstädte eine besondere Confession übergaben. Durch das Erscheinen des C o n c o r d i e n b u c h s i. J. 1580 ward die leidige Trennung zwischen den Lutherischen und Reformirten noch schärfer, tiefer und fester begründet.

Inzwischen verbreitete sich die Lehre Zwingli's und Calvin's hauptsächlich in der Schweiz, in Holland, in England und in einigen Ländern des südlichen Deutschlands. *) Sie ward daselbst zur herrschenden oder Landes-Religion, und zwar in der Schweiz und in Holland unter der Form der Demokratie oder des Republicanismus, (§. 2.) und in England theils unter der Form der sogenannten hohen bischöflichen Kirche, theils auch ohne diese Form. **)

*) Im nördlichen Deutschland hatten die Auswanderungen der Reformirten aus Frankreich, der Pfalz, dem Salzburgischen u. s. w., so wie die Religionsveränderungen einiger Regenten, auf die Verbreitung der reformirten Religion grossen Einfluss. In den Marken und in Preussen gab es bis zum Anfange des 17ten Jahrhunderts keine reformirte Gemeinen oder Kirchen. Sie entstanden erst, als am Weihnachtstage 1613 der Churfürst Hans Siegismund zur reformirten Kirche übertrat.

**) Als, zu den Hauptgrundsätzen der christlich evangelischen Kirche sich bekennende, wiewohl in manchen Stücken, sowohl in kirchlichen Gebräuchen, als in den Lehrbegriffen, von den Lutheranern und Reformirten abweichende, Kirchengesellschaften, sind zu betrachten: die Waldenser im Piemont, die Mährischen Brüder und Herrnhuther, die Menoniten, die Anhänger der Lehre von Wilhelm Penn.

§. 47.

Seitdem der Churfürst Hans Siegismund im Jahre 1613 zur reformirten Religion überging, und in Folge dessen reformirte Gemeinen im Brandenburgischen und Preussen entstanden, waren die Regenten dieser Lande zu mehreren Zeiten darauf bedacht, die lutherischen und reformirten Religionsverwandten einander zu nähern und zu einer Kirche zu verbinden, ohne jedoch dazu sich bestimmter Zwangsmittel zu bedienen, wozu sie auch durchaus nicht berechtigt gewesen seyn würden. Der Churfürst Georg Wilhelm nahm 1631 an dem Convente zu Leipzig Theil, auf welchem zur Vereinigung ein neuer Versuch gemacht wurde. • Er schien gelingen zu wollen, denn nur drey Puncte blieben unverglichen, über die man sich christlich zu vertragen beabsichtigte. Allein der Zurücktritt der Churfürstlich Sächsischen Theologen verhinderte die Ausführung. Auch das Religionsgespräch zu Thorn im Jahre 1645 blieb ohne Nutzen. Churfürst Friedrich Wilhelm veranstaltete daher i. J. 1662 zu Berlin eine Unterredung seiner Geistlichen, um der Misshelligkeiten zwischen den Evangelischen weniger zu machen. Die Absicht wurde aber wieder verfehlt, und man musste sich darauf beschränken, durch Gesetze die lauten Verketzerungen und Verlästerungen der Unduldsamkeit in Schranken zu halten. Eine abermalige, zu dem vorgedachten Zwecke bestimmte, Unterredung zu Berlin veranstaltete König Friedrich I. i. J. 1703, die aber gleichfalls fruchtlos blieb. Der König Friedrich Wilhelm I. suchte, noch in seinen letzten Lebensjahren, beide Parteien zu nähern. Bey den Reformirten beförderte er den milderen Sinn der Confession des Churfürsten Hans Siegismund, und näherte sie dadurch der lutherischen; den Lutheranern aber verbot er 1736 mehrere Kirchengebräuche, welche im

Aeusseren beide Kirchen trennen, z. B. das Tragen der Chorhemden, das Anzünden der Lichter beym Abendmahl u. s. w. Ganz im hohen Sinne der Religionsfreiheit, der Achtung der Meinung Anderer und der Schonung der Gewissen, hob aber Friedrich der Weise und Grosse das Verbot wieder auf, und stellte es Jedem anheim, ob er von jenen Dingen Gebrauch machen wolle oder nicht.

Seitdem haben friedliches Beyeinanderleben in bürgerlichen Verhältnissen, Eintracht der Geistlichen beider Confessionen, vermehrte Aufklärung und eine allgemeinere Verbreitung verträglicher Grundsätze, die Mitglieder beider Kirchen im Preussischen Staate so nahe gebracht, dass an den mehrsten Orten die Unterscheidungs - Merkmale fast völlig verschwunden sind.

Zweyte Abtheilung.

Verhältniss der evangelischen Kirche in Deutschland gegen den Staat und die Landeshoheit.

§. 48.

Durch den Westphälischen Frieden (§. 39.) wurden zwar die Verhältnisse der verschiedenen in Deutschland eingeführten Religionen unter einander ziemlich sorgfältig bestimmt; nicht aber die Verhältnisse der evangelischen Kirche in deutschen evangelischen Ländern gegen den Staat und den evangelischen Landesherrn genügend festgesetzt. Ueber alle Unterthanen und alle evangelische Glieder des deutschen Reichs ward die geistliche Gerichtsbarkeit, nebst dem gesamten Diöcesanrechte, aufgehoben. Die Frage aber: wie es in Zukunft dieserhalb unter den Protestanten gehalten werden, wer jetzt die Rechte unter ihnen ausüben solle, welche den Bischöfen entnommen waren, und was deshalb für Einrichtungen getroffen werden sollten? — diese Frage eignete sich nicht zu einem zwischen beiden Religionstheilen zu schliessenden Vertrag, und blieb deshalb in dem Friedensinstrument unberührt. Die Evangelischen traten in ihre natürliche Freiheit zurück, und es blieb ihnen überlassen, was für Einrichtungen sie treffen wollten.

Nun hätte zwar wohl, durch den Zusammentritt mit anderen evangelischen Staaten in Europa, eine allgemeine evangelische Kirchenverfassung für alle Protestanten versucht werden können; aber mit welchen Schwierigkeiten würde dieses Geschäft verbunden gewesen, und wie wenig Fruchtbringendes würde dabey herausgekommen seyn. Selbst wenn es zu Stande gekommen wäre, hätte daraus sehr leicht eine neue drückende Hierarchie, ja ein protestantischer Papst, hervorgehen können.

Jeder besondere Staat in Deutschland konnte daher für sich, nach seinen individuellen Verhältnissen, eine eigene Einrichtung treffen, welche er wollte. Gesetzt, dass auch in einem oder dem andern Puncte eine Verschiedenheit eintrat, so hinderte dieses doch die Einheit der evangelischen Kirchen nicht, so lange sie nur sämmtlich darin überein kamen, dass sie alle Anmassungen der Hierarchie, so wie allen Gewissenszwang, für unrechtmässig erklärten, und in Glaubenssachen keine andere Richtschnur, als lediglich die heilige Schrift anerkannten. *)

§. 49.

Wer sollte nun aber die neuen Einrichtungen treffen? So viel war freilich gewiss, dass den Fürsten durch den Papst und die Geistlichkeit manche Rechte waren entzogen worden, die ihnen eigentlich zustanden, wohin besonders die Gerichtsbarkeit in geistlichen Sachen gehörte. Dass nun die Landesherren diese Rechte sich wieder zueigneten, verstand sich von selbst. Aber von denselben war das Recht, die neue Kirchenverfassung einzurichten, wesentlich

*) H ä b e r l i n Handbuch des deutschen Staatsrechts Band 3. S. 417 u. f. P ü t t e r kurzer Begriff des deutschen Staatsrechts S. 200.

verschieden. Dieses war unstreitig ein Recht, welches nur der ganzen kirchlichen Gemeinde zustand, und collegialisch hätte ausgeübt werden sollen. In der That geschahe dieses auch Anfangs hier und dort, besonders ehe sich die Landesherrn selbst zu Luthers Lehre bekannten. Aber freilich entstand daraus um so mehr Verwirrung, je weniger oft die Leute wussten, was sie eigentlich wollten, denn viele, die Luthers Lehre anhängen, kannten damals nicht einmal den eigentlichen Inhalt derselben über die Grundartikel des Glaubens. Sie verehrten Luther hauptsächlich deswegen, weil er wider Missbräuche geeifert, weil er die Mönche gezüchtigt, weil er dem Papst und den Bischöfen, und mitunter auch den weltlichen Obrigkeiten, kühn die Wahrheit gesagt hatte. Erst nach und nach wurde es mehr Tag, und es war ein Glück, dass die Landesherren endlich zutraten, und der geistlichen Anarchie, bald auf öffentlichen Landtagen, bald für sich allein, mit Zuziehung verständiger Theologen ein Ende machten. Früher war man gewohnt gewesen, kirchliche Anordnungen von den Bischöfen anzunehmen, um so leichter liess man es nun geschehen, dass die weltliche Obrigkeit in die Stelle der Bischöfe trat, da man von derselben, weil sie sich selbst zu der Religion des Volks bekannte, mit Zuverlässigkeit erwarten konnte, dass sie diesem nichts aufdringen werde, was dessen Religionsgrundsätzen und Gewissensfreiheit zuwider sey.

So kam es denn, dass die evangelischen Landesherren Rechte in Religions- und Kirchensachen erhielten, welche, nach den Grundsätzen der catholischen Kirche, nur dem Papste und den Bischöfen zustehen, eigentlich aber unstreitig Collegiatrechte der ganzen Kirche sind.

Eben daher rührt es auch, dass die Rechte der Landesherren nicht in allen evangelischen deutschen Staaten völlig gleich sind, indem hierbey alles darauf ankömmt, ob ihnen viel oder wenig zugestanden worden ist, oder sie sich viel oder wenig angemast haben, und ihre Unterthanen dieses haben geschehen lassen.

§. 50.

So wenig also ein allgemeines evangelisches Kirchenrecht, im eigentlichen Wortverstande, in Deutschland vorhanden ist, so findet sich doch im Ganzen viel Uebereinstimmung in der evangelischen Kirchenverfassung der deutschen Länder, welches Theils in den mehrfaltigen von Zeit zu Zeit vorgekommenen gemeinschaftlichen Berathschlagungen über den Gegenstand, theils in der Nachahmung bereits vorhandener Einrichtungen, seinen Grund hat.

Folget man dieser Andeutung und demjenigen, was die Natur der Sache an die Hand giebt, so kann man allerdings, im Allgemeinen genommen, das evangelische Kirchenrecht und die Verhältnisse der deutschen evangelischen Kirche gegen den Staat und die Landeshoheit auf die nachstehenden Grundsätze bringen.

§. 51.

Religion, insofern sie sich durch äussere Handlungen an den Tag leget, und durch die Grundsätze, welche sie lehrt, entweder einen vortheilhaften oder nachtheiligen Einfluss auf das bürgerliche Verhalten ihrer Bekenner oder anderer Staatsbürger erlangt, kann dem Staate nicht gleichgültig seyn. *)

*) An sich betrachtet, ist Religion eine Angelegenheit des Menschen, und nicht des Staatsbürgers; eine Privatsache, nicht eine Staatssache; ein Product der eigenen freien

Es stehet daher dem Regenten zu, vermöge der ihm obliegenden Sorge für das Wohl des Staats, die hieraus hervorgehenden, den Zwecken des Staats entgegen stehenden Hindernisse, jedoch ohne Verletzung der Gewissensfreiheit, als des edelsten Guts der Menschheit, aus dem Wege zu räumen, oder aber diejenigen Veranstaltungen, welche die Religion darbietet, für das Beste des Staats vortheilhaft zu benutzen, und so die Zwecke beider, der Religion und des Staats, zu dessen Besten, so weit es thunlich ist, zu vereinigen. *)

Auf diesen Gründen beruhen die
Hoheitsrechte in Ansehung der Religion,
Fus circa sacra

Diese Hoheitsrechte begreifen folgende einzelne Rechte:

1. Das landesherrliche Reformatationsrecht, oder das Recht, äussere Religionsübungen im Staate zu gestatten oder zu verweigern, und die Grenzen der Befugnisse ihrer Anhänger im Verhältnisse zu dem

Ueberzeugung, nicht ein Gegenstand der Gesetzgebung; denn sie ist die Summe aller Begriffe, Empfindungen, Gesinnungen, Handlungen, zu welchen der Mensch durch den Glauben an Gott, dem er unterworfen ist, bestimmt wird. In diesem weitläufigen historischen Verstande ist nun in dem was Religion heisst, nach der unendlichen Verschiedenheit der Verstandeskkräfte, nach den unendlichen Graden der Geistes- cultur des Menschen, eine unübersehbare Mannichfaltigkeit denkbar, und wie die Geschichte zeigt, auch wirklich vorhanden. Im philosophischen Sinne aber ist Religion etwas sich ewig gleich bleibendes, eine wahre, nach richtigen Vorstellungen von Gott eingerichtete Verehrung desselben, oder mit Kant: das Erkenntniss aller unserer Pflichten, als göttlicher Gebote.

*) Von Berg Handbuch des deutschen Policeyrechts Th. 2. S. 285. Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts §. 13. Schlegel Kirchenrecht Theil 1. S. 73.

zu dem Staate und zu anderen Religionsparteien zu bestimmen. Es stehet dieses Recht einem jeden Regenten zu, insofern nicht Gesetze und Landesverfassung eine Einschränkung machen, und berechtigt solches zur näheren Kenntnissnahme von den Symbolen der Kirche. Innere Religion oder die Ueberzeugung von Glaubenslehren kann jedoch nie einem äusseren Zwange unterworfen seyn, und wird daher, wenn Nachtheile für den Staat dadurch zu besorgen wären, äussersten Falls nur die Veranlassung einer Auswanderung zur Folge haben können.*)

Den Catholiken und Augsburgerischen Confessionsverwandten, welche nach dem Normaljahre eine öffentliche oder Privat-Religionsübung hergebracht haben, ist, nach dem Westphälischen Friedensschlusse Art. V. §. 34 und 36, Toleranz bey häuslicher Religionsandacht, oder das Recht der anständigen Emigration, ausdrücklich gestattet. Auf den Fall aber, dass der Landesherr die Religion verändern würde, soll, nach eben diesem Friedensschlusse, Art. VII. §. 1, den Unterthanen kein anderes Glaubensbekenntniss aufgedrungen werden können.

2. Die O b e r a u f s i c h t in Kirchensachen — *Inspectio secularis in Ecclesiam* — damit in der Kirche nichts zum Nachtheil des Staats vor sich gehen könne. In dieser Rücksicht ist der Landesherr insbesondere befugt, der Kirche die Berufung eines dem Lande gefährlichen Kirchendieners zu verbieten, und ihr dessen Entlassung zur Pflicht zu machen. Ohne des Landesherrn Vorwissen darf keine Kirchenvisitation und keine Synode gehalten werden, und er ist berechtigt, seine Commissarien und Diener dabey zu haben. Ohne vorgängige Ein-

*) G. L. Boehmeri *Princ. juris canonici Part. gen. Tit. 1, §. 3.*
von Berg a. a. O. S. 286.

sicht und Genehmigung des Landesherrn darf kein Kirchengesetz bekannt gemacht werden, und er kann der Kirche die fernere Beobachtung desselben untersagen.

3. Die landesherrliche Schutz- und Schirmgerechtigkeit — *Advocatia ecclesiastica*. — Der Landesherr hat nemlich die Befugniss, unschädliche Kirchenanstalten, als Kirchenversammlungen, Visitationen u. s. w., in seinen besonderen Schutz zu nehmen, und die Kirche wider alle Störungen und Beeinträchtigungen in ihrer Gewissensfreiheit, Religionsübung und dem Kirchenregiment zu sichern.

Besonders ist er berechtigt, die Kirchengesetze in dieser Absicht durch weltliche zu bestätigen, den Uebertretern derselben, wenn das Gemeinwohl bey deren Beobachtung interessirt ist, mit Staatsstrafen zu drohen und weltliche Zwangsmittel zur Erreichung der Absicht der Kirche zu gebrauchen.

Von einigen Rechtslehrern wird zu den Hoheitsrechten auch

4. Das O b e r e i g e n t h u m über Kirchengüter gerechnet, vermöge dessen im Nothfalle das Eigenthum der Kirche zum Wohl des Staats angegriffen und verwendet werden kann.

Es dürfte jedoch dieses nur als ein Gesetz der Nothwendigkeit zu betrachten seyn, und daher, als eine Ausnahme von der Regel, ausser dem Gebiete nothwendig und wesentlich darunter begriffener Rechte liegen.

§. 52.

Von diesen Hoheitsrechten ist jedoch die in den Händen protestantischer Landesherrn sich befindende

Kirchengewalt — *Jus sacrorum*

wesentlich unterschieden und sorgfältig abzuson-

dern *) Sie begreift unter sich alle Gesellschaftsrechte der Kirche.

Der Zweck der kirchlichen Vereinigung, nach den Begriffen der evangelischen Religion, ist, gemeinschaftliche Gottesverehrung, und, durch solche, sittliche Vervollkommnung.

Die Mittel, deren sie sich zur Erreichung dieses Zwecks bedient, sind, Feier des Gottesdienstes und der damit verbundenen religiösen Handlungen, der Taufe und des Abendmahls, als der Symbole der Gemeinschaft, zugleich aber auch Unterweisung in den Lehrsätzen der Religion, besonders religiöse Auferziehung der Jugend.

Dieser Zweck und diese Mittel bezeichnen die Gegenstände, worauf die Kirchengewalt gerichtet ist, und deren Umfang. Die Ausübung der kirchlichen Gesellschaftsrechte, sie mögen nun wesentlich aus diesem Verhältnisse folgen, oder zufällig erlangt seyn, wird mit der Benennung: **Kirchenregierung**,

*) Schon oben §. 49. ist es ausgeführt, auf welche Weise die evangelischen Landesherren zu der Ausübung der Kirchengewalt gelangt sind. Es hat aber, besonders in früheren Zeiten, Rechtslehrer gegeben, welche die Gründe, auf welchen die Ausübung der Kirchengewalt beruhe, sehr verschieden angaben. Einige, wie z. B. Carpzov *Jurispr. Consistor. Lib. 1. Tit. 1. Defn. 1 - 3.* und Brunnemann *Jus Ecclesiastic. Lib. 1. Cap. 2. §. 2.* nahmen hierbey das sogenannte Episcopalsystem; Andere, namentlich J. H. Böhmer *Jus Eccles. Protest. Lib. 1. Tit. 31. §. 44. seqq.* das sogenannte Territorial-System an. Die erste Verbreitung richtigerer Grundsätze über den Gegenstand und die Annahme des oben §. 49. dargelegten Collegial-Systems wird dem berühmten Theologen Canzler Pfaff zugeschrieben, und es sind der Meinung desselben die angesehensten Rechtslehrer neuerer Zeit beygetreten, namentlich G. L. Böhmer *Princ. Jur. Canon. §. 43.* Struben *Rechtl. Bedenken Th. 5. Bed. 6.* Häberlin *Handbuch des deutschen Staatsrechts Band 3. S. 422 u. f.*

Kirchenregiment — *Regimen ecclesiae* — bezeichnet. Es ist solche nicht nur auf den Hauptgegenstand selbst, auf die Anordnung des Gottesdienstes und Religionsunterrichtes, sondern auch auf diejenigen Veranstaltungen gerichtet, die dazu nothwendig erfordert werden, nemlich auf die Ansetzung der Religionslehrer und Kirchendiener, auf Errichtung und Erhaltung der gottesdienstlichen Gebäude, auf Ausmittlung und Verwaltung des zum Unterhalte der Kirchendiener und zur Bestreitung sonstiger Kosten nöthigen Vermögens, oder in Ermangelung dessen, auf Regulirung der zu leistenden Beyträge u. s. w.

§. 53.

Es entstehen hieraus mancherlei Verhältnisse, die einen geordneten Kirchenstaat nothwendig machen, und in Beziehung auf solchen enthält die Kirchenregierung mehrere einzelne Rechte, von welchen die folgenden die hauptsächlichsten sind:

1. Der kirchliche Religionsbegriff ist, als ein Mittel des Endzwecks der Kirche, insofern ein Gegenstand der Kirchengewalt, als dabey die Gewissensfreiheit der Mitglieder der Kirche nicht gekränket wird, und diese Gewissensfreiheit ist nicht bloß die Freiheit, zu denken, sondern auch zu reden und zu schreiben. *) Die Kirche, und nur diese,

*) Die Gewissensfreiheit ist ein unveräußerliches Recht eines jeden einzelnen Menschen. Gesetze, Verfügungen und Verträge, welche dieselbe beeinträchtigen, sind unerlaubt und ungültig, und durch die Herrschaft über die Gewissen und die Sklaverei derselben wird die Menschheit und die Religion geschändet.

Schott Unparteiische Critic über die neuesten juristischen Schriften Band 4. S. 327 u. f. Hagemann und Günther Archiv für die Rechtsgelahrtheit Th. 3. Nr. 8. Hufeland über das Recht protestantischer Fürsten, unabänderliche Lehrvorschriften festzusetzen. Abschn. 1.

hat das Recht, den kirchlichen Religionsbegriff zu bestimmen, und allenfalls in der Folge nach ihrer Ueberzeugung zu reformiren. Diese Bestimmung geschieht jedoch blos vertragsweise, und mit der Vorstellung der Möglichkeit, hierin zu irren. Eine gesetzgebende und richterliche Gewalt ist dabey nicht denkbar, und der Landesherr hat nicht die Macht, den kirchlichen Religionsbegriff einseitig zu bestimmen oder zu reformiren. Er kann ihn, auf Anrufen der Kirche, blos zu erhalten suchen. *) Für die Kirchen unter einem Landesherrn, welcher einer anderen Religion, als der des Landes, zugehan ist, hat der Westphälische Frieden Art. V. §. 48, die vollkommenste Gewissensfreiheit und Sicherheit verordnet.

§. 54.

Zu der Kirchengewalt gehöret
2. Die Absicht auf die Erhaltung der Reinheit des Religionsbegriffs. Die Kirche hat das Recht, dafür zu sorgen, dass ihr, so lange sie diesen Begriff für richtig hält, keine Lehre dawider aufgedrungen werde. **) Hieraus ist das Verhältniss des Lehrers der Kirche gegen dieselbe und deren Lehrbegriff zu bestimmen. Die Gewissensfreiheit beider Theile muss dabey aufrecht erhalten werden. In der kirchlichen Aufsicht ist auch das Censurrecht der zum kirchlichen Gebrauche bestimmten Schriften und Bücher enthalten. Auf andre erstreckt sich die Kirchengewalt nicht, und es kann nur wider solche, welche den Religionsbegriff der Kirche beschimpfen, und die Absicht haben, Unruhen und

*) Schnaubert Kirchenrecht der Protestanten §. 186. *Anon de jure princip. circa mutand. libr. symbolic.* Rintel, 1775.

**) G. L. Böhmer *Princip. Jur. Canon.* §. 5.

Unordnungen in der Kirche anzurichten, ein Verbot, unbeschadet der Gewissensfreiheit einzelner Mitglieder, Statt finden.

§. 55.

In den evangelischen Ländern ist

3. das liturgische Recht, oder die Befugniss der Bestimmung der Art und Weise des gemeinsamen Gottesdienstes der Kirche, in der Kirchengewalt des Landesherrn begriffen. Es enthält das Recht, liturgische Vorschriften abzufassen, und über die Beobachtung derselben zu wachen, darin zu dispensiren, und Privilegien zu ertheilen. In dieser Rücksicht kann der Landesherr besondere Gebete und Predigten von der Kirche verlangen, und es gehöret auch hierher das Recht, Festtage anzuordnen, zu bestimmen und zu verlegen. Hierauf sind die weltlichen Verordnungen, dass die kirchlichen Festtage auch im Staate gefeiert werden sollen, gegründet, und der weltlichen Obrigkeit — Policey — stehet die Bestrafung der Verletzung dieser Gesetze zu.

Dispensationen von öffentlichen Taufen, Ehecopulationen u. s. w., fliessen gleichfalls aus dem liturgischen Rechte.

§. 56.

Endlich gehöret

4. zur evangelischen Kirchengewalt das Recht, Verfügungen wegen der Ordinanden und der Ordination zu machen. Die Ordination ist nemlich die feierliche Handlung der Kirche, wodurch Jemand zum Predigtamte eingesegnet wird. Die vornehmsten Feierlichkeiten dabey sind: das Handauflegen und die Verrichtung gewisser Gebete. Die Absicht und Wirkung derselben ist keine andere als die jeder Amtsinauguration, und es giebt

nicht verschiedene Gattungen der Ordination. Sie ist in allen protestantischen Kirchenordnungen für die erste Amtsanstellung vorgeschrieben, und geschieht zum Dienste einer bestimmten Kirche.

§. 57.

Die Verschiedenheit der landesherrlichen Rechte in Ansehung der Kirche (§. 51. und 52.) und dass dieselben schlechterdings nicht aus einer und derselben Quelle fliessen, zeigt sich practisch auch dadurch, dass die evangelischen Landesherren die ihnen in Religions- und Kirchensachen überlassenen Rechte nicht durch die gewöhnlichen Verwaltungsbehörden, sondern durch eigene geistliche Collegia, in welchen sich geistliche Mitglieder befinden, ausüben.

Das Kirchenregiment — ursprünglich ein Collegiatrecht der evangelischen Kirche — ward, unmittelbar nach der Reformation, grösstentheils durch Synoden, Kirchenvisitatoren und Superintendenten versehen. Bald wurden aber, aus den schon oben (§. 49.) angezeigten Veranlassungen, von den evangelischen Landesherren zur Ausübung der Kirchengewalt, und vorzüglich der kirchlichen Aufsicht, *) besondere Collegia — Consistoria — angeordnet.

Unverkennbar hatte man dabey im Allgemeinen die ehemaligen bischöflichen Consistorien — Vicariate, Ordinariate, Officialate — vor Augen, von welchen auch die Benennung: Consistorium, herrührt. Unter dem Consistorio stehen entweder alle evangelische Kirchen des Landes, oder nur die eines gewissen Bezirkes desselben. Im ersten Falle ist dasselbe das

*) Die kirchliche Aufsicht — *Jus Consistorii* — ist, vermöge besonderer Titel und mit Subordination gegen den evangelischen Landesherrn und dessen Consistorium, hier und da, auch an Landsassen und Städte gekommen.

Landes-Consistorium — geistliche Departement — im andern Falle, ein Special-Provinzial-Consistorium, welches, der Regel nach, in der Ausübung der Rechte der Kirehengewalt beschränkter, und dem Ersteren untergeordnet ist.

Der Landesherr hat das Recht, die Aufsicht über die Consistorien zu führen, der Verfassung gemäss, Consistorialordnungen vorzuschreiben, andere rechtmässige Verfügungen an die Consistorien ergehen zu lassen, und die Mitglieder derselben zu ernennen.

§. 58.

Das sind die Grundsätze, auf welchen, im Allgemeinen genommen, in den deutschen evangelischen Ländern, mit einigen Abweichungen in unwesentlichen Dingen, das Kirchenrecht beruhet. Damit stimmt auch vollkommen das in den Königlich Preussischen Staaten bestehende und durch das Allgemeine Landrecht Theil 2. Tit. 11. ausgesprochene Kirchenrecht überein.

§. 59.

Es verordnet nemlich das Allgemeine Landrecht wegen
der Hoheitsrechte in Ansehung der Religion
Folgendes:

- a. Die Privat- und öffentliche Religionsübung einer jeden Kirchengesellschaft ist der Oberaufsicht des Staats unterworfen, und dieser ist berechtigt, von demjenigen, was in den Versammlungen der Kirchengesellschaft gelehrt und verhandelt wird, Kenntniss zu nehmen.
- b. Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger ein-

zuflößen. Religionsgrundsätze, welche diesem zuwider sind, sollen im Staate nicht gelehrt, und weder mündlich, noch durch Volksschriften ausgebreitet werden. Nur der Staat hat das Recht, dergleichen Grundsätze, nach angestellter Prüfung, zu verwerfen, und deren Ausbreitung zu untersagen.

- c. Die vom Staate ausdrücklich aufgenommenen Kirchengesellschaften haben die Rechte privilegirter Corporationen; dahingegen eine Religionsgesellschaft, welche der Staat genehmiget, ihr aber die Rechte öffentlich aufgenommenen Kirchengesellschaften nicht beylegt, nur die Befugnisse geduldeter Gesellschaften genießt. *)
- d. Kirchengesellschaften dürfen so wenig, wie einzelne Mitglieder derselben, einander verfolgen oder beleidigen. Schmähungen und Erbitterung verursachende Beschuldigungen müssen durchaus vermieden werden.

*) In dem Edicte vom 9. Jul. 1788, die Religions-Verfassung in den Preussischen Staaten betreffend, *Corp. nov. Constitut. Pr. Brandenb.* Band 8. S. 2176 u. f. heisst es: „und verordnen Wir demnach, dass alle drey Haupt-Confessionen der christlichen Religion, nemlich die Reformirte, Lutherische und Römisch-Catholische, in ihrer bisherigen Verfassung, nach den von Unseren gottseligen Vorfahren vielfältig erlassenen Edicten und Verordnungen, in Unsern sämtlichen Landen verbleiben, aufrecht erhalten und geschützt werden sollen. Daneben aber soll die den Preussischen Staaten von jeher eigenthümlich gewesene Toleranz der übrigen Secten und Religionsparteien ferner aufrecht erhalten, und Niemanden der mindeste Gewissenszwang zu keiner Zeit angethan werden, so lange ein Jeder ruhig als ein guter Bürger des Staats seine Pflichten erfüllt. — Die in Unsern Staaten bisher öffentlich geduldeten Secten sind, ausser der jüdischen Nation, die Herrnhuther, Mennonisten und die Böhmisches Brüdergemeine, welche unter dem landesherrlichen Schutze ihre gottesdienstliche Zusammenkünfte halten, und diese dem Staate unschädliche Freiheit auch ferner ungestört behalten sollen.“

- e. Niemand darf in Religions- und Kirchen-Angelegenheiten, ohne Erlaubniss des Staats, neue Verordnungen machen oder annehmen, und ohne Vorwissen und Genehmigung desselben kann in Kirchensachen keine Veränderung vorgenommen, noch weniger können neue Kirchenordnungen eingeführet werden.
- f. Die Anordnung öffentlicher Bet-, Dank- und anderer ausserordentlichen Festtage hängt allein vom Staate ab. In wiefern die bereits angeordneten Kirchenfeste mit Einstellung aller Handarbeiten und bürgerlichen Gewerbe begangen werden sollen, oder nicht, kann nur der Staat bestimmen.
- g. Zu Kirchenversammlungen innerhalb Landes darf die Geistlichkeit, ohne Vorwissen und Mitwirkung des Staats, nicht berufen, viel weniger können die Schlüsse solcher Versammlungen, ohne Genehmigung des Staats, in Ausübung gebracht werden.
- h. Nur der Staat kann bestimmen, zu welcher der verschiedenen Kirchengemeinen seiner eigenen Religionspartei jeder Einwohner als ein beytragendes Mitglied gerechnet werden soll. Auch ist der Staat berechtigt, jeden Einwohner zur Beobachtung solcher äusseren Kirchengebräuche und Einrichtungen derjenigen Religionspartei, zu der er sich bekennt, insoweit anzuhalten, als davon, vermöge der Gesetze, die Bestimmung oder Gewissheit bürgerlicher Rechte abhängt.
- i. Das Kirchenvermögen steht unter der Oberaufsicht und Direction des Staats und unter der Verwaltung der geistlichen Obern, die für die Unterhaltung und zweckmässige Verwendung desselben, nach der Verfassung einer jeden Kirchengesellschaft, zu sorgen schuldig sind. Für den Unterhalt der bey einer Kirchengesellschaft angesetzten Beamten muss die Gesellschaft, der Regel nach, selbst sorgen.

§. 60.

In Ansehung
der Kirchengewalt — *Jus sacrorum* —
bestimmt das Allgemeine Landrecht am angeführten
Orte Nachstehendes:

- a. Die Begriffe der Einwohner des Staats von Gott und göttlichen Dingen, der Glaube und der innere Gottesdienst, können kein Gegenstand von Zwangsgesetzen seyn, und jedem Einwohner im Staate muss daher eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit gestattet werden. Niemand ist schuldig, über seine Privatmeinungen in Religions- sachen Vorschriften vom Staate anzunehmen, und Niemand soll wegen seiner Religionsmeinungen beunruhiget, zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden. *) Auch der Staat kann von einem einzelnen Unterthan die Angabe, zu welcher Religionspartei sich derselbe bekenne, nur alsdann fordern, wenn die Kraft und Gültigkeit gewisser bürgerlichen Handlungen davon abhängt. Aber selbst in diesem Falle können mit dem Geständnisse abweichender Meinung nur diejenigen nachtheiligen Folgen für den Gestehenden verbunden werden, welche aus seiner, da-

6²

*) In dem Edicte vom 9. Jul. 1788, die Religionsverfassung in den Preussischen Staaten betreffend, *Nov. Corp. Constitut. Pr. Brandenb.* Band 8. S. 2175 u. f. wird dieserhalb gesagt: &c. und dadurch zugleich unseren getreuen Unterthanen ein überzeugender Beweis gegeben werde, wessen sie sich in Absicht ihrer wichtigsten Angelegenheit, nemlich der völligen Gewissensfreiheit, der ungestörten Ruhe und Sicherheit bey ihrer einmal angenommenen Confession und dem Glauben ihrer Väter, wie auch des Schutzes gegen alle Störer ihres Gottesdienstes und ihrer kirchlichen Verfassungen, zu Uns, als ihrem Landesherrn, sich zu versehen haben u. s. w.

durch, vermöge der Gesetze, begründeten Unfähigkeit zu gewissen bürgerlichen Handlungen oder Rechten, von selbst fließen.

- b. Keine Kirchengesellschaft ist befugt, ihren Mitgliedern Glaubensgesetze wider ihre Ueberzeugung aufzudringen, auch soll keine Religionspartei die Mitglieder der anderen durch Zwang oder listige Ueberredung zum Uebergange zu verleiten sich anmassen. *)
- c. Kein Geistlicher kann ein Mitglied der Gemeinde zur Beywohnung des Gottesdienstes und zum Gebrauche der Sacramente durch äussern Zwang anhalten, auch zu Haus- und Krankenbesuchen darf er sich Niemanden gegen dessen erklärte Abneigung aufdringen. **)
- d. Kirchenzucht soll blos zur Abstellung öffentlichen Aergernisses abzielen.
- e. Wenn einzelne Mitglieder einer Kirchengesellschaft, durch öffentliche Handlungen, eine Verachtung des Gottesdienstes und der Religionsgebräuche zu erkennen geben, oder andere in ihrer Andacht stören, so ist die Kirchengesellschaft befugt, dergleichen unwürdigen Mitgliedern, so lange sie sich

*) S. a. Edict vom 9. Jul. 1788. a. a. O. §. 3.

**) S. a. Edict vom 9. Jul. 1788. a. a. O. §. 2., woselbst unter andern gesagt wird: „Denn da jeder Mensch für seine eigne Seele allein zu sorgen hat, so muss er hierin ganz frei handeln können, und nach Unserm Dafürhalten, hat ein jeder christlicher Regent nur dahin zu sehen und dafür zu sorgen, das Volk in dem wahren Christenthum treu und unverfälscht durch Lehrer und Prediger unterrichten zu lassen, und mithin einem Jeden die Gelegenheit zu verschaffen, selbiges zu erlernen und anzunehmen. Ob ein Unterthan nun aber diese gute ihm reichlich dargebotene Gelegenheit zu seiner Ueberzeugung nützen und gebrauchen will, oder nicht, muss seinem eigenen Gewissen völlig frei anheim gestellet bleiben.“

nicht bessern, den Zutritt in ihre Versammlungen zu versagen. Wegen blosser von dem gemeinen Glaubensbekenntnisse abweichender Meinungen kann aber kein Mitglied ausgeschlossen werden.

f. In ihren Amtsvorträgen und bey dem öffentlichen Unterrichte müssen die Geistlichen zum Anstosse der Gemeine nichts einmischen, was den Grundbegriffen ihrer Religionspartei widerspricht. In wie fern sie, bey innerer Ueberzeugung von der Unrichtigkeit dieser Begriffe, ihr Amt dennoch fortsetzen können, bleibt ihrem Gewissen überlassen. *)

g. Wegen der äusseren Form und Feier des Gottesdienstes kann jede Kirchengesellschaft dienliche Ordnungen einführen. Dergleichen Anordnungen

*) In dem Edicte vom 9. Jul. 1788 a. a. O. §. 8. wird dieserwegen bestimmt: „Wir dürfen nicht zugeben, dass ein jeder Geistlicher in Religionssachen nach seinem Kopf und Gutdünken handele, und es ihm freistehen könne, die einmal in der Kirche angenommenen Grundwahrheiten des Christenthums dem Volk so oder anders zu lehren, sie nach blosser Willkühr beyzubehalten oder wegzuwerfen, die Glaubensartikel nach Belieben in ihrem wahren Lichte vorzutragen, oder seine eigenen Grillen an ihre Stelle zu setzen. Es muss vielmehr eine allgemeine Richtschnur, Norm und Regel feststehen, nach welcher die Volksmenge in Glaubenssachen von ihren Lehrern tren und redlich geführt und unterrichtet werde, und diese ist in Unsern Staaten bisher die christliche Religion, nach den drey Hauptconfessionen, nemlich der reformirten, lutherischen, und römisch-catholischen Kirche, gewesen, bey der sich die Preussische Monarchie so lange immer wohl befunden hat. — Ein jeder Lehrer des Christenthums in Unsern Landen, der sich zu einer von diesen drey Confessionen bekennt, muss und soll vielmehr dasjenige lehren, was der einmal bestimmte und festgesetzte Lehrbegriff seiner jedesmaligen Religionspartei mit sich bringet, denn hierzu verbindet ihn sein Amt, seine Pflicht, und die Bedingung, unter welcher er in seinem besonderen Posten angestellet ist.“

müssen jedoch dem Staate zur Prüfung vorgelegt werden, und können, ohne Genehmigung des Staats, nicht verändert oder wieder aufgehoben werden.

h. Ohne, vorhergegangene genaue Prüfung seiner Kenntnisse und seines geführten Wandels, soll Niemand zu einem geistlichen Amte gelassen werden. Die übrigen Erfordernisse zu einem geistlichen Amte bleiben, nach Verschiedenheit der Religionsparteien, den vom Staate genehmigten Grundgesetzen und Verfassungen derselben vorbehalten. Die Befugniss zur Ausübung aller geistlichen Amtsverrichtungen wird durch die Ordination verliehen, die Niemanden ertheilt werden soll, ehe er ein geistliches Amt, welches ihm seinen Unterhalt gewährt, zu übernehmen Gelegenheit hat.

§. 61.

In Betracht der Art der Ausübung der vorgedachten Rechte bestimmt endlich das Allgemeine Landrecht an der vorerwähnten Stelle Nachstehendes:

- a.* Die dem Staate über die Kirchengesellschaften nach den Gesetzen zukommende Rechte werden von dem geistlichen Departement in so fern verwaltet, als sie dem Oberhaupte des Staats nicht ausdrücklich vorbehalten sind. *)
- b.* Ausserdem aber stehen die Kirchengesellschaften einer jeden vom Staate aufgenommenen Religions-

*) Während der letzteren 9 Jahre war das geistliche Departement mit dem Königlichen Ministerio des Innern verbunden. Durch die Allerhöchste Cabinetsordre vom 3. November 1817, Gesetzsammlung v. d. J. S. 289, ist, den Erfordernissen des Gegenstandes und der Zeit auf das Vollkommenste entsprechend, ein eigenes Ministerium für die geistlichen und öffentlichen Unterrichts-Angelegenheiten wieder hergestellt, und dem verehrten Staatsminister, Freiherrn von Altenstein, anvertraut.

partei unter der Direction ihrer geistlichen Obern. Bey den catholischen Glaubensgenossen ist der Bischof der gemeinschaftliche Vorgesetzte der Kirchengesellschaften des ihm angewiesenen Districts. Bey den Protestanten aber kommen die Rechte und Pflichten des Bischofs in Kirchensachen, der Regel nach, den Consistorien zu.

c. Der Umfang der Geschäfte der Consistorien ist durch die Consistorial- und Kirchenordnungen, nach den verschiedenen Verfassungen der Provinzen und Departements, näher bestimmt. *)

d. Sämmtliche Consistorien der Protestanten stehen unter der Oberdirection des dazu verordneten Departements des Staatsministerii.

e. Mediatconsistoria, wo dergleichen vorhanden sind, stehen, der Regel nach, unter der Aufsicht des Oberconsistorii der Provinz.

f. Superintendenten, Inspectoren und Erzpriester, sind dem Consistorio untergeordnete Aufseher einzelner Diöcesen oder Kreise. Sie werden von den Consistorien, unter Genehmigung des Staats, ausgewählt und bestellt.

g. Die Collegia einzelner Kirchen bestehen aus den Geistlichen und den ihnen zugeordneten Vorstehern. Sie sind der Aufsicht der Superintendenten untergeordnet, und ihnen kommt die Verwaltung der

*) Den Umfang der Geschäfte der Consistorien bestimmt jetzt im Allgemeinen die Dienstinstruction für die Provinzialconsistorien vom 23. October 1817, in Verbindung mit der Instruction zur Geschäftsführung der Regierung von demselben Tage §. 2. und 18, Gesetzsammlung v. d. J. S. 237 u. f. und S. 249 und 259. Die Consistorien bestehen jetzt, mit Ausnahme des in denselben vorsitzenden Oberpräsidenten der Provinz und eines oder zweier weltlichen Räthe, zur Bearbeitung der vorkommenden sogenannten *Externorum*, aus lauter Mitgliedern, die zum geistlichen oder Schulstande gehören.

äusseren Rechte der Kirchengesellschaft zu. In ausserordentlichen Fällen und Angelegenheiten müssen von der Gemeinde Bevollmächtigte oder Repräsentanten gewählt, und mit der erforderlichen Instruction versehen werden.

§. 62.

Bey der Anwendung und Ausübung der vorstehenden kirchenrechtlichen Grundsätze ist der Preussische Staat bis jetzt sehr wohl gefahren. In Ruhe, Eintracht und Vertrauen haben die Bekenner der verschiedenen Religionen, als gute Staatsbürger, neben einander gelebt. Verketzungen und Anfeindungen wegen der Verschiedenheit der Glaubensbekenntnisse, und Meinungen in Religionssachen, sind nur selten, und immer nur als das Werk einzelner beschränkten und leidenschaftlichen Köpfe, vorgekommen. Die Regierung hat dergleichen Versuchen stets kräftig entgegen gewirkt, und auf alle Weise eine ächt christliche Toleranz und die vollkommenste Gewissensfreiheit zu erhalten und zu befördern gesucht. Dadurch ist nicht allein auch von der Seite der Religionsverhältnisse her, die Ruhe und das Wohl des Staats befestiget, und das Glück der Preussischen Staatsbürger erhöht, sondern auch die christlich evangelische Religion, nach ihrem wahren Sinne, immer fester und fester begründet worden.

Dritte Abtheilung.

Gegenwärtiger Zustand der Religiosität der christlich evangelischen Kirche in den Königlich Preussischen Staaten, und Vorschläge, die zur Verbesserung dieses Zustandes gemacht sind.

§. 63.

Von manchen Seiten her ist neuerdings laut geklagt worden über das Verderbniss der Kirche in ihrem Inneren, oder über den Verfall der Religiosität, und mehrfache Vorschläge sind geschehen, um diesem vermeintlichen Uebel entgegen zu streben. Man hat, je nachdem die Ansichten des Einen oder des Anderen sich gestalteten, die Mittel zu diesem Zwecke gesucht in einem strengeren Kirchenregimente und in einer stark eingreifenden Kirchenzucht, in einer allgemeineren Verbreitung der heiligen Schriften, in einem die äusseren Sinne mehr ansprechenden Cultus, in einer allgemeinen Kirchenvereinigung, in einer neuen Feststellung des Lehrbegriffs, u. s. w.

Wäre der Vorwurf der überhand genommenen Irreligiosität gegründet, so würde derselbe die sorgfältigste Aufmerksamkeit erheischen; denn mit dem Ver-

schwinden der wahren Religion büsste der Mensch ein, das höchste und heiligste Gut, welches er besitzen kann; Wahrheit und Sittlichkeit wichen von uns, die besten Bande des Gesellschaftsvereins würden mit schnellen Fortschritten gelöset, und eine der festesten Stützen des Staats wäre zum Einsturz erschüttert.

Allein, schon die erste und flüchtigste Erwägung des Gegenstandes führt uns zu Zweifeln gegen die vollkommene Richtigkeit jenes Vorwurfs. Die Geschichte lehrt, dass zu allen Zeiten von Manchen über Mangel an Religiosität, im gleichen Maasse wie von Anderen über Geldnoth, Theurung, verderblichen Luxus u. s. w. geklaget ward. Wären diese Klagen, so wie sie sich äusserten, nur einigermaßen gegründet gewesen, so würde schon längst jede Spur von Religiosität und Sittlichkeit erloschen seyn. Das ist — Gott sey es gedankt — nicht der Fall, und so kann uns denn schon im Allgemeinen die geschichtliche Erfahrung beruhigen, dass von jeher, zum Theil ungegründet, und stets höchst übertrieben geklaget worden ist, ohne dass die Klagen das Unheil zur Folge hatten, welches man bey ihren Aeusserungen vorauszusehen glaubte; dass ferner, überhaupt genommen, die Welt und das Menschengeschlecht sich weder wesentlich verbessert noch verschlimmert, sondern, dass nur verschiedenartiges Gute und Schlechte, nach dem Einflusse der Weltbegebenheiten, wechseln, und, der Regel nach, sich jederzeit das Gleichgewicht halten; dass endlich, was besonders die christliche Religion betrifft, diese zu allen Zeiten mit Verderbnissen zu kämpfen hatte, die sich bald als unterjochende Hierarchie, bald als Schwärmerey, bald als Aberglaube, bald als Unglaube, bald als Verfolgungssucht, und in manchen anderen Gestalten, zeigten, ohne dass dadurch die göttliche Wahrheit und die ächte Gottesverehrung zu Grunde ging.

§. 64.

Doch diese allgemeine Betrachtung genüget der Wichtigkeit des Gegenstandes nicht. Schärfer müssen wir der Wahrheit ins Auge sehen, und da entsteht denn vor allen Dingen die Frage: welcher Theil der Religion ist es, über dessen Verfall man klagt; ist es die innerliche oder äusserliche Gottesverehrung, die im Verderben liegen soll?

Unsere innere Religion bestehet darin, nach den Lehren Christi, und gestützt auf eigene Ueberzeugung, das höchste Wesen im Inneren seiner selbst, und abgesehen von äusseren Religionsgebräuchen und Handlungen, zu verehren, und ernstlich darnach zu streben, dass unsere Begriffe, Empfindungen, Gesinnungen und Handlungen dem göttlichen Gebote möglichst angemessen sind. Unstreitig wird daher das Maass des Daseyns dieser inneren Religion, wie bey dem einzelnen Menschen, so bey einem ganzen Volke, nach dem Maasse der durch die That sich zeigenden, dem göttlichen Willen gemässen, Sittlichkeit und moralischen Vervollkommnung am richtigsten erkannt. Was erkennen wir nun, wenn wir, in dieser Beziehung, auf die Erscheinung der letztverflossenen zehn Jahre und der Zeit, in der wir jetzt leben, hinblicken? Das Volk, und jeder Einzelne in demselben, trug ein in jeder Rücksicht hartes und schweres Geschick, mit der höchsten Treue gegen den König und das Vaterland, mit frommer Ergebung in den göttlichen Willen, mit fester Hoffnung auf Gottes Hülfe, und liess sich nicht hinreissen von dem Verderbniss seiner Unterdrücker. Keine Apathie, keine Schwachheit und Muthlosigkeit lag hierbey zum Grunde, denn als die rechte Zeit gekommen war, und der heldenmüthige fromme König rief, da stand das Volk auf, nicht etwa zur Rache an einzelnen Bedrückern, zu

heimtückischen Morden und zum habsüchtigen Raube, sondern, um, mit Gott, in offenen Schlachten zu kämpfen auf Leben und Tod, für das, was dem guten Menschen am theuersten ist, für Freiheit und Unabhängigkeit von fremder Gewalt, für Sicherheit der Person und des Eigenthums, für die Erhaltung vaterländischer Ehre, Sitte und Verfassung, für die Befestigung des Throns seines allgeliebten Königs. Während die Daheimgebliebenen nicht blos mit Wünschen und frommen Gebeten, sondern mit den grössesten Anstrengungen und Aufopferungen zum Gelingen des grossen heiligen Werks beytrugen, fielen auf den glorreichen siebringenden Schlachtfeldern Tausende von Helden mit dem laut ausgesprochenen Glauben an Gott und seine Religion. Der Kampf ward siegreich beendigt, und was in früheren Zeiten die gewöhnliche Folge aller mit grossen Heerhaufen geführter Kriege war, erfolgte hier nicht. Der Krieger kehrte zurück, und ward ein eben eben so guter, nützlicher und friedlicher Bürger und Landmann, als er ein heldenmüthiger Vaterlandsvertheidiger gewesen war. Räuberbanden, die sonst die Beendigung eines jeden Krieges schuf, zeigten sich nicht, und in unseren heimkehrenden Kriegern fanden wir keine Spur der Rohheit und Sittenlosigkeit, welche gewöhnlich die leicht zu entschuldigende Wirkung mehrjähriger Feldzüge sind. Unsere Gerichtshöfe mögen darüber zeugen, ob schwere, unnatürliche Verbrechen nicht weit weniger wie in früheren Zeiten vorkommen. Fleiss und Häuslichkeit haben sich im Allgemeinen, und wenn man einzelne Ausnahmen, besonders in grossen Städten, abrechnet, augenfällig vermehrt; Unsittlichkeiten und grobe Laster sind in dem Ganzen des Volks nicht vorherrschend, und wenigstens darf Niemand dieselben prunkend zur Schau tragen, ohne die öffentliche Verachtung gegen sich zu erregen. Der Frieden und

die Duldung, in welchen die Anhänger der verschiedenen Glaubensbekenntnisse neben einander leben, und, ohne Anfeindungen und Verketzerungen, den verschiedenen Weg zu einem und demselben Ziele wandeln, müssen einen besseren Grund, als den des Indifferentismus, haben, denn die sonst unter den niedern Ständen so oft vorgekommenen Gotteslästerungen sind grösstentheils verschwunden, und schon lange machen laute Verachtung und Verspottung der Religionslehren keinen Gegenstand der afterwitzigen Unterhaltung der Gesellschaften höherer Stände mehr aus. Zu keiner Zeit ist endlich die Mildthätigkeit zu guten gemeinnützigen Zwecken, und besonders zur Unterstützung der nothleidenden Menschheit, so oft, und dennoch stets mit einem so reichlichen Erfolge, in Anspruch genommen worden, als in den Tagen, worin wir leben.

Dass wir, so wahr dieses alles ist, in einem Zustande moralischer Vollkommenheit uns befinden, wird kein Vernünftiger behaupten, weil er weiss, dass Vollkommenheit nicht das Eigenthum des Erdenbürgers werden kann, und dass auf Erden das Gute und Grosse mit dem Uebel und der Schwachheit stets unzertrennlich gepaart ist. Es kömmt nicht darauf an, die moralischen Schwachheiten der Gegenwart hier aufzuzählen, sondern es ist für den vorliegenden Zweck vollkommen zureichend, die vorerwähnten, weltkundigen Thatfachen und Erfahrungen zusammengestellt und dem Gedächtniss zurückgerufen zu haben.

Wer kann dieselben ableugnen? und wenn sie nicht geleugnet werden können, wer vermag es dann zu verkennen, dass die Klagen über den vermeintlich auffallenden und besonderen Verfall der inneren Religion in der gegenwärtigen Zeit, und die Behauptungen einer dadurch nothwendig werdenden Reformation, eine ungerechte, schwere Beleidigung des

Zeitalters und ein blinder Feuerlärm sind, der entweder durch einen gutmüthigen, aber blinden und unüberlegten Religionseifer veranlasst wird, oder seinen Grund hat in sehr wohl durchdachten und weit umfassenden, dem Wesen der christlich evangelischen Religion aber durchaus entgegen seyenden, Plänen, die in der Folge zur Berührung kommen werden.

§. 65.

In der äusserlichen Religion, oder in der Beobachtung der als Mittel zur öffentlichen Gottesverehrung bestimmten gottesdienstlichen Handlungen und Gebräuche, — *Sacra externa essentialia* — *) müsste solchemnach das Verderben liegen, über dessen Ueberhandnehmen so bitter geklagt wird. Allein auch dieses kann nicht unbedingt und allgemein zugegeben werden. Mag, besonders in den grösseren Städten und unter den höheren Ständen, eine Vernachlässigung des Besuchs des öffentlichen Gottesdienstes und des Gebrauchs des heiligen Abendmahls wahrgenommen werden, so kommt doch hierbey die, für unseren Zweck nicht unwichtige, und in ihrer Beantwortung keinesweges zweifelfreie, Frage in Betracht: ob sich jene Erscheinung in unseren Tagen mehrfältiger und auffallender zeige, wie in früheren Zeiten? Beantworte man diese Frage wie man will, so bleibt doch immer so viel gewiss, dass die Vernachlässigung der äusserlichen Religion keinesweges allgemein und so auffallend ist, wie man sie darzustellen von einigen Seiten sich bemühet. Um dieses zu beweisen, darf man sich freilich wohl nicht allein beziehen auf das hohe Interesse, womit die dritte Jubelfeier

*) Bey den äusserlichen Religionshandlungen lässt sich, ohne das Vorhandenseyn der inneren Religion des Handelnden, schlechterdings keine wahre Gottesverehrung denken.

des Reformationsfestes allgemein aufgenommen, auf die fromme Andacht, ich möchte sagen: feurige Begeisterung, mit der dieses Fest, in Städten und auf dem Lande, unter Vornehmen und Geringen, von Jung und Alt, würdig begangen worden ist. Das Uebell wollen würde diese gemachte schöne Erfahrung, der durch die Neuheit und Seltenheit des Festes aufgeregten Neugier zum Theil zuzuschreiben bereit seyn. Aber wandere der über den Religionsverfall Klagende durch Stadt und Land und über Berg und Thal, so wird er aller Orten, wo er antrifft, fromme, sittliche, verständige, und das Vertrauen ihrer Gemeinen besitzende Kirchendiener, daneben gute zweckmässige Schulanstalten, zuverlässig auch finden, volle Kirchen und zahlreich besuchte Altäre. Ich lebe in einer Stadt, in der, bey einer Bevölkerung von etwas über 30000 Seelen, in zwölf Kirchen verschiedener Glaubensbekenntnisse der Gottesdienst gefeiert wird, und es ist keine Seltenheit, in einer dieser Kirchen drey bis vier tausend Menschen zur Gottesverehrung versammelt, alle Gänge und die kleinsten unbequemsten Winkel des Gebäudes besetzt, und viele Kirchenbesucher aus dem Grunde zurückgehen zu sehen, weil sie kein Plätzchen für sich mehr finden konnten. Aehnliche Erfahrungen bieten alle grosse Städte dar, und eine genaue Beobachtung des Gegenstandes hat mich auf das vollkommenste davon überzugen, dass auch in den kleineren Städten und auf dem platten Lande die Achtung für äussere Religion hauptsächlich, und ich darf wohl sagen: allein, durch die Eigenschaften und die Art der Amtsführung der Geistlichen bestimmt wird. Verwilderte, zügellose, unsittliche Gemeinen kehrten, nach vielfältig darüber gemachten Erfahrungen, in kurzer Zeit zum religiösen und sittlichen Wandel zurück, wenn ein würdiger Diener der Kirche in ihre Mitte gesetzt ward; dahingegen in an-

deren Fällen, durch die Vertauschung eines solchen Mannes mit einem unwürdigen Religionslehrer, gute, fromme Gemeinen sich sehr bald augenfällig verschlimmerten.

Auch die Klage über den Verfall der äusseren Gottesverehrung ist daher höchst übertrieben, und auf keine Weise allgemein begründet.

§. 66.

Dabey könnte man sich allenfalls beruhigen, und ohne Besorgnisse eines grossen Nachtheils lediglich darauf mit voller Zuversicht rechnen, dass, durch das herrliche Beyspiel ächter innerlicher und äusserlicher Gottesverehrung, welches im Preussischen Staate vom Throne herab gegeben wird, die etwa hier und dort im Schlummer liegende äussere Religion zu einer frischen Regsamkeit erwachen werde, ohne dass es hierzu einer anderen directen Einwirkung bedürfe.

Sinniges, und den von Zeit zu Zeit sich findenden Bedürfnissen angemessenes sorgfältiges Nachhelfen und Bessern ist jedoch bey allen Instituten dieser Welt wohlthätig und nothwendig, auch ohne dass ein gefahrvolles Verderben dem Ganzen drohet. Nur verwechsle man dieses sinnige Nachhelfen und Bessern um des Himmels willen nicht mit einem unsinnigen Niederreißen des stehenden herrlichen Baues unserer christlich evangelischen Kirche, mit der Anmassung, statt dieses freien, das Herz erhebenden Gebäudes, ein geistliches Voigtei- und ein geistiges und Gewissens-Zwanghaus aufzuführen, und uns in dasselbe einzusperren. Das würde der ächten Gottesverehrung nicht förderlich, sondern geradesweges verderblich seyn, und deshalb würden die evangelischen Christen ein solches hierarchisches Unternehmen nie zugeben. Will man bessern, will man nachhelfen, so suche

man, gleich dem vorsichtigen Arzte, zuvörderst die Ursachen und Veranlassungen des Uebels vorurtheilsfrei auf, hebe diese, und das Uebel wird von selbst verschwinden.

§. 67.

Befindet die Religiosität sich nicht ganz auf dem Standpuncte, auf dem sie stehen könnte und sollte, so dürfte der Grund hiervon erstlich und hauptsächlich darin zu finden seyn:

dass der Lehrbegriff der evangelischen Kirche von einer nicht unbedeutenden Zahl von Geistlichen in ihren Lehren und Vorträgen verlassen, umgangen, untergraben, und dadurch manchen Gliedern der Kirchengesellschaft zweifelhaft und gleichgültig gemacht worden ist.

Versteckter, oder lauter und unverhohlener, je nachdem Persönlichkeit und andere Verhältnisse dieses herbeyführen und begünstigen, vernimmt man in manchen Kirchen und Schulen die Lehren: „Unter der Feile der Critic falle ein grosser Theil der Bibel in das Nichts; am Ende betrachtet, sey die Bibel ein Buch, gleich andern Büchern; die Wundergeschichten liessen sich alle ganz natürlich erklären; man lese dort, was Griechische und Römische Dichter viel anmuthiger und geschmackvoller erzählt hätten; der Geschichte des Stifters des Christenthums habe man das dunkle Gewand abgenommen; es sey davon nichts mehr zu gebrauchen, als was die Natur nach ewigen Gesetzen heische, und die aus sich hervorgehende, alles sichtende Vernunft billige; Luthers Begriff vom heiligen Abendmahl, zu welchem die Augsburger Confessions-Verwandten, Inhalts des sehr bestimmt abgefassten, und von der lutherischen Kirchengesellschaft noch nirgend allgemein und öffentlich zu-

rückgenommenen 10ten Artikels der Augsburgischen Confession, sich bekennen, sey ein auf mönchisches, mystisches Vorurtheil gebaueter Begriff, dem kein Theologe mehr anhänge, diejenigen etwa ausgenommen, die in ihren Kenntnissen 50 Jahre zurückgeblieben wären, denn in dem heiligen Abendmahl liege gar nichts Wunderbares und Geheimnissvolles.“*)

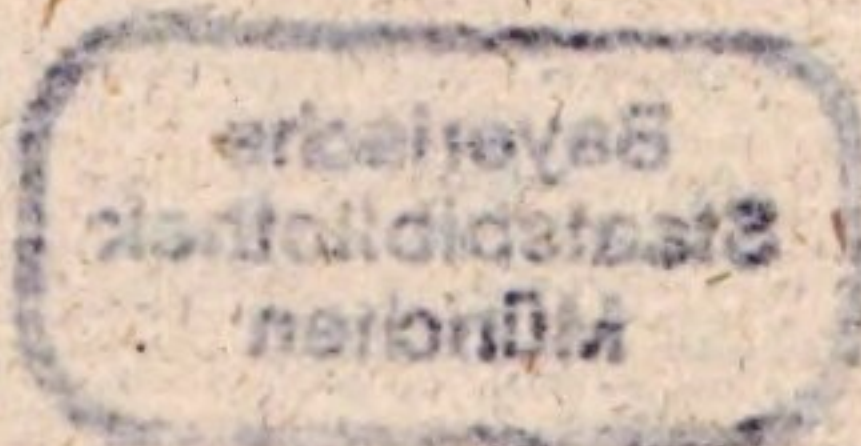
Bis jetzt verstecken sich diese und manche andre ähnliche Lehren gewöhnlich hinter Kirchensprache und Terminologie, von welcher die heilige Schrift selbst nichts weiss; **) allein abgesehen davon, dass hierin eine mit der Religion nicht wohl zu vereinbarende *Reservatio mentalis* liegt, so wird der Nachtheil der Sache dadurch nicht abgewendet, denn die nur einigermaßen Kundigen merken es doch sehr deutlich, dass den Worten der Bibel ein ganz anderer Sinn beygelegt wird, als der ist, den der kirchliche Lehrbegriff damit verbindet.

§. 68.

Aber — so werden Manche erwidern — eben darin bestehet ja das Grosse der Reformation durch Luther, dass durch sie eine völlige Freiheit in Glaubenssachen errungen ist, eben dadurch spricht sich ja der Geist des Protestantismus auf das Kräftigste aus, dass kein Mensch gezwungen werden darf, auf die Worte eines Andern zu schwören, ja Luther selbst und die ersten Reformatoren haben das Recht eines jeden Christen, selbst zu prüfen, durch ihr eigenes

*) Siehe unter Andern, M e i n e k e wohlgemeinter Aufruf an meine evangelischen Mithröder beider Confessionen zur kirchlichen Vereinigung. Quedlinburg und Leipzig, 1818.

**) Niemeyer in der vortrefflichen Schrift: die Universität Halle, nach ihrem Einfluss auf gelehrte und practische Theologie S. 115. Halle und Berlin, 1817.



Beyspiel autorisiret, damit er weiter schreite in seinen Erkenntnissen, und nicht bey dem stehen bleibe, was Andere vor ihm gedacht, geglaubt, bekannt und festgesetzt haben, und nur das für wahr und richtig anzunehmen, was er für wahr und richtig erkannt hat.

Zweifelfrei sind diese Wahrheiten, und kein evangelischer Christ kann sich dieselben rauben lassen, ohne dass er aufhöre, ein evangelischer Christ zu seyn. Allein in der Anwendung müssen sie, nach der Natur der Sache, sehr wesentlichen Bedingnissen unterworfen werden. Jedes einzelne Mitglied der evangelischen Kirche, nachdem dasselbe durch den Religionsunterricht in der Jugend, und durch die Vorträge der Religionslehrer, mit den Wahrheiten der Religion und dem Lehrbegriffe der Kirche bekannt geworden ist, hat unbestrittenermassen die Befugniss, ja selbst die Gewissensverpflichtung, sorgsam zu prüfen, in wie weit jener Lehrbegriff in einzelnen Stücken mit seiner inneren Ueberzeugung übereinstimmt, und in Glaubenssachen dem allein zu folgen, was die von Gott ihm gegebenen Verstandes- und Gemüthskräfte als wahr, und zu seinem Seelenheil dienend, ihn anerkennen lassen. Darin bestehet die Gewissensfreiheit, deren Beeinträchtigung die Menschheit und die Religion schändet. (§. 53.)

Da diese Gewissensfreiheit nicht blos die Freiheit zu denken, sondern auch die zu reden und zu schreiben, in sich fasst, insofern Beides ohne Verunglimpfung und Schmähung der Religion geschieht, so folgt daraus von selbst, dass eine Beschränkung der Vortragsfreiheit der Lehrer der Theologie auf den Universitäten höchst zweckwidrig seyn würde. Eine vom Staate allgemein begünstigte Universitäts-Lehrfreiheit ist allerdings dem Missbrauche ausgesetzt; allein sie bleibt dennoch unentbehrlich, wenn die Bahn des Forschens nicht verzünt werden und wenn

die Wissenschaft gedeihen soll. *) Neben dem Vortrage der Dogmatik, der sich genau dem Lehrbegriffe der Kirche anpasst, verschweigt der Universitätslehrer in der Dogmengeschichte nicht, was die frühere Kirche, was die durch menschliche Concilienschlüsse, oder gar willkührliche Einmischung der Fürsten, für häretisch erklärten Parteien, über einzelne Lehren gedacht haben. Durch das Studium und den Vortrag der Staats- und Kirchengeschichte, der Exegese, der Sittenlehre u. s. w., fördere er unermüdlich und ungestört das Gold aus den Schachten der Wissenschaften. Der Beruf des Gelehrten ist ein anderer, als der des Jugend- und Volkslehrers. Sein Spielraum muss freier bleiben, oder er hört auf, das zu seyn, wozu er berufen ist. Nur werde stets hierbei die Lehrfreiheit von der Lehrweisheit geleitet, und es möge immerdar der Wahrheitsforscher, noch mehr aber der in sich selbst ungewisse Zweifler, die Ueberzeugung Anderer schonen, und sich hüten, in eine wilde Neuerungssucht zu verfallen.

§. 69.

Durchaus verschieden hiervon ist das Verhältniss der Jugendlehrer in Volksschulen und der zu Religions- und Volkslehrern angestellten Geistlichen. Als Mitglieder der Kirchengesellschaft geniessen sie, wie jeder Anderer, die vollkommenste Gewissensfreiheit; aber als Schul- und Religionslehrer dürfen sie in ihren Lehren und Vorträgen weder versteckt noch unumwunden abgehen von dem Lehrbegriffe der Kirche, zu welcher sie gehören, sondern müssen diese Lehrbegriffe rein und unverfälscht vortragen in den Schulen und von den Kanzeln.

*) Niemeyer a. a. O. S. 117.

Also eine doppelte Lehrart! eine öffentliche und eine Privatreligion! — wird man hier und da besorgnissvoll erwidern.

Was ist dabey zu fürchten? Führt sie nothwendig zur Unredlichkeit, zur strafbaren Täuschung? Hat nicht Christus, haben nicht die Apostel, nicht so viele Kirchenväter und alle verständige Kirchenlehrer empfohlen und geübt das weise Haushalten mit Gottes Geheimnissen, die rechte Lehrweisheit, die, wenn sie oft noch viel zu sagen hätte, es zurück hält, weil es Andere nicht tragen können? *)

Auf diese Fragen allein braucht man sich jedoch hier nicht zu beschränken. Die oben aufgestellte Behauptung ist durchaus dem Sinne der Reformation durch Luther angemessen; (§. 24. Nr. 10.) sie wird begründet nicht allein durch die Grundsätze des allgemeinen protestantischen Kirchenrechts, (§. 53 und 54) sondern auch auf das Bestimmteste durch die Landesgesetze des Preussischen Staats; (§. 60. *lit. f.*) **) sie liegt endlich in der Natur der Sache, und ist von dieser unzertrennlich.

§. 70.

Eine Kirche ist eine Gesellschaft von Menschen, vereinigt zu einer gemeinsamen Religion; ihr Band oder Symbolum macht die Vereinigung zu einem bestimmten Religions- und Lehrbegriffe aus, und

*) Niemeyer a. a. O. S. 96. Desselben Briefe an christliche Religionslehrer, 1. Sammlung.

**) In einem der neuesten Gesetze, nemlich in der Dienst-Instruction für die Provinzial-Consistorien vom 23. October 1817, wird §. 2. Nr. 2. den Consistorien beygelegt und zur Pflicht gemacht: die Aufsicht über den Gottesdienst im Allgemeinen, insbesondere in dogmatischer und liturgischer Beziehung, zur Aufrechthaltung desselben in seiner Reinheit und Würde.

wird dieser gemeinsame, bestimmte Begriff verändert oder aufgehoben, so gehet damit auch die Kirche unter. *) Hieraus folgt unwidersprechlich, dass die zum Dienste einer Kirche bestellten Volkslehrer in ihren Lehren und Vorträgen nicht von dem bestimmten Religions- und Lehrbegriffe dieser Kirche abgehen können, ohne dem Wesen und dem Zwecke derselben durchaus entgegen zu handeln.

Deshalb werden, bis auf den heutigen Tag die evangelischen Geistlichen in den Preussischen Staaten, bey der Anstellung zu geistlichen Aemtern, ausdrücklich verpflichtet, nach den symbolischen Büchern und dem Lehrbegriffe der Kirche zu lehren und ihr Amt zu verwalten. Was würde auch die Folge davon seyn, wenn es den Geistlichen zugelassen wäre, mit Beyseitsetzung des Lehrbegriffs der Kirche, zu der sie gehören, bloß nach ihren individuellen Religionsbegriffen, die Jugend zu unterrichten und in den Gemeinden zu lehren?

*) Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten in Deutschland §. 5 u. 6. G. L. Böhmer *Princ. Jur. Canon.* §. 5. Darauf gründet sich die allgemein bekannte Verschiedenheit der Römischen, Griechischen, Evangelischen Kirche. Von den Glaubensbekenntnissen oder den Religions- und Lehrbegriffen der beiden evangelischen Kirchen ist schon oben die Rede gewesen. Die Griechische Kirche hat mit der römisch-catholischen gemeinschaftlich das apostolische Glaubensbekenntniss; — dessen Ursprung von den Aposteln nicht erwiesen werden kann — die Beschlüsse der Kirchenversammlungen zu Nicäa v. J. 325, zu Constantinopel v. J. 381, von Ephesus v. J. 433, von Chalcedon v. J. 451. Diesen fügen sich, bey der römisch-catholischen Kirche, noch die Beschlüsse mehrerer jüngern Kirchenversammlungen, vorzüglich des Tridentinischen Concilii, bey, aus welchen allen ein besonderes Glaubensbekenntniss zusammengesetzt ist, zu dessen Festhaltung sich alle Catechumenen bekennen müssen.

Für die Jugend ginge durchaus verloren die Möglichkeit, sich vollständig und überzeugend zu unterrichten von dem Wesen und dem Werthe des Religions- und Lehrbegriffs der Kirche, in der ihre Vorfahren lebten, zu der ihre Eltern und Angehörigen gehören, und über dessen Annahme sie sich bey der Confirmation erklären sollen. Allein nicht blos die Jugend, sondern auch die Religionsmitglieder jedes Alters, müssten durch jene Lehrfreiheit irre werden in der Religion.

Die unendliche Verschiedenheit der Gefühle, Ansichten, Kenntnisse und Verstandeskräfte, welche, nach Gottes Weisheit, den verschiedenen einzelnen Menschen eigen ist, würde die unvermeidliche Folge haben, dass ein Religionslehrer den Religionsbegriff in seinen Lehren beybehielte, ein anderer denselben zum Theil, und noch ein anderer völlig verwürfe; dass dieser demselben etwas hinzuthäte, und jener in seinen vermeintlichen Forschungen nach Wahrheit so weit ginge, dass er selbst die Lehre und den Glauben, ohne welche wir keine Christen sind, für unhaltbar erklärte.

Aus der Geschichte ist es bekannt, und noch ganz neuerlich, hat es der verdienstvolle Canzler Niemeyer, in seiner, schon oben einigemal angeführten, der letzten Säcularfeier der Reformation gewidmeten Schrift: die Universität Halle nach ihrem Einfluss auf gelehrte und practische Theologie, auf eine sehr anziehende Weise dargelegt, wie höchst verschieden und in den wesentlichsten Stücken von einander abweichend die Ansichten und Meinungen der wohlmeinendsten, gelehrtesten und berühmtesten Theologen seit Luthers Zeiten in der Theologie und über Religionsbegriffe waren. Konnten die Gelehrtesten sich nicht einigen, gingen solche Männer so ganz verschiedene Wege, welche höchst verderbliche Ver-

schiedenheit würde dann unfehlbar eintreten, wenn jeder, und vielleicht nicht selten ein an Geisteskräften und Kenntnissen beschränkter, Geistlicher seiner Gemeinde als Religionsbegriff lehren könnte und dürfte, was seiner Individualität als Wahrheit erscheint!

In den mehrsten Gemeinden, ja vielleicht selbst in einer und derselben Gemeinde, wenn bey derselben mehrere Geistliche angestellt sind, würden die, sowol unter einander, als besonders von dem allgemeinen Religions- und Lehrbegriffe der Kirche abweichendsten Lehren von den Kanzeln und in den Schulen vorgetragen werden. Der Lehrbegriff der Kirche würde in kurzer Zeit verloren gehen, oder wenigstens an vielen Orten zum Spott und zur Verachtung werden, vielfältiges Schisma würde an seine Stelle treten, und das Ganze damit endigen, dass die jetzige christliche evangelische Kirche durch den verderblichsten Indifferentismus zum entschiedensten Naturalismus überginge. Als in früheren Zeiten, durch das Edict vom 9. Jul. 1788, *) diese höchst wichtigen Rücksichten gesetzlich gerüget wurden, da erhoben sich von manchen Seiten laute Klagen über Obscurantismus und Beeinträchtigung der Denk- und Gewissensfreiheit, nach meiner Ueberzeugung aber mit Unrecht. Hätte die Verordnung die individuelle Gewissensfreiheit der einzelnen Glieder der Kirche beschränken wollen, so würde sie dadurch allerdings gegen das Wesen der evangelischen Religion hart angestossen haben. Das war aber nicht der Fall. Sie bezweckte hauptsächlich die Aufrechterhaltung der Lehrbegriffe der evangelischen Kirche, in den Lehren und öffentlichen Vorträgen der Geistlichen, und in dem Stücke ward das Edict durch das mit der grössesten Vorsicht und Weisheit entworfene,

*) *Corp. nov. Constit. Pr. Brandenb.* B. 8. S. 2176 u. f.

vielfach gründlich geprüfte, und von den sachkundigsten Männern beyfällig beurtheilte, Allgemeine Landrecht, Theil 2. Tit. 11. §. 73, bestätigt.

§. 71.

Der redliche Beamtete eines monarchischen Staats versiehet sein Amt treu und gewissenhaft, nach den Verfassungsgrundsätzen der Monarchie, wenn gleich seine Ueberzeugung sich zu einer republikanischen Regierungsform hinneigt. In einem republikanischen Staate verfährt der treue Diener desselben nach den Grundsätzen und Vorschriften der Republik, obgleich er überzeugt ist, dass die Monarchie den Vorzug vor allen anderen Staatsverfassungen verdient; der Richter entscheidet ohne Gewissensscrupel nach den Gesetzen, die er bey seiner Anstellung zu beobachten und anzuwenden gelobet hat, wiewohl er, nach seinen individuellen Rechtsbegriffen, manche dieser Gesetze, als Gesetzgeber, ganz anders, als sie sind, abgefasset haben würde; Sectirer in der Religion wollen wir, wenigstens ohne sorgsame Aufsicht, nicht dulden; und Proselitenmacherei catholischer Geistlichen ist, mit Recht, verboten, und uns verhasst, obgleich manche dieser Geistlichen, nach ihren Religionsbegriffen sie für verdienstlich und pflichtmässig halten. Wie, und unter welchem haltbaren Vorwande, soll es nun den evangelischen Religionslehrern zustehen können, willkührlich in ihren Lehren und Vorträgen abzugehen von dem Religions- und Lehrbegriffe ihrer Kirche, dessen Erhaltung sie bey ihrer Amtsanstellung gelobet haben, wie dürfen sie sich anmassen, ihren Gemeinen, versteckt oder unverhohlen, aufzudringen ihre individuellen Ueberzeugungen von Religions-Wahrheiten oder Zweifeln?

Dass diese Fragen, deren Beantwortung jedem Unbefangenen ganz zweifelfrei seyn wird, zur Sprache

gebracht werden können und müssen, lässt sich nur durch den Umstand erklären, dass, so wie es in älteren Zeiten mit einem nur zu günstigen Erfolge der Fall war, auch manche Geistliche neuerer Zeit den Grundsatz geltend zu machen streben:

die Geistlichkeit mache eigentlich die Kirche aus, und sey wenigstens der Repräsentant derselben.

Dieser höchst gefährliche Grundsatz war der fruchttreibende Keim der durch Luther überwundenen Hierarchie, und noch jetzt beruhet auf demselben die Macht des römischen Papstes. *) Für die evangelische Christenheit ist der Grundsatz aber durchaus irrig, und es kann derselbe nicht laut und kräftig genug bestritten werden, weil er die Grundfeste des Protestantismus zu erschüttern drohet.

Weder einzeln, noch im Ganzen, stellen die evangelischen Geistlichen die Kirche vor, oder sind als Repräsentanten derselben zu betrachten. Sie sind vielmehr lediglich geistliche Mitglieder der Kirchengesellschaft, und, als solche, bey einer Kirchengemeine bestellt und verpflichtet zum Unterrichte in der Religion, zur Besorgung des Gottesdienstes, und zur Verwaltung der Sacramente, nach dem Religions- und Lehrbegriffe der Kirche, zu der sich die Gemeinde bekennt, und welcher das alleinige unverletzliche Eigenthum der Kirchengesellschaft bleibt, so lange derselbe nicht von dieser freiwillig und einmüthig verändert wird. **) Alles, was hierüber hinausgeheth, muss als eine ungehörige, völlig unbegründete Anmassung be-

*) G. L. Böhmer *Princ. Jur. Canon.* §. 12. S. 267.

**) Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts der Protestanten in Deutschland §. 77. 86. 182. G. L. Böhmer *loco cit.* §. 10. Allgemeines Landrecht Th. 2, Tit. 11. §. 58. 59. und 66.

trachtet werden, und führt ohne Zweifel früh oder spät zum Uebel.

§. 72.

Höchst wichtig sind diese Betrachtungen für unser Religionswesen, und in Beziehung auf dieselben, kann, zur Erhaltung und Beförderung der Einheit der Kirche und der Religiosität, kein zweckmässigeres Mittel vorgeschlagen werden, als das:

Man achte darauf und Sorge dafür, dass die Geistlichen und Schullehrer der evangelischen Kirche, in ihren Vorträgen und Lehren, den bestehenden Religions- und Lehrbegriff der Kirche nicht verlassen, umgehen und untergraben, sondern denselben rein und unverfälscht mittheilen, den weltlichen Mitgliedern der Kirchengesellschaft, ohne dass jedoch dadurch die persönliche Gewissensfreiheit des Einzelnen gefährdet werde.

§. 73.

Ein zweiter Grund des etwa hier und da bemerkbar gewordenen Mangels an Religionsachtung (§. 67.) dürfte zu suchen seyn:

in dem äussern Betragen und Verhalten mancher Geistlichen, besonders auf dem Lande, welches nicht immer so eingerichtet ist, um die dem Religionslehrer durchaus erforderliche vertrauensvolle Achtung zu begründen. *)

*) Ich wage dreist diese Behauptung, obgleich dieselbe, freilich sehr inhuman und lieblos, eine heuchlerische Klage der Feinde der Kirche genannt wird, in der neuerlich herausgekommenen Schrift: Wünsche und Vorschläge der ersten Synode den 13. October 1817, vorgetragen von Köhler. S. 10.

Nach der Natur der Sache und nach den gesetzlichen Vorschriften dieserhalb, *) sollen alle Geistliche, bey Verlust ihres Amts, eines ehrbaren und dem Volke unanstössigen Lebenswandels sich vorzüglich befleissigen; sie müssen auch in gleichgültigen Dingen alle Gelegenheit zum Anstosse für die Kirchengemeine sorgfältig vermeiden; durch vorsichtiges und sanftmüthiges Betragen die Liebe und das Vertrauen der Gemeine sich zu erwerben suchen, und auch die Personen, welche zu ihrer Familie gehören, zu einer ordentlichen, stillen und bescheidenen Auführung anhalten.

Höchst erfreulich und beruhigend ist es, dass es viele, recht viele Geistliche giebt, die diesen Erfordernissen vollkommen entsprechen, und dadurch auf die segenreichste Weise die treuesten Freunde, Väter, und Wohlthäter ihrer Gemeinen sind. Allein nicht selten finden sich auch die auffallendsten Fälle des Gegentheils. Zum Beweise dessen, manche dieser Fälle hier aufzuzählen, und namhaft zu machen die Arten und Weisen, auf welche in denselben gegen Sittlichkeit, Schicklichkeit, Ehrbarkeit, Verträglichkeit, Sanftmuth, Vorsicht u. s. w. hart angestossen ward, das würde eben so lieblos und unpassend, als der guten Sache nachtheilig seyn.

Aber es mögen die mit der geistlichen Aufsicht beauftragten Provinzial-Behörden darüber zeugen, ob ihnen Anstösse solcher Art nicht oft vorkommen, ja, ob die Fälle so selten sind, dass selbst die Gemeinen, zur Erhaltung des Sittlichkeitsgefühls und der Achtung der Religion unter sich, auf die Versetzung oder Dienstentsetzung ihrer Pfarrer dringen.

Will man dergleichen Fälle auch nur als Ausnahmen von der Regel betrachten, so werden diesel-

*) Allgemeines Landrecht Th. 2. Tit. 11. §. 67 u. f. §. 319.

ben dadurch in ihren Wirkungen doch nicht weniger verderblich. Der grosse Haufen ist — und zwar mit Recht — daran gewöhnt, die Veranlassungen zur Schwächung oder Vernichtung des öffentlichen Vertrauens und der öffentlichen Achtung da am sorgfältigsten zu beobachten, am leichtesten zu bemerken, und am strengsten zu rügen, wo die bürgerlichen und Amtsverhältnisse Achtung und Vertrauen am meisten erheischen, und da ohne diese ein Geistlicher schlechterdings nichts Gutes wirken kann, so ist es ganz natürlich, dass bey demselben ein Nichtachtung und Misstrauen herbeyführendes Betragen ungleich nachtheiliger und allgemeiner wirkt, als in einem jeden andern Stande. Mit der Achtung des Mannes gehet aber natürlicherweise auch sehr bald die Achtung für die Sache, welcher er dient, verloren, und so kömmt es dann, dass, wenn in einem Superintendenturkreise nur ein unwürdiger Geistlicher sich findet, dieser auf die Länge der Achtung der Religion und des geistlichen Standes, nicht blos in seiner Gemeine, sondern auch über dieselbe hinaus, einen Nachtheil bringt, den alle übrige würdige Geistliche der Diöces nicht gut zu machen im Stande sind.

§. 74.

Billigerweise darf man aber den Geistlichen, die ihrem wichtigen Amte nicht tadellos vorstehen, — mit Ausnahme grober Unsittlichkeit — dieses nicht zu schwer anrechnen; denn mehrentheils liegt der Grund des Uebels in dem isolirten Amtsverhältnisse, in der mangelhaften Aufsicht von Seiten der geistlichen Oberen, und in der schlechten öconomischen Lage, worin sich leider so viele Landgeistliche befinden.

Der auf einer Landpfarre allein stehende Geistliche, vielleicht der einzige einigermaßen wissenschaftlich gebildete Mann am Orte und auf Stundenweite

in der Runde, entfernt von den Hülfsmitteln zu einer fortschreitenden Ausbildung und zu anständigen gesellschaftlichen Erholungen und Erheiterungen, grösstentheils unbeachtet und nicht verflochten in einen engen Kreis der Belebung des Guten durch Beyspiel und Wetteifer von Seiten mehrerer seiner Amtsgenossen: der muss wahrlich ein sehr ausgezeichneter und mit seltener Seelenkraft ausgestatteter Mann seyn, wenn er unter solchen ungünstigen Verhältnissen fortschreitet in seiner Vervollkommnung. Männer solcher Art finden sich aber nicht häufig, und da es eine anerkannte Wahrheit ist, dass, sowohl in der physischen, als in der moralischen Welt, nichts auf einem Flecke stehen bleibt, sondern entweder vorwärts oder zurück schreitet, so wird in der Regel auch der Landgeistliche unter jenen Verhältnissen einbüssen an seinem moralischen und intellectuellen Werthe. Selbst die Aufmerksamkeit des sorgfältigsten und besten Superintendenten wird dieses nicht verhindern können, weil theils zu dem Zwecke einer genügenden Aufsicht die mehrsten Diöcesen viel zu gross sind, und weil es anderntheils den als solchen nicht besoldeten Superintendenten an Geldmitteln fehlt, um, so oft und so genau, wie es nöthig wäre, mit den ihrer Inspection anvertrauten Geistlichen sich in Berührung zu setzen.

Beynahe noch nachtheiliger, wie das Vorstehende, wirkt die schlechte öconomische Lage einer grossen Menge von Landgeistlichen. Schlecht besoldete Pfarrämter findet man, neben andern besser bedachten, mehr und minder überall. Aber es giebt ganze Gegenden, in welchen Pfarren mit einem jährlichen Dienstgenusse von 400 Thalern — die Naturalien an Wohnung, Garten u. s. w. mit eingerechnet — zu den guten, Pfarren von 200 bis 300 Thalern zu den mittelmässigen, und nur die von 80 bis 150 Thalern zu den schlechten gerechnet werden. Von solchen

Einnahmen dem Stande des Geistlichen angemessen zu leben, ist die entscheidendste Unmöglichkeit; kaum sind sie dazu hinreichend, den Hungertod abzuwenden. Und was sind die traurigen Folgen hiervon? Der Bessere sinkt, niedergebeugt von Kummer, Sorgen, und den härtesten Entsagungen, in einen Zustand von hoffnungsloser Niedergeschlagenheit, der ihm Muth und Kraft zum Guten raubt, seine Gesundheit schnell verzehrt, und ihn zu frühzeitig zum Sterbelager geleitet, auf welchem er mit einem ausdruckslosen Jammer Frau und Kinder nicht allein bettelarm, sondern auch ungebildet zu einem anständigen Unterhaltserwerb, um sich stehen sieht.

Der Schlechtere sucht, in einer Art von Verzweiflung, sich gegen sein Unglück zu betäuben. Er nimmt zum übermässigen Genusse geistiger Getränke, zu unanständigen Verbindungen und Zerstreuungen, oder zu den zweideutigsten Mitteln der Verbesserung seiner Lage die Zuflucht, und endiget, nachdem er seiner Gemeinde zum Abscheu geworden, nicht selten mit der Amtsentsetzung.

Beiden mangelt, gleich vom Antritte ihres Amtes an, eins der wichtigsten Hülfsmittel, Achtung und Ansehen in der Gemeinde sich zu verschaffen, denn das Urtheil des ungebildeten grossen Haufens wird nur zu sehr durch äussere Eindrücke bestimmt, und der von Nahrungssorgen niedergebeugte, in ärmlicher Kleidung sich zeigende, oft mit den niedrigsten Arbeiten seines Haushalts aus Noth beschäftigte, und in vielen Stücken seiner Subsistenz von seinen Eingepfarrten abhängende Geistliche wird, auch mit dem regesten Wollen, nur sehr selten es dahin bringen können, in der Beurtheilung des grösseren Theils der Gemeinde das zu seyn, was er seyn muss, um in seinem Amte wahren Nutzen zu schaffen.

§. 75.

Die Mittel, durch welche hier zu helfen ist, können nicht zweifelhaft, seyn.

Vor allen andern Dingen verschaffe man den Geistlichen Diensteynungen, von denen sie, ohne Nahrungssorgen, anständig und ihrem Amte gemäss leben können, und zwar geschehe dieses auf eine Art, durch welche der Wetteifer im Guten befördert, und dem minder Besoldeten die Aussicht eröffnet wird, durch Verdienstlichkeit, mit Dienstalter verbunden, zu Pfarrstellen, die mit grösserer Diensteynung verbunden sind, hinauf zu rücken.

Ohne eine Diensteynung von 400 bis 500 Rthl. jährlich — den Genuss der Naturalien an Wohnung, Garten, Acker u. s. w., nach einer mässigen Veranschlagung eingerechnet — kann, nach den jetzigen Verhältnissen der Dinge, kein Geistlicher auf dem Lande anständig und dem Zwecke seines Amtes gemäss leben; dahingegen dürfte aber ein Dienstgenuss, der über den Betrag von 800 bis 1000 Rthl. jährl. hinausgeht, für unnöthig und den Zweck überschreitend zu achten seyn. Man theile daher die geistlichen Aemter in drey, der Anzahl nach, ungefähr gleiche Classen, und setze, ohne Rücksicht darauf, welchen Patronats die Pfarren sind, den jährlichen Dienstgenuss der ersten Classe auf 400 bis 500 Rthl., der zweiten Classe auf 600 bis 700 Rthl., der dritten Classe auf 800 bis 1000 Rthl. *) fest, mit der Bestimmung, dass Verdienstlichkeit durch treue, nützliche Amtsführung das Fortschreiten von einer Classe zur andern begründe;

*) Es verstehet sich von selbst, dass kein Geistlicher, der einem mit einer höheren Diensteynung versehenen geistlichen Amte vorstehet, für seine Person durch die Einrichtung einbüssen kann, sondern dass derselbe die höhere Einnahme so lange beybehält, als er sich im Besitze der Stelle befindet.

ausserdem bewillige man den Superintendenten, neben den Einnahmen von den Pfarrstellen, welchen sie vorstehen, eine jährliche Remuneration von 100 bis 200 Rthl., um sie dadurch in den Stand zu setzen, die Superintendentur - Geschäfte genügend verwalten zu können.

Es ist hier nicht der Ort, um weitläufig, mit actenmässigen Nachweisungen, Tabellen, Zahlen u. s. w. belegt, darzuthun, wie viel die vorgeschlagene Einrichtung kosten, und woher in jedem einzelnen Falle der Kostenbetrag zu nehmen seyn werde.

Möge vor der Hand die Versicherung genügen, dass der Vorschlag nicht leichtsinnig niedergeschrieben, sondern die Möglichkeit der Ausführung desselben sorgfältig von mehreren Seiten erwogen sey. Mit der Regel: dass jede Gemeinde verbunden sey, für den standesmässigen Unterhalt ihres Pfarrers selbst zu sorgen, wird freylich nicht durchgängig auszureichen seyn; allein, Gemeinden und Patronen werden doch, da, wo sie dazu im Stande sind, das Ihrige zur Erreichung des wohlthätigen Zwecks beytragen müssen.

Nicht weniger wird dem Staate, vermöge des grossen Interesse, welches derselbe bey der Erhaltung der Religion und Religiosität hat, die Pflicht obliegen, zu der standesmässigen Erhaltung der Geistlichen, die im Allgemeinen Landrechte Th. 2. Tit. 11. §. 96. zu den Staatsbeamten gerechnet werden, kräftig beyzutragen, wozu die Einkünfte der aufgehobenen geistlichen Stifter und Klöster, sowohl gesetzlich, als nach der Natur der Sache, die Fonds darbieten. *)

*) Edict vom 30. October 1810 über die Einziehung der geistlichen Güter in der Monarchie. Gesetzsammlung v. d. Jahre, Nr. 4. S. 32. Luther schrieb an den Churfürsten Johann von Sachsen: „Wo eine Stadt oder Dorf ist, die des Ver-

Weder von der einen, noch von der anderen Seite, werden die Hülfsbeyträge so bedeutend zu seyn brauchen, wie man sie sich bey dem ersten Anblick vielleicht denkt, wenn nur bey der Einführung der Einrichtung nicht zu sehr nach allgemeinen Formen verfahren wird, sondern die besonderen Verhältnisse jedes Orts sorgfältig berücksichtigt, und weise benutzt werden.

Auf ähnliche Weise, und vielleicht mehrentheils noch leichter, könnte auch in den Städten geholfen werden, in welchen die Geistlichen noch mit keinem zureichenden Dienst Einkommen versehen sind.

Ist durch die Ausführung dieses Vorschlages der vollkommenste Anspruch auf ein durchgängig vorschriftsmässiges und tadelloses Betragen der Geistlichen begründet, so begränze man die Superintendenturen zweckmässig, damit der Superintendent in den Stand gesetzt werde, die seiner Aufsicht anvertrauten

mögens sind, hat Ew. Churf. Gnaden Macht, sie zu zwingen, dass sie Schulen und Pfarren halten. Wollen sie es nicht zu ihrer Seligkeit thun, so ist Ew. Gnaden da, als oberster Vormund der Jugend und Aller, die es bedürfen, und soll sie mit Gewalt dazu halten, dass sie es thun müssen, gleich, als wie man sie zwingt, dass sie zu Brücken, Steg und Weg oder sonst zufälliger Landesnoth geben und dienen müssen. Was das Land bedarf und Noth ist, da müssen die zugeben und helfen, die des Landes gebrauchen und geniessen. Nun ist kein nöthiger Ding, denn Leute ziehen, die nach uns kommen sollen. Sind die Gemeinden aber des Vermögens nicht, und sonst zu hoch beschwert, so sind da die Klostersgüter, welche vornehmlich dazu gestiftet sind, und noch dazu zu gebrauchen sind. Denn es nicht zu verantworten ist, wo die Schulen und Pfarren niederliegen, und Andere sollten die Klostersgüter zu sich bringen. Weil solche Güter Ew. Churfürstl. Gn. Kammer nichts bessern, und auch nicht dazu gestiftet sind, sollen sie billig zu Kirchen und Schulen am ersten dienen.“

Geistlichen ununterbrochen und ernstlich zu beobachten. Man befördere die Mittel, welche dazu dienen können, wissenschaftliche und sittliche Bildung unter den Pfarrern der Diöces zu erhalten und zu vermehren; man bestimme öftere Zusammenkünfte der Pfarrer mit ihren Superintendenten und unter sich, zum Zwecke der Ideen-Austauschungen, sowohl mündlich als durch schriftliche Aufsätze. Der Superintendent sey eben so streng unparteiisch in seinem Urtheile, als gewissenhaft und sorgfältig in der Beobachtung. Er bezeichne, mit reiner, rücksichtsloser Wahrheit, die guten, mittelmässigen und schlechten Geistlichen seiner Diöces den geistlichen Oberen, damit diese belohnen, aufmuntern, tadeln und verweisen, und wenn Tadel und Verweis fruchtlos versucht sind, mit unerbittlicher Strenge die Entfernung des Unwürdigen vom geistlichen Amte veranlassen.

§. 76.

Eine dritte Veranlassung der Irreligiosität, worüber Einige klagen, liegt unstreitig:

in der grossen Mangelhaftigkeit des Landschulwesens in manchen Theilen des Staats.

Der Preussische Staat besitzt viele berühmte gelehrte Schulen und Gymnasien. Für sie ist viel geschehen, noch mehr für die Universitäten; aber ungleich weniger, und mindestens im Allgemeinen ungenügend, sind verhältnissmässig die sogenannten gemeinen oder niedern Schulen, besonders die Landschulen, bedacht. Es stehet der Grundsatz gesetzlich fest, dass dergleichen Schulen, in Rücksicht auf ihre Unterhaltung, als Communal-Angelegenheit betrachtet, und dass da, wo keine Stiftungen für dieselben vorhanden sind, — welches höchst selten der Fall ist — die Unterhaltung der Schulen und ihrer Lehrer den sämtlichen Hausvätern jedes Orts, ohne Unterschied, ob

sie Kinder haben, oder nicht, obliegt. *) Ist dieser Grundsatz zwar, im Allgemeinen genommen, richtig, so trägt er doch, so wie er da stehet, den Character einer grossen Ungleichheit in der Anwendung, und einer daraus folgenden Benachtheiligung des Schulwesens, an sich. Jede Gemeinde, mag sie gross oder klein, reich oder arm seyn, hat ein gleiches Interesse dabey und einen gleichen Anspruch darauf, mit einer guten Schulanstalt versehen zu seyn. Es ist aber augenfällig, dass eine zahlreiche und wohlhabende Gemeinde mit Beyträgen, die für den einzelnen Contribuenten unbedeutend und nichts weniger wie drückend sind, eine zweckmässige Schulanstalt und einen guten Lehrer wird erhalten können; dahingegen von einer kleinen und armen Gemeinde dieser Zweck auf ähnliche Weise entweder gar nicht, oder doch nur mit dem schwersten Druck für die Beytragenden, zu erreichen ist. Schon diese Betrachtung ergiebt, dass es nothwendig sey, abzugehen von dem Princip der speciellen Verbindlichkeit einzelner Gemeinden zur Unterhaltung ihrer einzelnen Schulanstalten, und dagegen die Beytrags-Verbindlichkeit zur Unterhaltung des Schulwesens mehr zu generalisiren.

Allein, auch in anderer Rücksicht kann das Verhältniss der niederen, und besonders der Landschulen, nicht stehen bleiben auf dem Standpuncte, auf welchem sich dasselbe gegenwärtig befindet. Volksunterricht und Volksbildung müssen jedem Staate hoch wichtig seyn; für den Preussischen Staat liegt in ihnen ein noch ungleich grösseres Gewicht, eine noch viel nothwendigere und kräftigere Stütze, wie für jeden anderen Staat. Volksbildung gehet aber nicht allein aus von Universitäten und gelehrten Schulen, sie steigt nicht unmittelbar von diesen herab zu der

*) Allgemeines Landrecht Th. 2. Tit. 12. §. 29. 34.

grossen Masse der Nation, und wird durch die höheren Lehrinstitute allein eben so wenig genügend erreicht, als es möglich ist, ein dauerhaftes zweckmässiges Gebäude auf dem Wege zu Stande zu bringen, dass man den Bau bey dem Dache und den architectonischen Verzierungen anfängt, und das Fundament darüber vernachlässiget. Hauptsächlich, und man darf sagen: allein, durch die allgemeine Einrichtung guter Volksschulen, kann und muss der grosse Zweck erreicht werden. Wir wollen dankbar erkennen das Gute, was an vielen Orten, vorbereitend und mittelbar durch die Einrichtung von Schullehrer-Seminarien, und unmittelbar durch die Stiftung und Verbesserung einzelner Landschulen, so wie durch eine zweckmässige Anleitung und durch die rühmliche Amtstreue der Schullehrer selbst, geschehen ist; allein das genügt der Sache nicht, und eine allgemeinere Maassregel ist nothwendig. Gut ausgebildete Schullehrer nutzen wenig, wenn sie nur einzeln da stehen, und wenn sie an den Orten ihrer Unterrichtswirksamkeit nicht eine Diensteyinnahme geniessen, die es ihnen möglich macht, ohne Nahrungssorgen ihrem eben so schweren als wohlthätigen Amtsberufe sich ganz zu widmen, und ihre erhaltene Bildung nicht allein zu bewahren, sondern auch in derselben fortzuschreiten. Nun giebt es freilich wohl manche Orte mit gesunden geräumigen Schulgebäuden, und mit Diensteyinnahmen für die Schullehrer von 200, 300, ja wohl 400 Rthl. jährlich, die also den Mann hinreichend und anständig ernähren; allein im Ganzen sind die Landschulen sehr schlecht und ungenügend bedacht. Die mehrsten solcher Schulstellen gewähren kaum das liebe Brod; es finden sich recht viele unter ihnen, mit denen Diensteyinnahmen von nur 12 bis 24 Rthl. jährlich verbunden sind, und mehrentheils werden Stellen von 60 bis 100 Rthl. zu den besseren gerechnet. Die

Schulstube ist an solchen Orten, der Regel nach, ein ungeräumiges, schmutziges Gemach, welches, neben dem Jugendunterrichte, zur Wohnung des Schullehrers und seiner Familie dient, und nicht selten auch die Werkstätte des Mannes oder der Frau abgiebt. Aber, was noch mehr ist, es giebt in einigen Landestheilen mehrere Gemeinen, — nicht etwa einzeln liegende Häuser — die gar keine bleibende Schulen und Schullehrer haben, sondern darauf beschränkt sind, dass sie um Michaelis jeden Jahrs, für 2 bis 4 Rthl., einen Mann, der zur Nothdurft das Gedruckte und Geschriebene lesen kann, miethen, um ihre Jugend bis zu Ostern des folgenden Jahres zu unterrichten, vielleicht auch nur von Zeit zu Zeit abzubläuen. Der Miethling — in einigen Gegenden fliegender Schüler genannt — speiset und wohnt, während der Zeit, bey den Mitgliedern der Gemeinde der Reihe nach herum, und füllt bedungenermassen die Stunden, in welchen die Jugend ihn nicht beschäftigt, mit landwirthschaftlichen Hilfsleistungen aus.

Würde die Zahl der bereits vorhandenen Schullehrer-Seminarien auch verdoppelt, und da, wo dergleichen noch nicht sind, eine Menge derselben geschaffen, so wäre dadurch die Sache noch keinesweges gebessert. Zu Stellen, wie die vorbeschriebenen, würde sich kein ausgebildeter, seinen Beruf liebender, und von der Wichtigkeit desselben durchdrungener Mann finden; und fände er sich, so würde seine Bildung und Brauchbarkeit bald untergehen, unter der Masse von Armuth und Elend, von Verdruss und Kummer, welche sein Dienstverhältniss auf ihn häuft. Nur Schuster, Schneider, Weber u. s. w., die etwas Lesen und Schreiben gelernt haben,*) und neben der

*) Dass der Landschullehrer ein Handwerk oder eine andere Nebenbeschäftigung, die sich mit dem Schulamte verträgt, ver-

Ausübung ihres Handwerks, noch Einiges zu verdienen wünschen, finden in der Regel zur Annahme solcher Stellen sich bereit. Gehet das Handwerk gut, so geschieht das mehrentheils auf Kosten des Schulunterrichts. Gedeihet dasselbe nicht, so verfällt der Mann in die äusserste Armuth und Noth, lässt sich leicht zu Vergehen hinreissen, und wird häufig der Gegenstand des Spottes der Schuljugend und der Verachtung der Gemeine. Wie der Schulunterricht, unter dergleichen Umständen, beschaffen seyn, worauf er sich erstrecken kann, ist leicht zu ermessen. Gedankenloses Memoriren des Catechismus und einiger biblischen Sprüche, ein mangelhaftes Erlernen des Lesens gedruckter Schrift, das Hinziehen einiger geschriebenen Buchstaben, kaum hinreichend zu einer unleserlichen Namensunterzeichnung, das ist alles, womit die Jugend beschäftigt wird, und was sie aus der Schule herausbringt. Von einem verständigen, das Gemüth ergreifenden und veredelnden Religionsunterrichte kann dabey so wenig die Rede seyn, als von dem Unterrichte in anderen Kenntnissen, die dem Landmanne nützlich und nothwendig sind.

§. 77.

Kräftig geholfen muss hier werden, und die Mittel dazu dürften denen, ziemlich ähnlich seyn, die schon oben §. 75, zu einem nahe verwandten Zwecke, vorgeschlagen worden sind. Es werde zuvörderst ernstlich anhaltender Bedacht darauf genommen, an allen Orten, wo noch gar keine Schulen sind, dieselben zweckmässig zu schaffen, und da, wo sich bereits

stehe und übe, ist in manchem Betrachte gut und wünschenswerth; nur sey die Beschäftigung damit nicht die Hauptsache, sondern nur Unterhaltung und Ausfüllung der dem Unterricht nicht gewidmeten Stunden.

Schulen finden, die Locale derselben aber zu beengt, verfallen, unbrauchbar sind, solche besser und genügend einzurichten. Sind die einzelnen Gemeinen im Stande, die hierzu erforderlichen Kosten, entweder ganz oder theilweise, aufzubringen, so werden sie sich, bey einer vernünftigen Sachverhandlung, dazu ungezwungen und gern verstehen; sollte der entgegengesetzte Fall hin und wieder vorkommen, so müssen die Widerspänstigen mit Nachdruck zur Erfüllung ihrer Schuldigkeit angehalten werden. Da, wo es, nach sorgfältiger Untersuchung der Verhältnisse, wirklich an Kraft der Gemeinen mangelt, muss der Staat das Fehlende zuschiessen. Fälle der Art werden nicht so sehr häufig vorkommen; die damit verknüpften Geldausgaben können, besonders auf mehrere Jahre vertheilt, die Staatscassen nicht empfindlich drücken, und zuverlässig werden die in dergleichen Nothfällen geleisteten Hülfen hundertfache, segensreiche Früchte bringen.

Zugleich werde für den genügenden und anständigen Lebensunterhalt der Schullehrer und für die Herbeyschaffung und Unterhaltung guter Unterrichtsmittel gesorgt.

Nach Maassgabe der Grösse der Gemeinen, theile man die Schullehrstellen in drey, in Ansehung der Zahl möglichst gleiche Classen, und bestimme, um den Wetteifer im Guten recht rege zu machen, dass Geschicklichkeit und Amtseifer den Anspruch auf das Hinaufrücken von einer Classe zur andern begründe. Mit Einrechnung der nicht zu hoch anzuschlagenden Naturalien, werde der jährliche Dienstgenuss

der ersten Classe auf 100 bis 150 Thaler

der zweiten Classe auf 160 bis 250 Thaler

der dritten Classe auf 260 bis 350 Thaler

gesetzt. Zur Herbeyschaffung der Mittel hierzu erforsche man vorgängig genau, was jeder Schulstelle

an Naturalien und baaren Einnahmen, ohne Hinzurechnung des Schulgeldes, bereits beygelegt ist. Es wird sich daraus ergeben, ob und was jede Schulstelle, in Absicht auf die Classe, in welche sie zu stehen kömmt, entweder zu viel oder zu wenig an Dienstinkommen hat. Das zu viel darf nur erst bey einer Veränderung der Person des zeitigen Stellinhabers abgesetzt, und dem allgemeinen Schulzwecke des Regierungs-Departements zu Gute gerechnet werden. Das zu wenig muss gleich gedeckt oder erfüllt werden. Nicht durch eine Erhöhung der im Allgemeinen Landrechte gedachten Beyträge der Hausväter in den einzelnen Gemeinen für ihre eigene Schulen, die für manche einzelne Gemeinen, in dem für den beabsichtigten Zweck erforderlichen Maasse, vielleicht unerschwinglich seyn möchte; nicht durch eine Erhöhung des fast allgemeinen gewöhnlichen Schulgeldes, welches den mit Kindern gesegneten Hausvater, der nicht selten der ärmere ist, vorzugsweise, und deshalb ungerecht, drückt; sondern mit gänzlicher Aufhebung dieses Schulgeldes, durch die Einführung einer allgemeinen Schulsteuer.

Jeder selbstständige Einwohner des Staats hat als Vater, als Verwandter, als Haus- oder Dienstherr — kurz, in jedem Verhältnisse des Staatsbürgers, ein hohes, ja man möchte sagen: ein gleiches Interesse dabey, dass aus guten Schulen hervorgehen gute wohlgerathene Kinder und Verwandte, treue, geschickte Dienstboten und Hausgenossen, und überhaupt wohlunterrichtete und moralisch gebildete Staatsbürger. Jedem liegt daher auch zweifelfrei die Pflicht ob, zu der Erreichung dieses wichtigen Zwecks das Seinige beyzutragen.

Der Betrag der in jedem Regierungs-Departement aufzubringenden Schulsteuer bestimmt sich, durch eine Vergleichung desjenigen Kostenbedarfs, welchen die Ein-

führung der Dotation aller vorhandenen und neu einzurichtenden Landschulen des Departements, nach den obengedachten drey Classen, erheischen würde, mit dem Betrage desjenigen, was diesen Schulen, mit Ausnahme des Schulgeldes, an Naturalien und baarer Geldeinnahme bereits beygelegt ist. Dasjenige, was übrig bleibt, wenn man diesen Betrag von jenem ganzen Kostenbedarf abziehet, macht die Summe der in dem Regierungs-Departement aufzubringenden Schulsteuer aus. Die Art der Vertheilung der Steuer, ob sie nemlich als eine simple oder classificirte Personensteuer, als eine gemischte Grund- und Personensteuer, oder auf eine noch andere zweckmässige Weise aufzubringen sey, überlasse man der Wahl der einzelnen Kreise, nachdem der Betrag der von dem ganzen Regierungs-Departements-Schulsteuerquanto auf einen jeden derselben fallenden Steuer, nach dem Maassstabe der Bevölkerung, ausgemittelt ist. Es werde aber die Steuer, mit andern Abgaben an den Staat, durch die landesherrlichen Steuereinnehmer erhoben, jedoch besonders berechnet, und nie, und unter keiner Bedingung, mit anderen Geldeinnahmen vermischt, oder zu anderen Zwecken, nicht einmal als augenblicklicher Vorschuss, benutzt. Jeder Schullehrer erhebe aus der Kreiscasse vierteljährig, gegen seine Empfangsbescheinigung, dasjenige, was ihm aus dem Schulsteuerfonds des Kreises beygelegt ist, um seiner Dienststelle, mit Anrechnung der damit bereits verbundenen Naturalien und stehenden baaren Einnahmen, die Dienstseinnahme zu verschaffen, welche dieselbe, nach der obengedachten Classeneintheilung, haben soll.

Es werde diese Einrichtung die Veranlassung dazu, den Schulen den an manchen Orten noch mangelnden Heizungsbedarf für die Winterzeit, entweder in Natur, oder in Gelde, zu verschaffen, und die

Schullehrer dadurch zu befreien von der nicht selten statt findenden Nothwendigkeit, sich des ihnen verstatteten, unpassenden Einsammelns des Raff- und Le-seholzes zu bedienen. Man benutze ferner die Gelegenheit, um durchgängig abzuschaffen das auf das Zusammenbringen unbestimmter Natural- und Geldgaben gerichtete Umhergehen und Umhersingen der Schullehrer, wodurch diese so mannichfaltig in der Achtung der Gemeinde heruntergesetzt werden. Gewiss werden auf diesem Wege die wesentlichsten Veranlassungen zu entfernen seyn, welche gegenwärtig dazu wirken, die Gemeinen mit den Schullehrern in Uneinigkeit zu bringen, und den Letzteren das Vertrauen und die Achtung zu entziehen, ohne die sie dem Schulamte wohlthuend vorzustehen nicht vermögen.

Ist alles dieses bewirkt, so werde darauf sorgfältig geachtet, dass nur Männer, die von Seiten der Moralität und der zu einem Landschulamte erforderlichen Kenntnisse streng geprüft und bewährt gefunden sind, besonders aber solche, die durch die Schullehrer-Seminarien ihre Bildung erhalten haben, zu Schullehrerstellen gelangen. Man verdoppele die Aufsicht auf die vollständige Pflichterfüllung, auf die Moralität, auf die Erhaltung und Vervollkommnung der Bildung der Angestellten, und verfare dabey mit eben so viel Gerechtigkeit und Strenge, als mit menschenfreundlicher Aufmunterung, durch liebevolle Zurechtweisung, durch Lob und durch Belohnung des Verdienstes.

Auf diesem Wege, der auch, mit einigen Modificationen, auf die Elementarschulen mancher Städte anwendbar seyn dürfte, wird das Landschulwesen zuverlässig zu dem Verhältnisse erhoben werden, in welchem dasselbe stehen muss, wenn aus demselben allgemein hervorgehen sollen religiöse, sittliche, wohlunterrichtete und von Liebe für den König und das Vaterland beseelte Staatsbürger.

Der Religiosität, und vorzüglich der Uebung der äusserlichen Religion, ist endlich viertens die mangelhafte Beobachtung der wegen der Feier der Sonn- und Festtage ergangenen landesherrlichen Verordnungen — der sogenannten Sabbatsordnungen — nachtheilig. So wenig es heilbringend seyn kann, und so wenig Jemand das Recht hat, seinen Mitbürger durch Zwang zur Uebung der äusserlichen Religion anzuhalten, indem diese, ohne die nie zu erzwingende innere Religion, ein Unding und ein sündliches Werk der Verstellung und Heuchelei ist; so sehr ist dennoch der Staat berechtigt und verpflichtet, alles dasjenige im Aeusseren zu entfernen, was der Kirchengesellschaft zu einem gegründeten Anstosse gereichen und einzelnen Mitgliedern derselben die Religionsübung erschweren oder gar verhindern kann. Beides geschieht, wenn an den Abenden vor den Sonn- und Festtagen grosse Schmausereien und Tanzgesellschaften statt finden, die tief in die Nacht hinein, ja vielleicht bis zum andern Morgen, dauern, und dadurch nicht allein die Theilnehmer an denselben, sondern auch die dabey beschäftigte Dienerschaft, unfähig machen, den Gottesdienst zu besuchen, dem sie ohne dieses Hinderniss beygewohnt haben würden; wenn öffentliche Arbeit oder geräuschvolle Berufsbeschäftigung in den Häusern an Sonn- und Festtagen getrieben wird; wenn während des öffentlichen Gottesdienstes öffentlicher Verkehr in Laden und Buden statt findet; wenn während des Gottesdienstes, oder zwischen demselben, Musik, Tanz, Spiel, Trinkgelage oder sonstige Lustbarkeiten zugelassen werden; wenn öffentliche Behörden und Beamtete in der Betreibung ihrer Amtsgeschäfte keinen Unterschied zwischen den dem Gottesdienste und der Berufsarbeit gewidmeten Tagen machen; wenn Domainenbeamte, Gutsbesitzer, Fabri-

kanten u. s. w. ihre Dienstboten und Tagelöhner zu den gewöhnlichen Arbeiten der Werkstage, ohne besondere Nothfälle, die etwa in der Erndte vorkommen können, gebrauchen; wenn Handwerker und Tagelöhner an Sonn- und Festtagen ihre Ablohnung erhalten; wenn man Jagden an solchen Tagen anstellt, und Hüfsleister zu denselben entbietet; wenn öffentliche Aufzüge der Gewerke, Schützengilden oder anderer Gesellschaften, während der Zeit des Gottesdienstes zugelassen werden, und dergleichen mehr. Dass aus einer strengen Sabbatsfeier das Daseyn einer vorzüglichen Religiosität folge, lässt sich freilich nicht behaupten, weil man sonst England als das religiöseste Land betrachten müsste; allein Niemand wird es verkennen, dass die vorgedachten Missbräuche der Religiosität sehr hinderlich sind. Man stelle dieselben daher ab durch eine policeiliche strenge Ausübung der vorhandenen Sabbatsordnungen, und durch eine Verschärfung derselben, insofern unzulängliche Vorschriften solche erforderlich machen sollten. Vorzüglich werde hierbey aber darauf geachtet, dass das Gesetz nicht blos die geringeren Volksklassen treffe, sondern die Anwendung desselben, rücksichtslos und ohne alles Ansehen der Person, bey jedem Staatsbürger eintrete.

§. 79.

Dass zu einer folgenreichen Erfüllung der in den §§. 72, 75 und 77 enthaltenen Vorschläge die Geistlichen mitwirken können und mitwirken müssen, insofern es auf die gewissenhafte und zweckmässige Ausführung der zu machenden Einrichtungen ankommt, wird Niemand bezweifeln. In diesem Betrachte ist eine genauere Verbindung der Geistlichkeit, abzwirkend auf die Beförderung ihres Amtseifers, ihrer Amtstüchtigkeit und ihrer Amtsnützlichkeit, gewiss sehr

wünschenswerth, und wahrscheinlich wird die Erreichung dieses Zwecks bey dem jetzt vorsehenden Versuche beabsichtigt, eine Synodal-Verfassung in den Preussischen Staaten allgemein einzuführen. Synoden, nur von der Geistlichkeit gebildet und besucht, waren jedoch die nächste Veranlassung zur Hierarchie; (§. 5.) statt die reine Religion zu befördern, drangen sie der Welt mehrentheils unlautere menschliche Lehrsätze auf; schufen Verketzerungen, Kirchencensuren, Excommunicationen, Interdicte, und beförderten redliche Andersdenkende zum Scheiterhaufen. Die bewährtesten Schriftsteller neuerer Zeiten sind daher der Meinung, dass Generalsynoden für den Protestantismus und die evangelische Kirchenverfassung höchst gefährlich wären, *) und schon der unvergessliche Luther schrieb:

Kirchenversammlungen und ihre Sprüche führen zu Zwang, der nicht seyn muss in diesen Dingen, denn der Zwang in äusseren Dingen führt bald zu Zwang der Gewissen und der Seelen. (§. 24.)

Für jeden evangelischen Christen ist es solchemnach von der grössten Wichtigkeit, sich genau zu unterrichten über den Umfang des Zwecks der beabsichtigten Synoden und über die Art ihrer Zusammensetzung.

§. 80.

Der von dem Königlichen Ministerio des Inneren den Provinzial-Consistorien, zur Vertheilung unter die Geistlichkeit, zugefertigte gedruckte

Entwurf der Synodal-Ordnung für den Kirchenverein beider evangelischen Confessionen im Preussischen Staate,

**) Schnaubert Grundsätze des Kirchenrechts §. 114. *Nota a.*
G. L. Böhmer *Princ. Jur. Canon.* §. 209. und mehrere andre.

welcher zum Leitfaden bey den angeordneten Beratungen über die neue Einrichtung dienen soll, giebt den Zweck der Synoden nur sehr allgemein folgendermassen an:

Die Synoden — so wird gesagt — wären zunächst dazu angeordnet, dass durch dieselben die Kirche, nach ihren verschiedenen Abtheilungen, als ein Ganzes sich darstelle und erweise, als Eine Gemeinde des Herrn, in der alles fest zusammen hängt, und sich, mittelst ihrer Lehrer und Seelsorger, mit sich selbst über ihre wichtigsten Angelegenheiten, unter der Aufsicht und Leitung der geistlichen Staatsbehörden, berathe.

Es würden ferner die Synoden den Geistlichen Gelegenheit geben, ihren Brudersinn zu nähren, das Einsseyn im Glauben und in der Liebe, worauf sie bey Anderen hinwirken sollen, zuerst bey sich selbst zu befördern, sich für ihr hohes Amt zu begeistern, und sich gegenseitig, so wie dem, der sie gerufen hat, unverbrüchliche Treue in der Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

Obgleich endlich die wissenschaftliche Fortbildung der Geistlichen nicht zu den Zwecken des Synodaleswesens gehöre, so könne sie doch damit, auf mehr als eine Weise, in Verbindung treten, und hoffe man, dass die Synoden nähere Verbindungen unter den Geistlichen auch für diese hochwichtige Angelegenheit veranlassen würden.

In Ansehung der Synodal-Organisation, sind in dem vorgedachten Entwurfe, die folgenden Abtheilungen des grossen kirchlichen Vereins angegeben:

1. die Orts-Gemeine;
2. der kirchliche Kreis, oder die Kreis-Gemeine;
3. die kirchliche Provinz, oder die Provinzial-Gemeine.

Jede Orts-Gemeine hat ein Presbyterium, bestehend aus dem Prediger des Orts, welcher den Vorsitz im Presbyterium führen soll, aus dem Patron der Kirche, als dem angesehensten Gemeine-Mitgliede, aus einigen Aeltesten, Armenpflegern, und einem oder zweien Rendanten, welche das Erstemal von allen stimmfähigen Mitgliedern der Gemeine auf 4 Jahre in dem Maasse gewählt werden, dass alle 2 Jahre die Hälfte der Gewählten abgeht. Die folgenden Wahlen sollen allein von den abgehenden und bleibenden Mitgliedern des Presbyteriums vorgenommen werden. Das Presbyterium versammelt sich in der Regel jeden Monat Einmal.

Das Nähere über die innere Organisation der Gemeine, die Verhältnisse und Pflichten des Presbyteriums, wird der zu erwartende Entwurf der Kirchenordnung enthalten.

Die Gemeinen, welche einen gemeinschaftlichen Superintendenten haben, sollen die Kreis-Gemeine oder Kreis-Synode bilden, und diese soll bestehen aus den sämtlichen Predigern des Kreises, unter der Leitung und dem Voritze des Superintendenten, der theils als Organ des Kreis-Presbyteriums, theils als Organ der höheren Behörde betrachtet wird. Es versammelt sich das Kreis-Presbyterium jährlich Einmal zur Zeit der längsten Tage.

Die Gemeinen, welche einen gemeinschaftlichen General-Superintendenten haben, bilden eine Provinzial-Gemeine, eine kirchliche Provinz. Das Presbyterium einer solchen Provinzial-Gemeine, oder die Provinzial-Synode, bestehet aus sämtlichen Superintendenten der Provinz, unter dem Voritze des General-Superintendenten, und versammelt sich alle 2 oder 3 Jahre.

Die Kreis- und Provinzial-Synoden sollen dahin streben, ihre Vereinigung als solche immer fester und

wirksamer zu machen, und eine jede in ihrer Einheit sich immer kräftiger darzustellen.

Was endlich die gleichfalls beabsichtigte Landes-Gemeine und General-Synode betrifft, so sind die näheren Eröffnungen darüber noch vorbehalten.

Uebrigens werden die Provinzial-Consistorien beyhalten, und sind vorzüglich dazu bestimmt, in rein-geitlicher und wissenschaftlicher Hinsicht die allgemeine Leitung des evangelischen Kirchenwesens und Schulangelegenheiten in der Provinz zu besorgen; zugleich haben sie die Verwaltung derjenigen Gegenstände des Cultus und öffentlichen Unterrichts in der Provinz, welche ihnen durch die neueste Dienstinstruction ausdrücklich übertragen sind. *)

Die Acten der Kreis-Synoden gehen an die Provinzial-Synode, und mit den Acten dieser, an das Provinzial-Consistorium, welches dieselben an das Ministerium der geistlichen und Schulangelegenheiten befördert.

Das sind, im Allgemeinen genommen und kurz zusammen gefasst, die Grundzüge des Entwurfs einer Synodal-Ordnung, welcher den, vorläufig nur zur Berathung darüber constituirten, Kreis-Synoden mitgetheilet ist, um ihre Meinungen in der Sache zu vernehmen. Die Resultate dieser Berathungen werden dem Consistorio eingereicht, damit solche durch dieses an die Provinzial-Synode, und nach erfolgter Berathung dieser, die Resultate wiederum durch das Consistorium an das Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten gelangen, und von dem letzteren der General-Synode vorgelegt werden.

*) Dienstinstruction für die Provinzial-Consistorien vom 23. Oct. 1817, in der Gesetzsammlung von d. J. Seite 237.

Ob diese, unsere bisherige kirchliche Verfassung in manchen Stücken wesentlich verändernde, Einrichtung auf die vorgezeichnete Weise zu Stande kommen kann und wird; ob dieselbe, wenn sie zu Stande käme, den von ihr erwarteten Nutzen gewähren, oder in vielem Betrachte nachtheilig wirken mögte? das sind sehr zweifelhafte Fragen, deren Beantwortung wir nur von der Erfahrung und Zukunft erwarten können. *)

§. 81.

Mit den in dem vorgedachten Entwurfe einer Synodalordnung ausgedrückten Zwecken und angedeuteten Einrichtungen sind jedoch viele, der über den Verfall des Religionswesens laut klagenden Geistlichen durchaus nicht befriediget. Unter dem Vorwande einer, durch diesen vorgeblichen Verfall, dringend nothwendig gewordenen Wiedergeburt und Reinigung der Kirche — wie sie sich ausdrücken — wollen sie um sich greifen in einem so unbegrenzten Maasse, dass darüber nicht geschwiegen werden kann und darf. Nicht allein mehrere von Geistlichen herrührende Druckschriften, **) sondern auch die Resultate der

*) Darüber, was etwa zu erwarten sey, äussert sich, sehr freimüthig und wahr, der Verfasser einer unter dem Titel: „Schreiben eines Landgeistlichen an einen Staatsrath über Synoden und Synodal-Verfassung. Berlin, bey Enslin. 1817.“ herausgekommenen sehr lesenswerthen Schrift S. 26 u. f.

**) Reinhard System der christlichen Moral Band 3. §. 346 u. f. Spiess Versuch einer protestantischen Kirchenordnung nach den Bedürfnissen unserer Zeit. Grundlinien einer künftigen Verfassung der protestantischen Kirche im preussischen Staate, von Küster, Neumann und Tiebel. Berlin 1815. Wünsche und Vorschläge der ersten Synode, den 13. Oct. 1817, vorgetragen von Kühler; auch einige Gedanken über die

Berathungen verschiedener von den neuerlich abgehaltenen Kreis-Synoden, sprechen sich sehr deutlich über den Gegenstand aus, und lassen über den beabsichtigten Zweck keinen Zweifel übrig.

Je nachdem die Verfasser jener Schriften, und die Berathenden auf diesen Synoden unverhohlener oder zurückhaltender über ihre Absichten, zuversichtlicher oder zweifelhafter wegen des Erfolges waren, haben sie sich mehr oder minder vollständig und systematisch über Zweck und Mittel zu demselben ausgelassen. Vollkommen zusammenhängend und systematisch entwickelt findet sich die der christlich evangelischen Kirche zugedachte Grundveränderung in der zu Berlin herausgekommenen Druckschrift, unter dem Titel:

Grundlinien einer künftigen Verfassung der protestantischen Kirche im preussischen Staate.

Es erscheint diese Schrift um desto merkwürdiger und bedenklicher, da dieselbe nicht etwa von einem ums Geld schreibenden Winkelschriftsteller, sondern von dreyen Superintendenten in der Provinz Brandenburg herrührt, welche, wie sie in der Vorrede sagen, ihr Werk nicht allein der geistlichen und Schul-Deputation der Regierung zu Potsdam, auf Verlangen, übergeben, sondern auch der am 8. und 9. Jun. 1814 zu Berlin statt gefundenen Versammlung von zwey und zwanzig Superintendenten der Churmark vorgelegt haben.

Eine möglichst kurze Darstellung der darin enthaltenen Grundsätze und Vorschläge, mit steter Hin-

Wiederherstellung der protestantischen Kirche, von Kirchhof, Leipzig, 1817; und mehrere andere neuere Schriften der Art.

weisung auf die Zahl der Seite der Schrift, wo dieselben zu finden sind, wird am angemessensten zu einer richtigen Würdigung des Ganzen leiten.

§. 82.

Als eine unbestrittene Wahrheit wird es zuvörderst in der gedachten Druckschrift angenommen, dass das religiöse Leben nicht nur in vielen einzelnen Gemüthern erstorben sey, sondern auch unter ganzen Völkern immer mehr erkanke, und sich in Tod aufzulösen drohe. S. 2. Nirgends finde man das grosse, herrliche Gebäude der Kirche, diesen Vorhof des Himmels, sondern blos verfallene Mauern und umherliegende Trümmer, die an ihre ehemalige Herrlichkeit erinnerten; sie selbst sey niedergerissen, und wenn ihre Diener davon schwiegen, so würden die Steine schreien. S. 11.

Dieser verderbliche Verfall liege einzig und allein darin, dass die Kirche dem Staate so untergeordnet worden wäre, dass ihre Verwaltung nichts weiter als ein Zweig der allgemeinen Staatsverwaltung sey. S. 1.

Unabhängigkeit von der Staatsgewalt sey die nothwendige Bedingung des blühenden Lebens, der belebenden Kraft, des durchgreifenden Einflusses der Kirche, und alles das habe die Staatsgewalt verschlungen. S. 3. 11.

Solle die Kirche gerettet werden von einem gänzlichen Untergange, so könne das nur geschehen durch die Einführung einer freien kirchlichen Synodalverfassung, vermöge welcher die Kirche in ihrer ganzen Verfassung, von der allgemeinen Staatsgewalt getrennt und abgelöset, frei und selbstständig, so da stehe, dass alle kirchliche Angelegenheit und das ganze Kirchenregiment, sowohl in Beziehung auf das Innere, als auf das Aeussere, nur allein von Geistlichen, und insofern dazu auch Weltliche etwa nö-

thig wären, unter der Leitung der Geistlichen besorget werde, denn nur allein Geistliche wären hierzu im Stande. S. 16 und 19. *) Da nicht alle Geistliche einen gleichen Antheil am Kirchenregimente haben könnten, so müsse der allgemeine Verein sämtlicher Geistlichen sich in gewisse Kammern oder Abstufungen theilen, und deren wären am zweckmässigsten vier, nemlich:

- I. die Vorstände der einzelnen Gemeinen, oder Presbyterien;
- II. die Kreis-Synoden;
- III. die Provinzial-Synoden, und
- IV. die Ober-Synode. S. 23 u. 24.

Sehr bemerkenswerth hierbey ist folgende wörtlich ausgehobene Stelle der vorgedachten Druckschrift:

„Ehe zum grossen Werke geschritten wird, müssen
 „sich die reformirten und lutherischen
 „Kirchen vereinigen. Diese Vereinigung ist
 „jetzt leicht, denn Alles, was sonst die unselige
 „Spaltung zwischen den beiden Schwestern hervor-
 „brachte, hat längst aufgehört. Ist sie erfolgt, ha-
 „ben einsichtsvolle Theologen beider Con-
 „fessionen den Weg dazu gebahnt, so nennen
 „wir uns dann: die evangelische Kirche, und ge-
 „ben ihr gemeinschaftlich folgende Einrichtung.“ S. 93.

*) Ueber die gänzliche Ausschliessung der Nichtgeistlichen oder Laien von Allem, was auf das Kirchenwesen Beziehung hat, hat sich auch neuerlich abermals der Superintendent Doctor Schuderoff zu Ronneburg auf seine bekannte — energische Weise erklärt, in seiner, als Gabe zum Reformations-Jubelfeste, herausgegebenen, höchst auffallenden Schrift: die Juristen in der protestantischen Kirche. Zeitz, 1817. — Wozu dergleichen Verunglimpfungen, wie sie bey- nahe auf jeder Seite dieser Schrift vorkommen? Sie können nur zu bitteren Erwidernngen und zu Streitigkeiten führen, die unserer Religion ganz fremd seyn sollten.

§. 83.

I. Das Presbyterium soll bestehen aus sämtlichen Predigern an einer Kirche, mit einer verhältnissmässigen Anzahl von Gemeinemitgliedern, deren Zahl jedoch nie über sieben hinausgehen darf. In den Städten werden die weltlichen Mitglieder für das erste Mal von den Predigern gewählt. Scheidet ein Vorsteher aus, so wird dessen Stelle durch die Wahl des ganzen Presbyterii ersetzt.

Auf dem Lande gehöret auch der Gutsbesitzer oder dessen Stellvertreter, und der Beamte, wenn Beide im Orte wohnen, ohne weitere Wahl zu dem Kirchenvorstande, und diese wählen, gemeinschaftlich mit dem Pfarrer, noch den Schulzen, oder ein anderes rechtschaffenes und frommes Mitglied der Gemeinde dazu. Ist in dem Orte kein Gutsbesitzer oder Beamte, so wählt der Pfarrer, mit Genehmigung des Propstes, zwey Gemeiniglieder, welche mit ihm den Vorstand bilden. S. 49.

Alle Patronatrechte hören auf, und die Pfarrer werden durch Pfarrer in dem Maasse gewählt, dass die Provinzial-Synode der Kreis-Synode, in deren Bezirk eine Pfarrvacanz eintritt, drey Candidaten zur Auswahl eines derselben präsentiret. S. 33. 115.

Die Geschäfte der Presbyterien sollen folgende seyn:

1. Besorgung im Allgemeinen aller Angelegenheiten der Kirche, besonders des Vermögens derselben, der Rechnungsführung darüber, und der Bauangelegenheiten;
2. Aufsicht über die Schule und auf die religiöse Bildung der Jugend;
3. Wenn neue Mitglieder zur Gemeinde kommen, welches auf dem Lande durch den Wechsel der Dienstboten häufig geschieht, so soll das Presbyterium darauf sehen, dass sie die nöthige Bescheinigung

beybringen, ob sie sich an ihrem Wohnorte gehörig zur Kirche gehalten und einen frommen Wandel geführt haben, worauf denn die Eintragung in die Kirchenliste geschieht; S. 53.

4. Vornehmlich soll aber das Presbyterium eine genaue disciplinarische Aufsicht führen über die sämtlichen Mitglieder der Gemeinde. Eine Herrschaft über die Gewissen dürfe sich dasselbe zwar nicht anmassen, aber es müsse darauf sehen, dass jedes Mitglied der Gemeinde einen den Grundsätzen der Kirche entsprechenden Wandel führe, an dem Gottesdienste Theil nehme, sich des heiligen Abendmahls bediene und die Seinigen zu dem Allen anhalte. Wenn ein Mitglied hiergegen sündige, und sich einem unmoralischen Wandel überlasse, so müsse der Pfarrer, in Verbindung mit einem anderen Mitgliede des Presbyterium, den Verirrten ermahnen, und ihn durch Güte zur Besinnung zurück zu führen suchen. Sey dieses zweimal vergeblich geschehen, so werde das unwürdige Mitglied der Gemeinde zu einer nochmaligen Zurechtweisung vor das versammelte Presbyterium gefordert. Der Geforderte sey verpflichtet zu erscheinen, wenn er nicht *in contumaciam* verurtheilt seyn wolle. Bleibe auch dieses Mittel fruchtlos, so gelange die Sache an die Kreis-Synode, welche, nach vernommener Verantwortung des Beschuldigten, und wenn dieser bey seinem unkirchlichen Wandel beharre, die Provinzial-Synode auffordere, die Ausschliessung aus der Kirchengemeinschaft zu verhängen.

Erfolge die Ausschliessung, so werde das Urtheil in öffentlicher Kirche, unter feierlichen, von der Provinzial-Synode bestimmten Umständen, publiciret, und die Wirkungen davon wären folgende:

- a. der Geächtete — das ist der gebrauchte Ausdruck — könne, bevor der Bann nicht wieder eben so feierlich aufgehoben worden, zwar in die Kirche kommen, und an dem Gottesdienste Theil nehmen, aber er werde nicht zum heiligen Abendmahle zugelassen;
- b. Er könne kein Ehrenamt in der Kirche und auch nicht in der Gemeinde verwalten;
- c. Er dürfe als Taufzeuge keiner Taufe beywohnen, und
- d. keine Vormundschaft führen;
- e. Er könne keinen Eid leisten, und alle Gerichte müssten verpflichtet werden, von Jedem, der einen Eid leisten solle, ein Zeugniss seines Kirchenvorstandes zu fordern, dass er ein rechtschaffenes und frommes Mitglied der Gemeinde sey;
- f. Dem Geächteten müsse das Recht, ein Testament zu machen, entzogen werden, weil ein Testament als ein Pium betrachtet werde, und derjenige, welcher kein Pius sey, kein Pium anordnen könne;
- g. Wolle ein Geächteter sich verheirathen, so könne dies der Pfarrer zwar nicht hindern, aber er müsse dem andern Theile ernstlich vorstellen, wie gefährlich es sey, sich mit einem offenbaren Gegner der Kirche in eine so wichtige Verbindung, als die eheliche, einzulassen;
- h. Wer als ein G e ä c h t e t e r sterbe, werde zwar auf dem allgemeinen Kirchhof, und wenn seine Familie einen eigenthümlichen Platz darauf besitze, auf diesem, aber ohne alle religiöse Feierlichkeiten, Glockengläute u. s. w., ganz in der Stille begraben.

Erfolge die Besserung auf eine solche Art, dass man sie nicht für Heuchelei, sondern für eine wahre Umkehrung halten könne, wozu aber wenigstens der Zeitraum von einem Jahre erfordert werde, so

frage das Presbyterium bey der Kreis-Synode, und diese, nach vorhergegangener Prüfung, bey der Provinzial-Synode, auf die Aufhebung des Bannspruchs an, und diese erfolge dann wieder eben so feierlich in der versammelten Gemeinde. S. 55 bis 59.

§. 84.

II. Die Kreis-Synoden bestehen aus dem Propst — *Praepositus*, so sollen unsere jetzigen Superintendenten künftig heissen — und den sämtlichen zu einer Superintendentur vereinigten Pfarrern. Die jetzigen Superintendenten werden als gewählt betrachtet, und als Pröpste beybehalten. Gehet einer derselben aber ab, so wählen die Synodalen drei Candidaten, welche sie der Provinzial-Synode präsentieren. Findet diese dieselben tüchtig, und erhält sie dazu die Genehmigung der Ober-Synode, so wird die Kreis-Synode autorisirt, aus den drey Subjecten den Propst zu wählen. Das Wahlprotocoll gelanget durch die Provinzial-Synode an die Ober-Synode, welche bey dem Landesherrn die Bestätigung der Wahl nachsucht. S. 38 u. f.

Was den Geschäfts-Kreis der Kreis-Synoden betrifft, so ist derselbe, ausser der Beförderung litterarischer Zwecke unter der Geistlichkeit, folgendermassen angegeben:

1. Sie besetzen alle Kirchenämter ohne Ausnahme in ihrem Kreise; sie sind
2. die erste Instanz für alle Presbyterien, und diese bringen ihre wichtigen Angelegenheiten an die Kreis-Synoden, die dann weiter, wo es nöthig ist, mit den Provinzial-Synoden in Unterhandlung treten;
3. Sie führen eine strenge disciplinarische Aufsicht über sämtliche Pfarrer, Kirchenbeamte und Schullehrer ihres Kreises. S. 60 bis 62. Es stehen

4. sämtliche in dem Kreise wohnende Candidaten unter der Aufsicht der Kreis-Synoden;
5. letztere halten darauf, dass der Sonntag überall geehret werde, und besorgen
6. die Angelegenheiten ihrer Wittwencasse. Bey diesem allen verfahren sie in der Form eines öffentlich constituirten Collegiums.

§. 85.

Consistorien sind, nach den Ansichten dieser Kirchenverbesserer, ganz unzulässig; an ihre Stelle treten

III. die Provinzial-Synoden, welche aus einem Präsidenten, einer verhältnissmässigen Anzahl von Räthen, sämtlich aus der Geistlichkeit genommen, und dem nöthigen Unterpersonal, bestehen sollen. Als Anhängsel sind ihnen, zur Bearbeitung der vorkommenden Rechtsangelegenheiten, auch noch zwey weltliche Arbeiter zugebracht, welche die Synodalen aus den Räthen des Provinzial-Justiz-Collegiums wählen. Diese weltlichen Räte bearbeiten zwar alle Sachen, wobey es auf eigentliche Rechtswissenschaft ankommt, auf ihre eigene Verantwortlichkeit, haben aber in allen übrigen Angelegenheiten keine Stimme; auch hat der Präsident das Recht, eine Sache, die ihm von den weltlichen Räthen nicht gehörig bearbeitet zu seyn scheint, an das Provinzial-Justiz-Collegium zur Entscheidung gelangen zu lassen. Der Präsident der Provinzial-Synode führet den Titel: Bischof, und hat den Rang eines Ober-Präsidenten; die übrigen Mitglieder heissen Synodalräthe. Sowohl diese als jener werden von den sämtlichen Pröpsten der Provinz gewählt, nachdem ihnen mehrere Subjecte dazu von der Provinzial-Synode vorgeschlagen worden sind. Die geschehene Wahl wird der Ober-Synode angezeigt, und diese berichtet darüber an den Landesherrn, dem die Bestätigung vorbehalten ist. S. 26 bis 28. 40 bis 44.

Der Bischof bekleidet neben seiner Würde kein Pfarramt, doch muss er jährlich wenigstens viermal predigen. S. 43.

Unter der Aufsicht und Leitung der Provinzial-Synoden stehet das ganze Kirchen- und Schulwesen einer Provinz, und sie sollen solchemnach alle allgemeine Einrichtungen treffen, wodurch der höchste Endzweck der Religion befördert und erreicht werden kann. Daher giebt man ihnen die Bestimmung:

1. zu wachen über die Erhaltung der Reinheit des Glaubens, und über die Handhabung der Kirchenzucht und Liturgie; sie besorgen
2. alle kirchliche Angelegenheiten; suchen
3. die Geistlichen, in Rücksicht auf deren religiösen Sinn, Talente, Wandel und Amtstreue, so genau wie möglich zu beobachten und kennen zu lernen; sie ordnen
4. Haupt-Kirchenvisitationen an, und censiren
5. alle in der Provinz erscheinende theologische Schriften, von der einzelnen Predigt an, bis zu den grösseren Werken hinauf. Den Provinzial-Synoden soll ferner
6. beygeleget seyn, die Aufsicht über die Candidaten, welche sie auch, nach einer ihnen allein überlassen bleibenden Anordnung, prüfen. Endlich stehen
7. sämtliche Schulen unter der Aufsicht und Leitung der Provinzial-Synoden. S. 71 bis 77.

§. 86.

Ein Ober-Consistorium, oder das Königliche Ministerium der geistlichen und öffentlichen Unterrichts-Angelegenheiten, sollen nicht ferner seyn. An deren Stelle soll treten

IV. die Ober- oder Reichs-Synode, als der Centralpunkt der Kirche, und die höchste geistliche

Behörde im ganzen Staate. Ihr wird daher der Sitz in der Hauptstadt des Landes angewiesen, und sie soll bestehen: aus dem Präsidenten, einer hinreichenden Anzahl von Räthen, und dem nöthigen Unterpersonal. Jener sowohl als diese können aus keinem andern Stande genommen werden, als aus dem der Lehrer, (Geistlichen) diesen — wie es in der Druckschrift heisst — uralten und immerbleibenden Repräsentanten der Kirche. Die Räte heissen: Ober-Synodalräthe, und der Präsident: Oberbischof. Es giebt also nur Einen im ganzen Lande, und dieser, mit der höchsten geistlichen Würde bekleidet, ist die Mittelsperson zwischen der Kirche und dem Landesherrn. *) Dem Staate wird es überlassen, ob und was für besondern Schmuck er dem Oberbischöfe und den Synodalräthen, zur Bezeichnung ihrer höheren Würden, geben wolle. S. 29.

Die Ober-Synodalräthe werden auf dieselbe Art gewählt, wie die Synodalräthe, (§. 85.) nur dass in Ansehung ihrer der Ober-Synode das Präsentationsrecht zustehet, und die Provinzial-Synoden das Wahlrecht haben. S. 48.

Ist die Stelle des Oberbischöfs erlediget, so übernimmt der in der Hauptstadt als Vorsteher der Provinzial-Synode sich befindende Bischof den einstweiligen Vorsitz in der Ober-Synode, und leitet auch das Wahlgeschäft. Er zeigt allen Provinzial-Synoden die eingetretene Nothwendigkeit einer neuen Wahl an,

*) In der Schrift: Wünsche und Vorschläge der ersten Synode, den 13. October 1817, vorgetragen von Köhler, wird über diesen Gegenstand S. 37 gesagt: „An der Spitze stehe der Oberbischof des preussischen Staats, mit dem Range eines Ministers, damit er mit dem Könige selbst conferiren könne, wie die Häupter der übrigen Verwaltungszweige. Er repräsentire im Staatsrathe die Kirche.“

schlägt mehrere Wahlsubjecte vor, und fordert die Synoden auf, wenn sie es für gut finden, den vorgeschlagenen noch andere Namen beyzufügen. Sind bey der Ober-Synode sämtliche Erklärungen der Provinzial-Synoden eingegangen, so sendet Erstere das vollständige Verzeichniss der auf der Wahlliste stehenden Personen an die Provinzial-Synoden, mit dem Ersuchen, dass jeder Bischof und Rath drey ernenne, die nun in den engeren Wahlausschuss kommen sollen. Die drey, welche die mehrsten Stimmen haben, sind, wenn der Landesherr sie genehmiget hat, die Candidaten zu der oberbischöflichen Würde, und da diese drey nun als gleich würdig betrachtet werden können, so wird die fernere Wahl nicht Menschen, sondern Gott überlassen. Nach einem gehaltenen feierlichen Gottesdienste, bey welchem die Namen der drey Candidaten in einem Kelch auf dem, von der gesamten Geistlichkeit umringten, Altar liegen, tritt der Bischof hin zu diesem Kelch, hebt ihn in die Höhe, schüttelt vor den Augen des Volks die Namenszettel einigemal durch einander, zieht einen herans, und ruft den, welchen Gott bestimmt hat, sogleich als Oberbischof des Landes aus. Der Landesherr soll geruhen, ohne weiteres die Bestallung zu vollziehen. Der Oberbischof bekleidet niemals ein Pfarramt, aber er übernimmt gleichwohl die Verpflichtung, in jedem Jahre einigemal zu predigen, weil ein Bischof sich dem Volke salbungsvoll mittheilen müsse. S. 45 bis 48.

Uebrigens tragen sowohl der Oberbischof als sämtliche Geistliche, zum Abzeichen, ein weisses, dem Rock auf der linken Seite der Brust aufgenähetes, längliches Kreuz, von etwa zwey Zoll Länge, und in der Breite eines kleinen Fingers, und dürfen ohne dasselbe, unter keinerley Umständen, sich ausser dem Hause zeigen. S. 67.

Ueber den Geschäftskreis der Ober-Synode wird — vielleicht aus guten Gründen — in der in Frage seyenden Druckschrift nur Folgendes gesagt:

„Dieser — der Geschäftskreis — bedarf keiner genauen Abgränzung, denn die Ober-Synode ist für die Landeskirche, was die Provinzial-Synoden für die Provinzial-Kirchen sind. Sie verfügt, wie jede andere oberste Landesbehörde, und der Oberbischof hat dieselbe Amtsautorität, als die übrigen höchsten Staatsbeamten, welche an der Spitze irgend eines Zweigs der allgemeinen Staatsverwaltung stehen.“ S. 78.

Ein Theil desjenigen, worauf durch die Ober-Synode hingewirkt werden soll, lässt sich jedoch, mehr als muthmasslich, aus einer anderen Stelle der Druckschrift abnehmen, die wörtlich folgendermassen lautet:

„Ueber die inneren Angelegenheiten der Kirche, über die Verwaltung der heiligen Handlungen, über die Taufe, das Abendmahl, die Einsegnung der Ehen, die Begräbniss-Ceremonien, habe ich mit Fleiss nichts gesagt; — denn das Alles muss den Synoden vorbehalten bleiben, so wie auch die Bestimmung über eine dem Geiste des Evangeliums, und der durch dasselbe erleuchteten Zeit angemessene neue Confession, welche als das geistige Fundament der Kirche zu betrachten ist. Erst muss nemlich der Leib da seyn, den der Geist beseelen soll, und das ist die Form, in welcher sich die Kirche bewegt; dann ist es nothwendig, dieser Form einen würdigen, heiligen, ächt christlichen Sinn einzuhauchen.“*) S. 114 und 115.

*) Es ist also so weit mit einigen Geistlichen gekommen, dass sie sich nicht scheuen, öffentlich anzudeuten, unsere gegen-

Schliesslich ist hier noch der Antrag zu bemerken, dass alle Geistlichen nach ihren verschiedenen Classen, vom Superintendenten bis zum Oberbischof, ihrer Würde und ihren Arbeiten gemäss besoldet werden, und die Kosten dazu von allen Bekennern des Protestantismus im Staate, nach Maassgabe ihres Vermögens, *) durch eine Kirchensteuer getragen werden sollen, welche die Staatsbeamten erheben und an die Bischöfe zur Vertheilung abliefern. S. 110.

§. 87.

Das sind, getreu dargestellt, die Umrisse der kirchlichen Verfassung, welche die geistlichen Kirchenverbesserer uns zugedacht haben. Man siehet, dass dabey auf Alles, vom Kleinsten bis zum Grössten; vom weissen Kreuze auf dem Rocke des Landgeistlichen, bis zu den Orden, welche die Brust des Bischofs und Oberbischofs zieren; vom Rang und Titel, bis zu der Vermögenssteuer, wodurch die Besoldungen der Synodalen, der Bischöfe und des Oberbischofs herbeygeschafft werden sollen; von der Kirchenzensur in der kleinsten Gemeinde, bis zum allgemeinen Kirchenregimente und bis zu der neuen Confession, welche man der ganzen evangelischen Kirchengesellschaft aufdringen will, mit der grössten Sorgfalt Bedacht genommen ist.

wärtige Confession habe einen unwürdigen, unheiligen, nicht ächt christlichen Geist. Ob unsere Landesgesetze ein solches Verfahren dulden, darüber sehe man: Allgemeines Landrecht Th. 2. Tit. 20 §. 214.

*) *Ne sutor ultra crepidam!* Die Herrn Besteurer wissen wohl nicht, dass eine Vermögenssteuer zu den schwierigsten, verhasstesten, und, in manchem Betrachte, zu den gefährlichsten Steuern gehöret. Um recht consequent zu bleiben, hätte die Wiedereinführung einer allgemeinen Zehntabgabe für die Geistlichkeit vorgeschlagen werden sollen.

Wer unbefangen urtheilt, und mit der Geschichte dem protestantischen Kirchenrechte und unseren kirchlichen Verhältnissen einigermaßen bekannt ist, wird in dem Ganzen unverkennbar finden die auffallendste Verwechselung und Vermischung der richtigen Begriffe von Religion mit Priesterthum; von Kirchendienst mit Kirchenregiment; von Erhaltung reiner Lehre auf den Canzeln und in den Schulen, mit Glaubens- und Gewissenszwang; von Beförderung ächter Religiosität durch Lehre und Beyspiel, mit Erzwingung einer äusseren Sittlichkeit und des äusserlichen Gottesdienstes durch Kirchencensuren. Er wird ferner finden eine unvorsichtige Nichtbeachtung unseres Zeitalters und Zeitgeistes; eine Entstellung der Geschichte, und eine gänzliche Vernachlässigung dessen, was sie uns lehrt; das härteste Anstossen, nicht bloß gegen das protestantische Kirchenrecht, sondern selbst gegen den Hauptgrundsatz des Protestantismus und der Reformation durch Luther. Er wird sich endlich davon überzeugen, dass das Ganze nichts Geringeres ist, als ein neuer Versuch, das uralte Streben der Geistlichkeit wieder zur Wirklichkeit und Ausführung zu bringen, welches dahin gerichtet war, das Priesterthum, unter der ganz fälschlich gebrauchten Benennung: Kirche, von dem Staate und dessen Verwaltung möglichst zu trennen; die Geistlichkeit, so viel es sich thun lassen wollte, zu isoliren, aus derselben einen Staat im Staate zu bilden, und sie der Staatsgewalt gegen über zu stellen; überhaupt, den staatsbürgerlichen Werth der Geistlichkeit auf alle Weise zu erhöhen, und derselben ein, von allem andern geschiedenes, rein geistliches Interesse, gepaart mit einer eben so allein dastehenden rein geistlichen Macht, zu geben. *)

*) Wer sich von der Richtigkeit dieser Urtheile vollkommen überzeugen will, der lese die sehr bemerkenswerthe Schrift:

Könnten diese Zwecke erreicht werden, so würde und müsste daraus hervorgehen eine noch ausgedehntere bischöfliche Hierarchie, als diejenige war, welche, wie im §. 5. dargestellt ist, sich hauptsächlich im dritten Jahrhundert unter dem Kaiser Constantin dem Grossen ausbildete, und in der Folge zur päpstlichen Hierarchie überging.

Auch einige Gedanken über die Wiederherstellung der protestantischen Kirche, von Kirchhof, Dr. der Theologie &c. Leipzig, bey Reim. 1817. Der Verfasser derselben verlangt

- 1) geradezu einen protestantischen Papst, welcher in völliger Unabhängigkeit vom weltlichen Regenten, das geistliche Regiment in höchster Instanz führe;
- 2) die Ehelosigkeit der Geistlichen, damit sie, frei von allen irdischen Banden, ganz ihren, auf ein höheres Leben gerichteten Beruf erfüllen mögen;
- 3) Einführung der Ohrenbeichte, als einziges Mittel, die inneren Gesinnungen der Gemeiniglieder zu erforschen;
- 4) Ausdehnung der den geistlichen Gerichten zu verleihenden Kirchenzucht, zur Verhängung der Kirchenbusse und Excommunication, mit welcher z. B. bey Staatsdienern Verlust ihres Amtes verbunden seyn soll!!

Der Verfasser will zwar, seinem Vorgeben nach, keine *Auto da Fé* einführen, jedoch eine nach seiner Ansicht zweckmässige Inquisition; allenfalls wären verstockte Sünder einzukerkern, und durch gesalzene Speisen ohne Trank zu einem Vorschmack der Höllenstrafen zu bringen; alles im Namen des Vaters der Liebe, und mit höchster Milde!!! —

Es ist wahrlich recht schwer zu glauben, dass dergleichen Frevel gegen die Religion der Liebe und der Duldung und gegen das innere Wesen des so schwer und theuer errungenen Protestantismus, im Jahre 1817 ins Publikum gebracht werden konnten, und zwar durch einen protestantischen Doctor der Theologie.

Die Bischöfe des zweiten und dritten Jahrhunderts gründeten, wie oben gezeigt ward, ihre usurpirte hierarchische Gewalt auf den Grundsatz: dass sie die Kirche ausmachten, oder dass sie wenigstens die von Gott berufenen Repräsentanten derselben wären.

Dasselbe wollen jetzt im neunzehnten Jahrhundert unsere Kirchenverbesserer thun, denn ohne Scheu nennen sie sich:

die uralten und immerbleibenden Repräsentanten der Kirche; (§. 86.)

obgleich Jedermann, der nur einigermaßen mit der Geschichte und den Religionsverhältnissen bekannt ist, vollkommen weiss, wie es dieser Anmassung durchaus an aller Wahrheit und an jedem Grunde mangelt. Wäre der Grundsatz der Repräsentation der Kirche nur erst ohne lauten Widerspruch aufgestellt, und so nach und nach gangbar gemacht, so würde dadurch allerdings gar viel, ja vielleicht, bey einem zu weit ausgedehnten Vertrauen des Staats, Alles für die Sache einer bischöflichen Hierarchie gewonnen seyn. Das fühlen unsere modernen Hierarchen sehr wohl; allein gerade um deswillen kann dasjenige, was schon oben §. 71., bey einer anderen Gelegenheit, gesaget ward, nicht oft und kräftig genug wiederholet werden, nemlich:

dass unsere evangelischen Geistlichen, weder einzeln noch im Ganzen, die evangelische Kirche vorstellen, oder als Repräsentanten derselben betrachtet werden können; sondern dass sie lediglich geistliche Mitglieder der Kirchengesellschaft, und als solche, bey einer Kirchengemeine bestellt und verpflichtet sind, zum Unterrichte in der Religion, zur Besorgung des Gottesdienstes, und zur Ver-

waltung der Sacramente, nach dem Religions- und Lehrbegriffe, zu der sich die Gemeinde bekennt.

Die Behauptung des Gegentheils wird durch die dafür ganz irriger- und fälschlicherweise angeführten Stellen der heil. Schrift nicht begründet; (§. 1. 2. u. 5.) sie streitet gegen die ersten Grundsätze der Reformation und des Protestantismus; (§. 24. No. 8.) sie stehet im offenbarsten Widerspruche mit den Grundsätzen des allgemeinen protestantischen Kirchenrechts (§. 52. 56. 57.) und mit den deutlichsten Bestimmungen unseres vaterländischen Kirchenrechts; (§. 71.) *) sie war endlich und wird stets bleiben der Grundpfeiler jeder verderblichen Hierarchie, und das Priesterthum wird, wenn man ihm den Grundsatz der Repräsentation der Kirchengesellschaft zugestehet, damit alles unterjochen können, wie denn z. B. die neuen Kirchenverbesserer sich nicht damit begnügen wollen, der Kirchengesellschaft jedes kirchliche Gesellschaftsrecht zu rauben, und dieselbe der völligen Herrschaft der Geistlichkeit zu unterwerfen; sondern sie auch unverhohlen die Absicht haben, von allen landesherrlichen Hoheitsrechten in Ansehung der Religion (*Fus circa sacra*) §. 51. und von der Kirchengewalt (*Fus sacrorum*) §. 52., dem Landesherrn nichts weiter übrig zu lassen, als einen Schatten der Oberaufsicht in Kirchensachen (*Inspectio secularis in Ecclesiam*) und der Schutz- und Schirmgerechtigkeit (*Advocatia ecclesiastica* §. 51. No. 2. u. 3.) So weit ging nicht einmal die Hierarchie des 3ten Jahrhunderts, denn Constantin der Grosse, und eine geraume Zeit auch seine Nachfolger in der Regierung, erhielten sich gegen die anmassungsvolle damalige bischöfliche Hierar-

*) Allgemeines Landrecht Th. 2. Tit. 11. §. 58. 59. 66.

chie die bedeutendsten landesherrlichen Rechte, welche erst später von der verderblichen Gewalt des Priesterthums grösstentheils verschlungen wurden.

§. 88.

Die hohe Wichtigkeit der Sache wird es rechtfertigen, dass der vorstehenden allgemeinen Beurtheilung noch einige besondere Bemerkungen über die hauptsächlichsten Vorschläge der neuen Kirchenreformatoren hinzugefüget werden. Was man überhaupt von den von einigen Seiten so überlaut erhobenen Klagen über das Verderbniss der Kirche in ihrem Inneren, oder über den Verfall der Religiosität zu halten habe, davon ist schon oben §. 63. bis 65. die Rede gewesen. Allein auf solche Klagen beschränkt man sich nicht blos, um die Nothwendigkeit der Einführung des im §. 82. u. f. dargestellten Kirchenverbesserungs-Systems zu deduciren. Man klagt vielmehr den Staat des verderblichen Verfalls der Kirche an, weil derselbe die Kirchenverwaltung zu einem Zweige der allgemeinen Staatsverwaltung gemacht habe. Man will daher Unabhängigkeit der Kirche — sollte heissen: des Priesterthums — von der Staatsgewalt; eine Trennung und Ablösung des Priesterthums in seinem ganzen Umfange von der Staatsgewalt, und zwar in dem Maasse, dass solches in allen kirchlichen Angelegenheiten frei und selbstständig dastehe, und, mit gänzlicher Ausschlössung einer weltlichen Miteinwirkung, das ganze Kirchenregiment in Händen habe. (§. 82.) Von dem allen weiss die ursprüngliche, reine Christus-Religion nicht das Mindeste. Nie hat Christus zur Ausbreitung und Beförderung seiner göttlichen Lehre, oder zum Schutze für dieselbe, irgend eine Macht oder Gewalt verlangt oder verliehen. Auch in den ersten Jahrhunderten der christlichen Kirche blieb dieser Priestergewalt und priesterliches Kirchenregiment völ-

lig fremd, denn die Verfassung der Kirche war rein republikanisch. (§. 1. und 2.) Erst später, als die Bischöfe sich nach und nach zu Repräsentanten der Kirche aufwarfen, und, höchst ungerechterweise, den weltlichen Mitgliedern der Kirchengesellschaft ihre Collegiatrechte raubten, änderte sich die Gestalt der Dinge; das Priesterthum masste sich eine eigene, für sich bestehende Gewalt an, stellte sich der Staatsgewalt gegenüber; und es ging daraus das Papstthum mit allen seinen Missbräuchen und heillosen Folgen hervor. Als Luther diese Hierarchie zerstörte, und von ihr nur das übrig liess, was nothwendig fort-dauern musste, wenn das Kirchenwesen nicht in Unordnung gerathen sollte, leistete er gewiss etwas sehr Grosses und Wohlthätiges. Er vernichtete nemlich Priesterstolz und Priesterherrschaft, und gab der Religion, die er vom Priesterthum in das Kirchenthum zurückführte, Organe der reinsten und erhabensten Lehre. Nach seinem Scharfblick, und nach seinem reinen Sinn für das Beste der Religion, wollte er nur eine Macht im Staate; und damit diese Alles durchdringen, damit die geistliche Autorität nicht in einen Einzelnen auslaufen, und die schwer errungene Reformation wieder untergraben möge, wurden die Consistorien geschaffen, — Collegia zusammengesetzt aus geistlichen und weltlichen Räthen, und einen weltlichen Präsidenten an ihrer Spitze.

Dass dieses wirklich Luthers Sinn und Absicht war, bezeugen vollkommen seine, schon oben (§. 24.) angeführten, eigenen Worte, deren Wiederholung hier wohl ganz an der rechten Stelle seyn dürfte:

„Ein Kirchenregiment — schreibt der grosse Mann — „ist ein solch Regiment, da man allein das Wort „hat, und damit also regieret, dass man keine „Gewalt braucht, noch einige Macht oder „Hoheit vor Andern sucht. Die nun in Kir-

„chenämtern sind, und das Predigtamt haben, die
 „haben das Wort allein dazu, dass sie Anderen
 „damit dienen; und nicht dazu, dass sie da-
 „durch sich zu Herren machen sollen.“

„Wahr ist es, die Welt hält es für eine Uniform,
 „dass alle, so in Kirchenämtern sind, sollen gleich
 „seyn, und Einer so viel Befehl, Macht und Gewalt
 „haben, als der Andere.“

„Aber hier haben wir einen ausgedruckten Befehl
 „unsers lieben Herrn Jesus, der will, dass es in
 „seinem Reich, welches ein geistliches Reich ist,
 „anders zugehen soll, denn im weltlichen Reich;
 „auf dass Jedermann lerne, wie im Reiche Christi
 „nicht menschliche Gewalt oder grosses
 „Ansehen, sondern allein das Wort Gottes, das
 „da bestehet, im Glauben und Liebe, gelten und
 „regieren soll. Um der verschiedenen Aemter und
 „Gaben willen soll Niemand sich weltliche Gewalt
 „zumessen, noch weltlicher Weise regieren wollen.“

„Alle miteinander sind gebunden an das Evange-
 „lium, dass sie bey demselben bleiben sollen, und
 „heissen darum: evangelische Prediger. Sol-
 „ches ist die rechte Ordnung, die in der Kirche
 „gehen und bleiben soll.“

„Wo man davon weicht, da folget am nächsten,
 „dass man wird gedenken, wie man Andere drücken
 „und sich noch höher könne hinaufsetzen. So ist's
 „denn um das Wort und die reine Lehre geschehen,
 „und der Weg gen Rom bereitet.“

So wenig solchemnach das Kirchenregiment, wel-
 ches die jetzt auftretenden Kirchenreformatoren sich
 gern anmassen mögten, mit den Lehren Christi und
 den Grundsätzen, worauf die Reformation durch Lu-
 ther beruhet, vereinbarlich ist, eben so wenig lässt
 dasselbe sich auch mit dem Wesen der Gesellschaft
 oder des Staatsvereins in Einklang bringen. Die Noth-

wendigkeit der sogenannten bürgerlichen Gesetzgebung und ihrer Unterstützung durch eine besondere Gewalt, stehet zweifelfrei da. Es enthält diese Gesetzgebung, im Allgemeinen genommen, die Bedingungen, unter welchen die Gesellschaft fortdauern soll; und nichts ist daher billiger, als dass ihre Forderungen nöthigenfalls erzwungen werden können.

Hieraus folgt, dass der Raum, welchen sie unausgefüllt lässt, die bürgerliche Freiheit bildet. Die Geistlichkeit darf aber nicht Urheberin und Vollzieherin einer zweiten, von der bürgerlichen verschiedenen, Gesetzgebung werden, und diese durch die Macht unterstützen, weil sie dadurch mit der Zerstörung der bürgerlichen Freiheit den Anfang machen würde, welches nicht geschehen kann, ohne die Gesellschaft mehr oder weniger zu Grunde zu richten. Ein Beruf der Geistlichkeit ist es, zu verhindern, dass der Freiheitssinn eine gegengesellschaftliche Richtung nehme; aber gerade hierin liegt ihre Beschränkung auf Unterricht und Lehre ausgesprochen; denn sobald sie über diese Gränze hinausgehet, wird sie zwingend, und wie könnte sie dieses werden, ohne in das Gebiet der bürgerlichen Gesetzgebung und Gewalt verderbend einzugreifen, ohne der bürgerlichen Freiheit Fesseln anzulegen, und dieselbe zu vernichten? Können Kirche und Staat in der Wirklichkeit nicht von einander getrennt werden, weil die Gesellschaft eine einige bleibt, so muss man Beide auch in der Idee nicht trennen wollen. In Hinsicht auf die Lehre können wir uns nicht dagegen verblenden, dass sie alle Gewalt ausschliesst; denn gerade dadurch ist sie Lehre, nicht Gesetz. Das Gesetz befiehlt, und muss Unterwerfung finden; die Lehre überredet, und überlässt das Handeln dem freien Entschluss. Sehr passend hat man das Christenthum das Gesetz der Liebe genannt; aber eben deswegen

darf es nicht zur Grundlage einer Macht oder Gewalt gemissbraucht werden, denn wo würde alsdann die Liebe bleiben! *)

Gegründet auf alles dieses, wird jeder ächte Anhänger der evangelischen Religion durchdrungen seyn von der Wahrheit und hohen Wichtigkeit des neuerlichen Ausspruchs eines unserer competentesten Urtheiler in kirchlichen Angelegenheiten:

„So bleibe nur alles weltliche Regiment
„in Sachen des Glaubens von der frei gewordenen evangelischen Kirche fern.
„Aber eben so fern bleibe auch alle geistliche Herrschaft. Kein Oberhirte, kein Kirchenfürst! Alles Primat in der Kirche ist vom Uebel. **)

§. 89.

Unsere jetzigen Kirchenverbesserer wollen ferner, dass die Mitglieder der Presbyterien von den Pfarrern erkohren, und die Pfarrer selbst, so wie alle Geistliche, allein durch die Geistlichkeit aus deren Mitte erwählt werden sollen. (§. 83.) Nur bey den projectirten höheren geistlichen Aemtern und Würden soll dem Landesherrn das Bestätigungsrecht nachgelassen seyn. Hierüber viel Worte zu verlieren, würde ganz unnütz seyn, denn wer kann es verkennen, dass durch die Ausführung dieses Antrages der obersten Staatsgewalt und den Kirchengesellschaften die wesentlichsten und nothwendigsten Rechte geraubt werden, und dass daraus unabwendlich hervorgehen würden, die nachthei-

*) Schreiben eines Landgeistlichen über Synoden und Synodalverfassung. Berlin, 1817. S. 6 u. f.

**) Die Universität Halle, nach ihrem Einfluss auf gelehrte und practische Theologie, von Niemeyer. Halle und Berlin. 1817. S. 116.

ligste, vollkommenste Trennung der Geistlichkeit von den staatsbürgerlichen Verhältnissen, — ein wahrer Levitenstamm; — geistlicher Nepotismus, oder ein durchgreifendes Vetter- und Basen-Regiment; Kriecherei und Heuchelei auf Seiten der Stellsuchenden, Parteilichkeit, Arroganz und Unterdrückung auf Seiten der Stellvergebenden; kurz — ein fester Schlussstein des, den wahren Geist der Religion verschlingenden, hierarchischen Systems. Dafür wolle uns Gott und die Weisheit unseres Königs bewahren!

§. 90.

Gründlicher und ausführlicher ist die disciplinarische Aufsicht und Gewalt zu beleuchten, welche die neueren Reformatoren der Geistlichkeit beygelegt wissen wollen. (§. 83. No. 4.) Insofern diese Disciplin einen bedeutenden Theil des Kirchenregiments ausmacht, sind die Gründe gegen dieselbe schon in demjenigen mitbegriffen, was oben §. 88. über die Verwerflichkeit des Kirchenregiments, welches durch die Geistlichkeit geführt wird, im Allgemeinen gesagt worden ist. Es kommen aber hierbey noch einige besondere, nicht unwichtige Gegenstände in Betrachtung. Eine weitläufige Entwicklung der, Gottlob, veralteten und beynahe vergessenen Lehren, von geistlichen Vergehungen, als da waren: Ketze-
rey, Gotteslästerung, Zauberey, Sacrilegium, Vergehungen gegen die Eheordnungen u. s. w.; von der vormaligen geistlichen Gerichtsharkeit, und von den geistlichen Strafen überhaupt, gehöret nicht zu dem vorliegenden Zwecke. Nur von der Kirchendisziplin, oder, nach dem Sprachgebrauche einiger Staatsrechtslehrer, von dem Kirchenpolicey-Rechte, ist hier die Rede. Es gründet sich diese Disciplin auf die Befugniss und Obliegenheit der obersten Staatsgewalt, vermöge der über die

Kirche, deren Lehrer und Mitglieder zu führenden Obergewalt, alle Uebel aus solcher möglichst zu entfernen, welche die der kirchlichen Gesellschaft nöthige Ordnung aufheben und stören, oder dem Zwecke derselben, der religiösen und sittlichen Vervollkommenung in gemeinschaftlicher Gottesverehrung, Hindernisse in den Weg legen. (§. 52.) Hiernach erstreckt sie sich

Erstlich, auf eine zweckmässige Amtsführung der Geistlichen und Lehrer; auf das gute Einverständniss derselben mit der Gemeinde und ihren Vorgesetzten; auf einen ihrem Amte angemessenen tadellosen Lebenswandel u. s. w.; und

zweitens, auf das religiöse und sittliche Betragen der Gemeinen.

Beide Arten von Disciplin sollen gänzlich und allein in die Hände der Geistlichkeit gelegt werden.

Dass der Staat, weder zweckmässig noch mit Sicherheit, die Beachtung der Amtsverwaltung und des sittlichen Lebenswandels der Geistlichen, mit Ausschliessung jeder weltlichen Autorität, der Geistlichkeit selbst anvertrauen könne, scheint völlig zweifel-frei zu seyn, und es ist dasjenige, was in dem Stücke zu beachten seyn dürfte, bereits oben (§. 75.) vorgekommen. Es kommt daher hier nur darauf an, ob in Ansehung der Kirchendisziplin in den Gemeinen, ein anderes Verhältniss eintreten zu lassen, nützlich, nothwendig und zulässig seyn mögte? Hiervon kann ich mich aber auf keine Weise überzeugen.

Allerdings fand eine solche Kirchendisziplin in den jetzt protestantischen Ländern nicht allein vor der Reformation statt, sondern sie ward auch eine geraume Zeit nach derselben, wiewohl mit Beschränkungen, in manchen Kirchenordnungen beybehalten, obgleich der grosse Luther, der entschiedene Feind jedes Zwangs in Gewissens- und Glaubenssachen, sich

sehr bestimmt gegen dergleichen Mittel erklärt hatte. (§. 24. No. 1. 2. 7. und 9.) Man glaubte nemlich, Sittlichkeit und Religiosität durch geistliche Zwangsmittel begründen zu können. Wohl fühlte man den hierin liegenden Widerspruch gegen das Wesen wahrer Sittlichkeit und Religiosität, so wie gegen die Verhältnisse der bürgerlichen Gesetzgebung und der bürgerlichen Freiheit, und deshalb behauptete man, die geistlichen Zwangsmittel wären nicht als Strafen im eigentlichsten Verstande zu betrachten, sondern sie unterschieden sich von anderen Zwangsmitteln dadurch, dass sie nur in der Vorenthaltung oder Entziehung eines Kirchengutes beständen.

Die in den älteren Kirchenordnungen angegebenen Zwangsmittel solcher Art waren: die Excommunication, die Kirchenbusse und die Versagung eines kirchlichen Begräbnisses. Vermehrte Aufklärung führte jedoch zu der Ueberzeugung, dass diese Zwangsmittel weder richtig begründet, noch in ihrer Anwendung zweckmässig und wohlthätig wirkend sind. Schon seit geraumer Zeit verliess man daher dieselben; sie gehören seitdem zu den Antiquitäten, und schwerlich wird ein protestantisches Land in Deutschland zu nennen seyn, wo solche sich noch im Gebrauch befänden. *) Dass dieses dem Sachverhältnisse vollkommen angemessen ist, wird die nähere Betrachtung der vorgedachten Zwangsmittel überzeugend darthun.

§. 91.

Die Excommunication, oder der Kirchenbann, wird ganz irrigerweise aus der heiligen Schrift

*) J. H. Böhmer *Jus Eccles. Protest. Lib. 5. Tit. 37. §. 54. Tit. 39. §. 6. et 55. Schrader Tract. de caus. fori eccles. Cap. 1. Tit. 12. §. 10.*

hergeleitet. *) Die Vermeidung eines vertrauten Umgangs mit Lasterhaften, wozu die Christen in den Schriftstellen ermahnet werden, ward zu den Zeiten der ersten christlichen Kirche von einer Absonderung der Kirchengemeinschaft ausgedeutet.

Diese Absonderung war jedoch anfänglich sehr einfach, und hatte keine bürgerliche Folgen. Aber auch diese wurden ihr mit der Zeit, nach Weise des jüdischen Bannes, beygelegt, und nach und nach ward solche unter den Päpsten zu einem solchen Schreckenssystem ausgebildet, dessen Folgen — Gottes Weisheit und Barmherzigkeit auf eine empörende Weise vorgreifend — sich noch jenseits des Lebens erstrecken sollten. Es gab nach diesem Systeme zwey Stufen, den grösseren und kleineren Kirchenbann. Ersterer ging auf eine Aufhebung der Verbindung mit der ganzen christlichen Kirche; letzterer nur auf eine Ausschliessung von den Sacramenten. Nach einigen Kirchenordnungen**) ward, bey dem grösseren Kirchenbann, der Excommunicirte ausdrücklich dem Teufel übergeben.

Die Erkennung geschahe gegen diejenigen, welche in groben öffentlichen Lastern, als unter andern, in Abgötterey, Gotteslästerung, Zauberey, Ketzerey u. s. w., fortdauernd verharren würden, wenn zuvor von dem Prediger und Superintendenten alle Stufen der Warnung vergeblich versucht, und der Sünder letztlich vom Consistorio ernstlich ermahnt worden.

*) Die Stellen, worauf man sich dieserhalb irrigerweise bezogen hat, sind: Matthäi 18, 17; Römer 16, 17; 1 Corinth 5, 11; Epheser 5, 11; 2 Thess. 3, 6, 14, 15; und 1 Tim. 6, 5.

**) Lüneburgische Kirchenordnung S. 82 - 89.

Die Kirchenbusse und öffentliche Abbitte war ursprünglich ein freywillig erwähltes Mittel zur Aussöhnung mit der Kirche, und also kein Zwangs- oder Strafmittel. *) Nachdem aber später die Kirchenbussen förmlich erkannt, und nach dem in der catholischen Kirche entstandenen Pönitenzsysteme, mit demüthigenden und kränkenden Gebräuchen **) verbunden wurden, so gingen sie in eine empfindliche Strafe über, und es fand gewöhnlich, bis zur Ableistung derselben, der kleine Kirchenbann, oder die Ausschiessung vom heiligen Abendmahle, statt. ***)

Gewöhnlich wurden die Kirchenbussen in der letzten Zeit ihrer Existenz verfügt

bey Schwängerungsfällen vor der Ehe, wenn solche sich durch zu frühe Entbindungen im Ehestande offenbarten, mittelst Erwähnung des Falls von der Canzel, mit oder ohne Benennung der Namen.

Im ersten oder zweiten Falle unehelicher Schwängerung, auf ähnliche Art, jedoch mit Hinzufügung einer durch den Prediger, Namens der Büssenden, von der Canzel zu verlesenden und an die Gemeinde gerichteten Bitte um Verzeihung.

Beym dritten Schwängerungsfalle unverehelichter Personen, oder beym einfachen Ehebruche, durch

*) Eybel Einleitung in das catholische Kirchenrecht Th. 4. B. 3. §. 479. Not. e. und f.

**) Dergleichen Strafen, die nicht selten sogar in Schlägen bestanden, wurden manchmal, theilweise oder ganz, mit Gelde abgekauft. Daraus ging in der Folge der scheussliche Ablasskram hervor, indem man den Abkauf der Pönitenzen mit der Vergebung begangener und noch zu begehender Sünden, für Geld, verwechselte.

***) J. H. Böhm er *Jus. Eccles. Protest. Lib. 5. Tit. 37. §. 23. 40. et Lib. 38. §. 1. seq.* Wiese Grundsätze des gem. in Deutschland geltenden Kirchenrechts. §. 144.

öffentliche Abbitte der Büssenden selbst, während des Gottesdienstes.

Im Falle des doppelten Ehebruchs mussten die Büssenden vor, und bey schlimmem Wetter an der Kirchthüre stehen. Nach Beendigung der Predigt hielt der Pfarrer eine vorgeschriebene Anrede an die Gemeinde, worauf die Uebertreter vor dem Altare niederknien und die Ablesung der Absolution anhören mussten.

Auf ähnliche Art ward in Fällen geringer Arten von Blutschande verfahren, jedoch mit der Verschärfung, dass die Büssenden zwey Sonntage nach einander, und zwar mit entblösstem Haupte und baarfuss, vor oder innerhalb der Kirchthüre stehen mussten.

Einige Verordnungen unterwarfen sogar der Kirchenbusse:

die hoffertige und über ihren Stand in neuerlichen und prächtigen Kleidern herausbrechende Gemüther. *)

Die Versagung des kirchlichen Begräbnisses ward, nachdem man bey dem Fortgange der ersten christlichen Kirche, nach und nach angefangen hatte, eigene christliche Begräbnissplätze einzurichten, und feierliche Gebräuche bey Beerdigungen anzuordnen, in der Folge der Zeit zu einer geistlichen Strafe gestempelt, als eine Art von Excommunication oder Todtenbann betrachtet, und nach der Reformation auch in vielen älteren protestantischen Kirchenordnungen beybehalten. Die Versagung des kirchlichen Begräbnisses, nach den Lehren des Criminalrechts, kömmt hier nicht in Betracht. Aus dem Gesichtspuncte des Todtenbanns, oder der Versagung der christlichen Gemeinschaft nach dem Tode genommen, traf aber

*) Churhannöversches Kirchenrecht von Schlegel. S. 335.

diese Strafe die Excommunicirten, denen die christliche Gemeinschaft schon bey ihrem Leben abgesprochen war; diejenigen, die sich des heil. Abendmahls enthielten, oder die unbussfertig in solchen Lastern starben, worauf sonst die Excommunication stand; ferner die Ketzer u. d. m.

§. 92.

Dieses veraltete, auf schlechtem Grund gebauete, und daher, durch die weise Gesetzgebung eines aufgeklärteren Zeitalters längst verworfene System der Kirchendisziplin wollen unsere modernen Kirchenverbesserer nicht allein aus dem Grabe wieder hervorru- fen, sondern dessen Gränzen noch erweitern, denn sie bleiben nicht stehen bey dem Gebrauche sogenann- ter geistlichen Zwangsmittel, bestehend in der Versa- gung eines Kirchengut, sondern sie greifen auch da- mit ganz dreist ein in weltliche und rein bürgerliche Verhältnisse. Nach ihren Absichten soll der Geäch- tete — so wird der in das geistliche Strafregiment verfallene Unglückliche durchgängig genannt — kein weltliches Ehrenamt verwalten, keine Ehe ohne be- deutende Hindernisse eingehen, keine Vormundschaft verwalten, kein Testament machen können. (§. 83. *lit. b. d. f. und g.* *)

Es ist kaum begreiflich, wie entweder gutmüthige Einseitigkeit, oder hierarchische Tendenz, zu sol- chen Verirrungen hat verleiten können; wie man

*) Der für die Versagung der Befugniss zu testiren gebrauchte Grund ist, in philosophischer und juridischer Hinsicht, in einem hohen Grade lächerlich. Ganz übersehen ist dabey, dass in sehr vielen Fällen durch die Versagung der Testamen- tification nicht sowohl der Geächtete, als vielmehr dessen unschuldige und vielleicht recht fromme Angehörigen und Freunde, bestraft werden würden.

nicht hat sehen können oder wollen, dass das aus den Antiquitäten hervorgesuchte Mittel auf unsere Zeit schlechterdings nicht passt; dass dasselbe seinem angeblichen Zwecke geradesweges entgegenwirken, und die Geistlichkeit im hohen Grade verhasst, vielleicht auch verachtet machen würde!

Giebt es ein rein geistliches Forum, welches die Vernachlässigung des öffentlichen Gottesdienstes, welches Wollüstlinge, Ehebrecher, Spieler, Trunkenbolde, gewissenslose Eltern, undankbare Kinder u. s. w., zur Rechenschaft zieht und auf irgend eine Weise bestraft; so ist wahrlich nicht abzusehen, wodurch dasselbe sich von einem Inquisitions-Gerichte wesentlich unterscheidet, so ist die ganze bürgerliche Gesellschaft in die Hände dieser geistlichen Richter gegeben, denn bekanntlich sind jene Laster und Gebrechen nicht in einem besondern Stande allein eigen, sondern werden — wie zu allen Zeiten — in allen Ständen angetroffen. Abgesehen davon, dass bey der grösseren Ausdehnung unserer Gemeinen eine völlige Reinigkeit der Sitten nicht zu erlangen möglich ist, so werden auch geistliche Strafmittel zu derselben nicht führen. Sie würden nur schaffen entweder Heucheley, oder eine offenbare Auflehnung gegen das Strafamt, so dass am Ende der Geächteten mehr als der Ungeächteten seyn mögten. Sowohl dieses, als die Rücksichten auf Staatsverhältnisse, und die nothwendige Aufrechthaltung des bürgerlichen Ansehens, würden häufig die Verwandlung der geistlichen Strafen in klingende Geldbussen herbeyführen, und da sähen wir denn, im vierten Jahrhundert nach der Reformation, wieder die erste Veranlassung zu dem verruchten Ablasskram des damit privilegirt gewesenen Barfüsser-Ordens.

Die rechten Mittel zu dem Zwecke, welcher durch das geistliche Strafamt erreicht werden soll,

aber nie erreicht werden wird, gehen von der obersten Staatsgewalt aus, und bestehen in der Anordnung eines erbaulichen Gottesdienstes; in der möglichsten Vervollkommnung der kirchlichen Einrichtungen; in der Sorge für einen angemessenen Schulunterricht; in der zweckmässigen Bildung der Lehrer der Kirchen und Schulen; in der genauen Beobachtung ihrer Amtsführung und ihrer Sittlichkeit; in der Erforschung der Quellen des etwanigen Sittenverderbnisses bey einzelnen Gemeinen oder deren Mitgliedern, so wie der deshalb zu treffenden Vorkehrungen; und endlich in der strengen und gerechten Handhabung zweckmässiger Policey- und Criminalgesetze, deren Bestimmung es ist, nicht blos bereits vorgekommene Vergehungen und Verbrechen zu ahnen und zu bestrafen, sondern auch denselben, durch weislich erwogene Mittel, vorzubauen. Bey einer solchen Verwaltung des Kirchenregiments wird geistliches Zwangsmittel und Inquisitionsgesetz vollkommen entbehrlich seyn, und mit der innigsten Ueberzeugung stimme ich auch hier dem folgenden Urtheile eines unserer berühmtesten Theologen bey:*)

„Kirchenzucht, — im alten Sinne des Worts —
 „muss nicht zurückkehren; irre ich anders nicht in
 „der Einsicht in die Lage unserer zum Theil gros-
 „sen, unübersehbaren Gemeinen, in das jetzige Ver-
 „hältniss der Stände, und ihre unabänderliche Stel-
 „lung gegen einander. Unvermeidlich würde sie
 „führen zur Herrschsucht, zu einer in das In-
 „nerste des häuslichen Lebens eindringenden Spä-
 „herey, zum lieblosen Richten, zur Heu-

*) Niemeyer die Universität Halle u. s. w. S. 117. Recht zu beherzigen ist auch, was der grosse Luther über diesen Gegenstand schrieb, und was oben §. 24. No. 1. 2. und 9. wörtlich angeführt ist.

„cheley. Was hilft es Euch, die Ihr davon das
 „Heil hofft, wenn noch so viele Eure Kirchen be-
 „suchen, Eure Predigten hören, das Abendmahl
 „feyern, und das Herz bleibt fern von Gott? Je-
 „nes könnt ihr amöthigen oder erzwingen; diesem
 „wehrt keine Gewalt. *)

§. 93.

Was daraus hervorginge, wenn, wie gleichfalls verlangt wird, (§. 85. No. 5. und 7.) die Censur aller theologischen Schriften, und die Aufsicht und Leitung sämmtlicher Schulen, einzig und allein der Geistlichkeit übertragen würde, das ist leicht einzusehen. Die freie, offene Rede verstummte, und an ihre Stelle träte Einseitigkeit, Verfinsterung, Intoleranz, Verketzerung, ein *Index librorum prohibitorum*. Und nun gar sämmtliche Schulen unter der alleinigen Aufsicht und Leitung der Geistlichkeit! Das war auch das Streben der Jesuiten, und obgleich sie dasselbe nicht im vollen Maasse erreichen konnten, so lehrt doch die Geschichte, was schon die unvollkommene Beherrschung des öffentlichen Unterrichts durch diesen geistlichen Orden, für nachtheilige Folgen hatte. Welches Geschlecht würde aus den von der Geistlichkeit allein beaufsichtigten und geleiteten Schulen hervorgehen? Zuverlässig kein solches, das dazu fähig wäre, dem Vaterlande Ehre und Sicherheit zu gewähren. Preussen, jetzt eben so geachtet von Europa, wegen seiner langjährigen Verdienste um Aufklärung, Wissenschaft und Liberalität, als wegen des Heldenthums seiner Söhne, würde mit einem solchen Ge-

*) Ich habe hiergegen nur das Einzige einzuwenden, dass selbst Kirchenbesuch, Predigthören und Abendmahlsfeyer sich jetzt nicht mehr erzwingen, wohl aber durch erbauliche Lehre und frommen Wandel leicht herbeyführen lassen.

schlechte — und zwar von rechtswegen — sehr bald der Spott seines Welttheils und der Raub anderer Staaten werden.

§. 94.

Schlimmer und anmassungsvoller wie alles Vorhergegangene ist es jedoch, wenn die neuerdings aufgetretenen Kirchenverbesserer keine Scheu haben, unumwunden auszusprechen, dass das Werk der Synoden seyn solle:

die Bestimmung über eine dem Geiste des Evangeliums und der durch dasselbe erleuchteten Zeit angemessenen

neuen Confession,

welche als das geistige Fundament der Kirche zu betrachten sey. (§. 86.)

Dass der Religions- und Lehrbegriff nicht das Eigenthum der Geistlichkeit, sondern der ganzen Kirchengesellschaft ist, ohne deren freiwilliges und einmüthiges Verlangen er nicht verändert werden kann; dass die Geistlichkeit schlechterdings nicht als die Kirche selbst, oder als die Repräsentation derselben betrachtet werden darf — das ist bereits oben gründlich dargethan. (§. 70. 71. und 87.) Von dem gänzlichen Mangel eines Rechts oder einer Legitimation der Geistlichkeit, aufzutreten statt, oder vielmehr gegen die Kirchengesellschaft, derselben ihre Güter zu rauben, und sie für ganz unmündig zu erklären — davon soll daher hier nicht wiederholend die Rede seyn.

Aber fragen wollen wir

Erstlich: Wie ist die beabsichtigte Bestimmung einer neuen Confession durch die auf den Synoden versammelte Geistlichkeit, und nur durch diese allein, zu vereinbaren mit dem Hauptgrundsatz, worauf die Reformation durch Luther beruhet, nemlich in Glaubenssachen keine Art von menschlicher Au-

torität über sich zu erkennen, weder einen Papst noch ein Concilium — Synode — sondern lediglich der eigenen, inneren, freien Ueberzeugung zu folgen? (§. 24.) Welcher wesentliche Unterschied ist vorhanden zwischen der Vorschrift über das, was zu lehren und zu glauben sey, durch die in den Synoden versammelte Geistlichkeit, und zwischen den Vorschriften und Entscheidungen in Glaubens- und Gewissenssachen durch den Papst zu Rom, vermöge dessen vermeintlicher Untrüglichkeit? Wo bleibt die durch die Reformation erlangte Freiheit der evangelischen Kirche, und hört diese Kirche selbst nicht ganz auf zu seyn, wenn entweder die Reichs-Synode, oder wohl gar am Ende der Oberbischof, befiehlt, was gelehrt und geglaubt werden soll?

Wir fragen

Zweitens: Ob, wo, und auf welche Weise die protestantische Kirchengesellschaft ihre Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Confession zu erkennen gegeben, und, wegen des Ungenügenden derselben, eine andere verlangt habe?

Fragen wollen wir die neuen Reformatoren

Drittens: Vermeinen sie, dass Lehr- und Glaubensbegriffe verändert, abgelegt und angenommen werden, wie man Kleider aus- und anziehet? Achten sie für nichts die Beunruhigung, das Irremachen, die Gewissensbedenklichkeiten derer, die, mit inniger Ueberzeugung und frommer Treue, dem Lehr- und Glaubensbegriffe anhängen, in welchem ihre Verfahren lebten und starben, und zu dem sie selbst bey ihren Confirmationen sich bekannten?

Fragen wollen wir

Viertens: Ob den neuen Reformatoren nicht aus der Geschichte erinnerlich ist, dass Veränderungen in wesentlichen Stücken der Religion nie ohne heftige

Bewegungen vor sich gingen? Ob sie vergessen haben, dass für die Sache der Reformation durch Luther, unser deutsches Vaterland dreissig Jahre lang der Schauplatz des blutigsten Krieges und der scheusslichsten Verwüstung war? Ob sie das Gelingen ihres Werks vom Indifferentismus, und einer allgemeinen, blinden, stupiden Hingebung der Kirchengesellschaft, oder etwa von Zwang und Gewalt gegen diejenigen Gemeinen erwarten, welche — hoffentlich in der entscheidendsten Mehrzahl — ihrem bisherigen Glaubensbekenntnisse getreu bleiben werden?

Wir befragen die neuen Reformatoren

Fünftens: Ob sie sich bewusst sind eines frommeren Gemüths, einer gründlichern Wissenschaft, eines tiefern Blicks in das Religionswesen, einer grösseren Kraft, und eines reineren, uneigennützigeren Sinnes, als Luther und Melancthon, Jonas und Buggenhagen durch Wort und That bewährten, und ob sie, durch dieses gewissenhafte Bewusstseyn, sich berufen fühlen, das Werk dieser grossen Männer zu modeln und aus dem Wege zu schaffen? Ob die Reformatoren, wenn sie sich auch über Luther setzen wollen, doch nicht wenigstens zugeben müssen, dass sie Menschen sind, dem Irrthume wie alle andere Erdenbürger unterworfen, und dass daher ihre beabsichtigte neue Confession immer nur ein trügliches Menschenwerk seyn und bleiben wird? Ob sie den stolzen Eigendünkel haben, zu glauben, dass man ihre neue Confession annehmen werde in allen protestantischen Ländern, und ob, wenn eine solche Annahme ausbleibt — woran nicht gezweifelt werden kann — ihre Absicht gehet, die unwürdigen, gefährvollen, abscheulichen Religions - Streitigkeiten vergangener Zeiten wieder zu erneuern, und zu

den bisherigen christlichen Glaubensbekenntnissen ein neues zu gesellen, welches, im Ernst oder Spott, die Preussische Religion genannt werden würde?

Diesen Fragen könnten noch manche andere ähnliche hinzugefügt werden. Aber wozu wäre das nothwendig. Löset sich nicht Alles, was in Ansehung des hier in Betrachtung gezogenen Gegenstandes den neuen Kirchenreformatoren als Frage vorgelegt werden könnte, schon im Allgemeinen durch die Erwägung auf: dass Einseitigkeit und vorgefasste Meinungen, so wie Selbstsucht, Eigennutz und jede andere Leidenschaft, den menschlichen Geist verblenden gegen das Licht der lautersten und zweifelfreiesten Wahrheiten? Deshalb hierüber nichts weiter, als nur noch die wenigen, aber gehaltreichen Worte eines neueren Dichters:

Der Geist ist frey, und ohne Zwang der
Glaube;

Dies haltet fest, auf dass Euch's Niemand
raube.

§. 95.

Da die neuen Kirchenreformatoren die Ausführung ihres beabsichtigten hierarchischen Synodalsystems ausdrücklich mit der Vereinigung der lutherischen und reformirten Kirche in Verbindung gesetzt, und jene von dieser abhängig gemacht haben (§. 82 am Schlusse), so erfordert die Vollständigkeit des Ganzen, dass auch dieser Vereinigung noch gedacht werde. Ganz anders stehen in dem Betrachte gegenwärtig die Verhältnisse, wie damals, als Luther in den Jahren 1531 und 1535 sich äusserte:

Er wünsche, die Zwietracht beider evangelischen Kirchen zu beruhigen, sollte Er auch sein Leben dreimal daran setzen;

und als die Vereinigung dieser Kirchen der letzte Wunsch des frommen Melanctons auf seinem Sterbebette war. (§. 45 am Schlusse.)

Damals herrschten leider die heillosesten Streitigkeiten, die lieblosesten Verketzerungen, die gehässigsten Anfeindungen unter den Anhängern beider Confessionen, und vertilgten auf eine verabscheuungswürdige Art ein Hauptprincip der Religion Christi — den Geist der Liebe und der Duldung.

Jetzt verhält sich Gottlob die Sache ganz anders. Alle gehässige Anfeindungen haben aufgehört. Lutheraner und Reformirte wohnen friedlich neben einander; sie verehelichen sich unter einander, ohne dass man je einen Streit darüber hört, zu welcher Confession sie ihre Kinder wollen erziehen lassen. In der Ehe bleiben entweder beide Eheleute bey ihren verschiedenen Confessionen, ohne dass dieses den mindesten nachtheiligen Einfluss auf ihren Besuch des öffentlichen Gottesdienstes, auf ihre häusliche Erbauung, auf die Erziehung ihrer Kinder, auf den Schulbesuch derselben hätte; oder der Eine der Ehegatten tritt, nach seiner Ueberzeugung, ohne alles Aufsehen, zu der Confession des Andern über. Die reformirten Prediger lassen, wenn sie Hülfe nöthig haben, und es an reformirten Geistlichen und Candidaten fehlt, lutherische Prediger und Candidaten vor ihren Gemeinen predigen, und sich sogar von lutherischen Geistlichen bey der Feyer des heiligen Abendmahls assistiren, und viele Prediger beider Confessionen geben den Bekennern der andern Confession das heilige Abendmahl nach ihrem Ritus.

Im Geiste und Herzen ist auf die Weise die Einigung der beiden evangelischen Kirchen im Preussischen State fast überall schon längst erfolgt. (§. 47.)

Unser ehrfurchtsvoll und innigst geliebter König wünscht aber eine noch genauere Vereinigung, und

der Wunsch, dass das, was von einem Sinn und Glauben ausging, und sich nur unglücklich so frühzeitig trennte, sich wieder ganz einigen könne, ist so schön und herrlich, dass jeder gute evangelische Christ denselben haben muss. *)

Allein, auch die schönsten Wünsche sind nicht immer völlig erreichbar, und je wichtiger der Gegenstand eines Wunsches ist, um desto mehr erheischen die Schwierigkeiten und Hindernisse, welche mit der Ausführung desselben verbunden seyn könnten, eine mehrseitige gründliche Erwägung. Es wird daher eine aus reiner Ueberzeugung kommende, bescheidene aber freimüthige Aeusserung über die Vereinigung der beiden Confessionen bey dem, der das Recht und die Wahrheit eben so sehr ehrt, als die Freimüthigkeit liebt, keine andere als eine günstige Aufnahme finden können.

*) Der für die Vereinigung der Confessionen oft angeführte Ausspruch des Stifters unserer Religion: — dass Alles eine Heerde unter einem Hirten werde, Joh. 10, 16. — dürfte, nach dem Urtheil gründlicher Exegeten, wohl missverstanden werden, wenn man annimmt, dass dadurch die Einigkeit in Religionsbegriffen und die Vereinigung zu Einer Religionsgesellschaft habe ausgedrückt werden sollen. Nach der ganzen Verbindung wollte Christus damit blos sagen: Es solle die Scheidewand niedergerissen werden, die bis dahin Juden und Heiden von einander getrennt habe; beide Classen von Menschen sollten sich einander nicht mehr hassen, sollten Beide zum Christenthum berufen werden, und Gott als ihren gemeinschaftlichen Vater betrachten und verehren lernen.

Schon in der ersten christlichen Kirche, und unter den Aposteln selbst, war eine grosse Verschiedenheit der Meinungen über die Würdigkeit und Aufnahme der Heiden zum Christenthume, über die Verpflichtung derselben, den jüdischen Religionsritus zu beobachten, und über die Gleichheit ihres Werths vor Gott mit dem der Christen aus dem Judenthume.

§. 96.

Ein Schritt zur Vereinigung der beiden christlich evangelischen Confessionen ist dadurch geschehen, dass im Laufe dieses Jahres (1817) die zur Berlinischen Synode versammelte Geistlichkeit, viele Geistliche in anderen Preussischen Städten und eine nicht geringe Zahl von Gemeinen, auf die dazu gegebenen Veranlassungen, angefangen haben, ohne Unterschied der Confessionen — also Lutheraner und Reformirte gemeinschaftlich — das heilige Abendmahl nach einem Ritus zu feyern, der von dem bisherigen der lutherischen Kirche abweichend ist, mehr mit dem Ritus der reformirten Kirche übereinstimmt, und hauptsächlich darin bestehet, dass statt der Oblaten, ungesäuertes, weisses, in runde Scheiben geschnittenes Brod (Semmel) von dem Prediger gebrochen und dem Communicanten dargereicht wird, und dass sowohl hierbey, als bey der Darreichung des Kelches, den bisher blos gebräuchlichen Einsetzungsworten die Worte: Christus sprach: dass ist u. s. w. vorgesetzt werden. *)

Kein nachdenkender, mit dem Wesen seiner Religion einigermassen bekannter evangelischer Christ kann hieran einen Anstoss finden, denn der Gebrauch und das Brechen des Brodtes ist rein biblisch und dem Ritus der ursprünglichen christlichen Kirche angemessen, und dasjenige, was den Einsetzungsworten vorausgesaget wird, nichts weiter, als die Wiederholung einer biblisch geschichtlichen Wahrheit. **)

*) Amtliche Erklärung der Berlinischen Synode über die am 30. October von ihr zu haltende Abendmahlsfeyer. Berlin, 1817, in der Realschul-Buchhandlung.

**) Die Bibel sagt: Jesus nahm das Brod, brach es, und gab es seinen Jüngern. Da das Abendmahl um die Zeit der jüdischen Ostern eingesetzt wurde, so bediente sich Chri-

Zu geneigt scheint man aber von manchen Seiten dazu zu seyn, diese Veränderung des Ritus als die Vereinigung beider evangelischen Confessionen selbst zu betrachten, und wenigstens zu glauben, dass dadurch die hauptsächlichste Schwierigkeit des Werks bereits völlig beruhigend gehoben sey. Es ist jedoch, gewiss nicht ohne sehr anscheinende Gründe, zu besorgen, dass dieses nicht der Fall seyn mögte. Von den Schwierigkeiten, welche der Sache, wegen des Verlustes oder Gewinns an Verfassung, an Rechten und Einkünften auf der einen oder der andern Seite, entgegen stehen, soll hier nicht die Rede seyn; denn das ist Etwas, was sich mit Gelde und Geldeswerth — wiewohl nicht ohne bedeutende Aufopferungen, wie sich finden dürfte — am Ende aus dem Wege räumen lässt.

stus dabey des, dem mosaischen Gesetze gemäss während des Passah allein erlaubten, ungesäuerten Brodts, welches in dünne harte Fladen gebacken, und nicht geschnitten, sondern gebrochen wurde. In den ersten christlichen Kirchen gebrauchte man bey dem Abendmahl das Brodt, das von den Liebesmahlen, wozu die Christen die Speise reichlich darbrachten, übrig blieb, und daher die Benennung: Oblationen, d. h. dargebrachter Gaben, erhielt. Bis in das eilfte Jahrhundert bediente man sich bey dem Abendmahle des gewöhnlichen Brodts. Die Griechische Kirche hat daher auch das gewöhnliche Brodt bey der Abendmahlsfeyer bis auf den heutigen Tag behalten. In der römisch-catholischen Kirche hat man dagegen die besondere Art des Teigs eingeführt, welche unter dem Namen: Oblate, bekannt ist, und derselben, zum Zeichen grösserer Heiligkeit, das Bild des Gekreuzigten aufgeprägt.

Luther fand es nicht für gut, hieran etwas zu ändern, und behielt daher, als etwas Aeusseres, die Oblate bey. Dagegen sind die Reformirten, und in neueren Zeiten die evangelischen Brüdergemeinen, die bekanntlich aus Gliedern beider evangelischen Bekenntnisse bestehen, zu dem Brodt der ursprünglichen Einsetzung zurückgekehrt.

Hauptsächlich mögte es darauf ankommen:

Ob eine allgemeine Annahme des neuen Ritus bey dem heiligen Abendmahle mit Wahrscheinlichkeit sich erwarten lässt?

und, wenn dieselbe auch erfolgte, ob daraus, nach der Beschaffenheit der jetzt bestehenden Verhältnisse, eine völlige Verschmelzung und Vereinigung der beiden christlich evangelischen Confessionen hervorgehen könnte und würde? *)

Dass bey der Erörterung dieser Fragen der Grundsatz als durchaus zweifelfrei angenommen wird:

Es könne in dergleichen Glaubens- und Gewissensangelegenheiten, bey welchen es sogar auf eine Veränderung der bestehenden Religions- und Lehrbegriffe der beiden evangelischen Kirchen ankömmt, schlechterdings auch nicht die geringste Art des Zwanges eintreten, sondern alles nur durch eine völlig freie Uebereinstimmung der Kirchengesellschaften oder Gemeinen entschieden werden, (§. 53. 60. 68. 71. 94.)

das versteht sich, nach den früheren Ausführungen des Grundsatzes, hier von selbst.

§. 97.

Die Anwendung des neuen Ritus bey der Feyer des heiligen Abendmahls hat in den Preussischen Staaten, besonders da, wo Lutheraner und Reformirte neben einander leben, schon jetzt einen nicht unbedeutenden Fortgang gehabt. Es haben sich jedoch un-

*) Zur richtigen Beurtheilung dieser Fragen ist auch nachzulesen die ganz neuerlich herausgekommene, mit grosser Freimüthigkeit und Kraft verfasste Schrift: „Das neue Papstthum, oder über den Zweck, die Möglichkeit und die Folgen der projectirten Vereinigung beider protestantischen Kirchenparteien, dargesteht von Irenäus dem Zweiten. 1818.“

ter beiden Religionsparteien auch viele Gemeinen gefunden, die sich im Ganzen oder theilweise sehr bestimmt für die Beybehaltung des bisherigen Ritus erklärten, und die getroffene Einrichtung, dass selbst da, wo der neue Ritus bereits statt gefunden hat, das heilige Abendmahl nicht durchgängig nach demselben, sondern abwechselnd auch nach dem alten Ritus gefeyert wird, ist daher nothwendig, und der Gewissensfreiheit und Gewissensschonung angemessen. Diese Abendmahlsfeyer nach einem doppelten Ritus dürfte jeden Falls noch eine geraume Zeit erforderlich bleiben, denn es lässt sich nicht erwarten, dass, besonders an den Orten, wo sich wenige oder gar keine Reformirte befinden, die zu einer gründlichen Erwägung der geschichtlichen Verhältnisse der Religion, in der Regel weder gewöhnte noch fähige grössere Volksclasse der lutherischen Confessionsverwandten, sich bewogen finden wird, einen Ritus zu verlassen, an den sie von Jugend auf gewöhnt ist, und mit dessen Unveränderlichkeit in den kleinsten Stücken sie einen Begriff von Heiligkeit verbindet. Tadeln dürfte man eine solche Anhänglichkeit auf keine Art, denn sie bewiese eine, wenn gleich nicht ganz vorurtheilsfreie, doch warme und treue Verehrung der Religion und ihrer Gebräuche, und zeigte zugleich, dass der Indifferentismus in Religionssachen, worüber einige Geistliche so laut klagen, keinesweges allgemein vorhanden sey.

Gesetzt aber auch, die Annahme des neuen Ritus bey der Abendmahlsfeyer verbreitete sich nach und nach durch den ganzen Preussischen Staat, und schlosse den Gebrauch des bisherigen Ritus gänzlich aus, so ist es doch äusserst zweifelhaft, wenn nicht ganz unwahrscheinlich, dass andere protestantische Länder, wie z. B. das orthodox lutherische Schweden, Dännemark, Hannover, Sachsen, und das streng re-

formirte England, Holland und die Schweiz uns in dem Stücke nachfolgen würden. Selbst bey einer, wiewohl nicht zu erwartenden, Bereitwilligkeit zur Nachfolge im Allgemeinen, würde das besondere, aber gewiss sehr bedeutende, Hinderniss immer im Wege stehen, dass der orthodoxe Lutheraner, nach dem bestehenden Lehr- und Glaubensbegriffe seiner Kirche, die Consecration des Brodts und Weins bey dem heiligen Abendmahle nicht verwerfen, der streng Reformirte dieselbe aber nicht annehmen kann.

§. 98.

Wenn man es für richtig annimmt, dass die äusserliche Religion, oder die Beobachtung der als Mittel zur öffentlichen Gottesverehrung bestimmten gottesdienstlichen Handlungen und Gebräuche, nicht die Religion selbst, oder das Innere derselben, ausmacht; (§. 64. 65.) so folgt daraus, dass aus der Beobachtung eines gemeinschaftlichen Ritus bey der Abendmahlsfeyer, an sich selbst, und für sich allein genommen, keine völlige Verschmelzung und Vereinigung der beiden christlich evangelischen Confessionen entstehet. *) Das Band oder das Symbolum einer

*) Die lutherische und reformirte Religion unterscheiden sich bis jetzt durch einige kirchliche Gebräuche und durch zwey Lehrsätze. Zu den Gebräuchen gehöret, dass bey dem heiligen Abendmahl die Lutheraner Oblaten statt des Brodtes nehmen, welches die Reformirten in seiner wahren Gestalt austheilen; dass die Lutheraner Lichter auf dem Altare anzünden, welches die Reformirten auf dem zur Abendmahlsfeyer bestimmten Tische nicht thun; dass die Reformirten im Gebete des Herrn beten: Unser Vater — die Lutheraner: Vater unser; Jene: erlöse uns von dem Bösen — die Lutheraner: erlöse uns von dem Uebel. Viel wichtiger sind die beiden verschiedenen Lehrsätze, nemlich erstlich der Lehre der Reformirten, von der unbedingten Gnadenwahl, hergelei-

Kirche, oder einer zu einer gemeinsamen Religion vereinigten Gesellschaft von Menschen, bestehet in der Vereinigung zu einem bestimmt ausgesprochenen Religions- und Lehrbegriffe, ohne welchen keine Kirche und keine positive Religion derselben gedenkbar ist. (§. 70.) Allerdings glauben die Mitglieder der lutherischen und reformirten Confession dasjenige gemeinschaftlich, was die ganze christliche Kirche, von ihrer Entstehung an bis auf den heutigen Tag, geglaubt hat, was das Christenthum im Allgemeinen von allen anderen Religionen auszeichnet, und rein göttlichen Ursprungs ist. Die unendliche Verschiedenheit der menschlichen Ansichten hat aber eine Verschiedenartigkeit der Beurtheilung und des Verstehens mancher in der heiligen Schrift vorkommenden, das hauptsächlichste Wesen der christlichen Religion nicht eigentlich betreffenden, zweifelhaften Gegenstände bewirkt, und die Zeitverhältnisse führten es herbey, dass, was die lutherischen und reformirten Glaubensgenossen betrifft, diese verschiedenartigen Ueberzeugungen zur Zeit der Reformation, im 16ten Jahrhundert, in förmliche, öffentliche; von einander abweichende Glaubensbekenntnisse übergingen, welche in den Schulen und Kirchen beider Religionstheile bis jetzt beybehalten sind. (§. 16. 30. 44 u. f.) Freilich sind diese Glaubensbekenntnisse, insofern sie auch andere Punkte, als die allgemein anerkannten Grundwahrheiten der christlichen Religion

tet aus den Worten des Paulus an die Römer 8, 30; 9, 8 - 24; und der Lutheraner von der bedingten Gnadenwahl, gegründet auf die Worte der Apostel-Geschichte 10, 24, und Römer 12, 11 - 13; so wie zweitens der ganz von einander abweichenden Erklärungen der Einsetzungsworte des heiligen Abendmahls: Das ist mein Leib, das ist mein Blut u. s. w. (§. 44. und 45.)

in sich fassen, nur Menschenwerk, und es hängen die denkenden Mitglieder der beiden Confessionen denselben nicht mit der Voraussetzung einer göttlichen Autorität, sondern nur in dem Betrachte an, weil sie sich von der Richtigkeit der Ansicht überzeugt haben, von welcher die Verfasser der Glaubensbekenntnisse bey der Beurtheilung der zweifelhaften Gegenstände ausgegangen sind; dadurch verlieren diese beiden verschiedenen Lehr- und Glaubensbegriffe aber nichts von ihrer Wichtigkeit. Sie haben, in einem dreyhundertjährigen Zeitraume, eine grosse Heiligkeit bey ihren Anhängern gewonnen; sie haben diesen Ueberzeugung, Ruhe und Trost gewährt, und es ist nichts weniger als wahrscheinlich, dass die Mehrzahl der lutherischen und reformirten Glaubensverwandten sich dazu verstehen sollte, von demjenigen abzugehen, was sie bisher für Wahrheit erkannten. Würden die mehrsten Anhänger des lutherischen Glaubens- und Lehrbegriffs die Augsburgerische Confession nebst deren Apologie, die Schmalkaldischen Artikel und Luthers Catechismus, die mehrsten Reformirten aber die Beschlüsse der Synode zu Dordrecht und den Heidelberger Catechismus, nach welchen ihre Vorfahren, sie und ihre Kinder den Religionsunterricht erhielten, wohl ohne Gewissensscrupel aufgeben können, und würde sich hierbey nicht abermals hervorthun, was die Kirchengeschichte überzeugend lehrt, dass nemlich alle irenische Versuche in der Religion ungünstige Folgen gehabt haben?

§. 99.

Erwartet man die völlige Vereinigung beider christlichen Religionsparteien von dem Nachgeben auf beiden Seiten, in Ansehung der Gegenstände, welche die Verschiedenheit der jetzigen Glaubens- und Lehrbegriffe ausmachen, so sehe ich nicht recht

ein, was damit gemeint seyn mag. Ein Einzelner kann ohne Schwierigkeit von einem Glaubensbekenntnisse zu einem anderen übergehen, wenn dieses mehr als jenes seiner Ueberzeugung entspricht, und er in demselben eine grössere Beruhigung für sein Gemüth findet. Aber dasselbe findet nicht bey ganzen Kirchengesellschaften statt, weil dieselben, wegen der, aus der weisen Ordnung der Schöpfung herrührenden, unermesslichen Verschiedenheit der menschlichen Ansichten, willkührlich, und ohne die dringendste Veranlassung, wie die bey der Reformation im 16. Jahrhundert war, nicht zu der einstimmigen Annahme einer und derselben Ueberzeugung gebracht werden können. Was dem völligen Uebertritte ganzer Religionsgesellschaften zu einem anderen Glaubens- und Lehrbegriffe im Ganzen entgegen stehet, das hindert auch das Nachgeben in einzelnen Stücken. Nachgeben kann man nur in solchen Dingen, die von dem menschlichen Willen abhängen; aber was wir glauben, und unsere Ueberzeugungen in Religionssachen, hängen nicht von unserer Willkühr ab. Es stehet nicht bey uns, davon etwas abzulassen oder etwas hinzuzuthun, und obwohl die Seligkeit der Menschen nicht von Glaubensmeinungen, sondern von Herzensgesinnungen abhängt, so kann es doch den gewissenhaften Menschen nicht gleichgültig seyn, Vorstellungen aufzugeben, die sie für richtig halten, und Gebräuche anzunehmen, die gegen ihre Gefühle sind, und sie bey der Gottesverehrung stören. Ein weiterer Versuch zur vollkommenen Vereinigung beider christlich evangelischen Confessionen könnte etwa nur auf nachstehende Weise gemacht werden. Die oberste Staatsgewalt ertheilte einer nicht zu grossen Anzahl von achtungswerthen, wohlmeinenden und kenntnissreichen Theologen aus beiden Confessionen den Auftrag, einen einstimmig zusammen zu stellenden Glaubens- und

Lehrbegriff zu entwerfen, in welchem nicht allein die von allen Christen angenommenen Wahrheiten der Religion, sondern auch unumwundene leicht fassliche Erklärungen über diejenigen Glaubens- und Lehrgegenstände, worin die beiden jetzigen Confessionen von einander abweichen, enthalten seyn müssten.

Dieser Entwurf würde als Vorschlag, — denn von einer Vorschrift oder einer befehlenden Bestimmung kann gar nicht die Rede seyn — sämmtlichen Pfarrern mitgetheilt, um denselben den Gemeinen ausführlich und gründlich bekannt zu machen, und die bestimmten Erklärungen der einzelnen Gemeinemitglieder über die Annahme oder die Ablehnung desselben aufzunehmen, und demnächst einzusenden.

Diese Art der Sachbehandlung würde allein mit der Freiheit der protestantischen Kirchengesellschaften übereinstimmend seyn, aber gleichfalls schwerlich zu dem beabsichtigten Ziele führen. Menschenwerk wäre der neue Glaubens- und Lehrbegriff, so wie derjenige, welcher dadurch verdrängt werden sollte, und es lässt sich nicht wohl einsehen, wie und wodurch die evangelischen Kirchengesellschaften im Ganzen, oder auch nur die einzelnen Gemeinen derselben in der Mehrzahl, sich bewogen finden sollten, ein Menschenwerk mit einem anderen zu vertauschen, zumal, wenn sie bey dem Besitze desjenigen, welchem sie entsagen sollen, sich zufrieden und beruhiget gefühlt haben. Am unwahrscheinlichsten ist es, dass die Kirchen anderer protestantischen Länder den von uns ausgehenden neuen Glaubens- und Lehrbegriff annehmen könnten und würden. Statt der beabsichtigten völligen Einigung würden die alten Streitigkeiten und Anfeindungen wieder erwachen; man würde für und wider die Sache reden und schreiben, und zwar um desto eifriger, je mehr auf die Vereinigung gedrungen werden

sollte; — kurz, es würde höchst wahrscheinlich ein neues Schisma in der protestantischen Kirche entstehen. Schwerlich mögten dabey Moralität und Religiosität gewinnen. Der Beschränktenkende, der Unwissende, und ein grosser Theil derer, denen die Religion bisher wichtig und heilig war, mögte wohl in den Wahn verfallen, es sey ganz einerley, was der Mensch glaube, man könne in dem Stücke wegwerfen was man wolle, der Gottesdienst sey nicht besonders heilig, denn man könne daran nach Willkühr abändern, wie es jedem Zeitalter gefalle. Unmöglich könnte dieses einer positiven Religion beförderlich seyn, vielmehr würden dadurch Indifferentismus und Irreligiosität vorherrschend werden.

Alles das zusammen genommen dürfte wohl die Ueberzeugung rechtfertigen:

dass, nach der Beschaffenheit der jetzt bestehenden Verhältnisse, eine völlige Vereinigung der beiden christlichen Kirchen, und ein daraus entspringender Nutzen für das Religionswesen, mit Wahrscheinlichkeit nicht zu erwarten ist.

§. 100.

Es giebt kein Verhältniss, im Staate, über welches freimüthig sich zu äussern, der Staatsbürger mehr berechtigt wäre, als über das Religionsverhältniss, weil die Religion sein wichtigstes und zweifelfreistes Eigenthum ist, welches, der Natur der Sache nach, unter keinerley Umständen beeinträchtigt werden kann und darf. Mit anständiger Freimüthigkeit habe ich daher meine Ansichten der gegenwärtigen Verhältnisse des christlich evangelischen Kirchenwesens in Deutschland dem Publikum vorgelegt, und da ich mir bewusst bin, dass keine unlautere Absichten mich dabey geleitet haben, so darf ich erwarten, dass die Leser dieser

Schrift dem Inhalte derselben eine unbefangene und wohlmeinende Prüfung und Beurtheilung gewähren werden.

Nur zwey Erklärungen hier noch hinzuzufügen, halte ich für erforderlich, um, auf jeden Fall, ein Paar Vorwürfe im voraus von mir abzuwenden, die nicht selten den Schriften über das Religionswesen gemacht werden. Von Intoleranz bin ich so weit entfernt, wie das Grösseste vom Kleinsten. Wer meine Aeusserungen vollständig lieset, und in ihren Verbindungen unter einander erwägt, wird sich davon überzeugen, dass ich nichts mehr wünsche, als den Geist der Liebe und Duldung, welcher dem wahren Christenthume eigen seyn muss, und dass ich durchdrungen bin von der beruhigenden und beglückenden Wahrheit, die Lessing in der Parabel von den drey Ringen, in seinem Nathan der Weise, sehr schön und herzergreifend dargestellt hat.

Ferner habe ich nicht gegen die Geistlichkeit geschrieben. Aufrichtig verehere ich nicht allein diesen Stand im Ganzen, sondern auch jedes einzelne Mitglied desselben, welches der Verehrung würdig ist, und dieses ist Gottlob bey der entschiedensten Mehrzahl der mir bekannten Geistlichen der Fall. Von den Mitgliedern des geistlichen Standes zähle ich, mit wahrer Freude, nicht wenige zu meinen geachtetsten und aufrichtigsten Freunden, und was noch mehr ist, ich bin davon überzeugt, dass sie über die mehrsten der von mir berührten Gegenstände mit mir übereinstimmend denken. Wie sollte ich dazu kommen, solchen Männern, auch nur auf die entfernteste Weise, wehe thun zu wollen? Ueberhaupt habe ich mich nicht gegen irgend eine Person, sondern einzig und allein gegen das unwissentliche oder vorsätzliche Streben erklärt, welches dahin gerichtet ist:

die schwer errungenen Wohlthaten der durch die grossen Männer des sechszehnten Jahrhunderts bewirkten Kirchenreformation uns zu entziehen.

Gegen ein solches Streben werde ich mich erklären, mit Mund und Schrift, so lange Gott die Kraft dazu mir verleihet.



Magdeburg, gedruckt bey Friedr. Faber.

R

er,
oben,

nr
ut

Sch
an.

Ein S
† an de
t.

11.
N.N. Luther,
Mar.
der Küster Con-
rad zu St. Nico-
lai in Eisenach.

12.
N.N. Luther,
Mar.
Johann Ruel,
J. U. D. Canzler
zu Mansfeld und
Churfürsl. Rath
zu Mainz.

13.
N.N. Luther,
Mar.
Werner Berg,
wohlhabender
Particulier
zu Salzungen.

ngt 5 Turins 1595 + an Th. von den 22 Dec. 1552

gel

U

J

Ein S
† an de
t.

Ein S
† an de
t.

Ein S
† an de
t.





Bülow, Friedrich <<von>>,

Ueber die gegenwärtigen Verhältnisse des christlich evangelischen
Kirchenwesens in Deutschland besonders in Beziehung auf den Preussischen
Staat

Magdeburg 1818

H.ref. 58 I

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10448650-5